H 8040 F
ISSN 1619-1404
26. Jahrgang
Nummer 153
März | April 2015
3,50 Euro

rechte Alternative



der rechte **rand**

magazin von und für antifaschistInnen

Titelseite: Bernd Lucke im ersten Wahlkampf der AfD zur Bundestagswahl 2013 fotografiert von Mark Mühlhaus / attenzione

editorial & inhalt

Liebe Leserinnen und Leser,

es erscheint unfassbar. Krieg, Armut und Verfolgung, die Strapazen der Flucht durchgestanden und dann: Im vermeintlich sicheren Deutschland angekommen, erleben Flüchtlinge, dass es für sie keine gewaltfreien Räume gibt. Nicht nur demonstrieren Neonazis und RassistInnen immer häufiger gegen Flüchtlingsunterkünfte, es mehren sich die Fälle, in denen sie Steine und Brandsätze werfen, direkt vor die Häuser ziehen oder sich sogar Zutritt verschaffen.

In Dortmund-Eving versammelten sich am 6. Februar mehrere Dutzend Neonazis vor dem dortigen Flüchtlingsheim, grölten Parolen, zündeten Feuerwerkskörper. In Plauen (Sachsen) hatten Stadträte, die am 12. Februar eine Unterkunft besuchten, Neonazis im Schlepptau. Die Rechten konnten ungestört durch das Haus marschieren und Fotos von Geflüchteten machen. Die anwesenden PolitikerInnen hätten Angst gehabt einzuschreiten, hieß es später. Die sächsische Kleinstadt war im vergangenen Jahr in die Schlagzeilen gekommen, als sich ein Wachmann einer privaten Security-Firma weigerte, für einen schwer kranken Libyer einen Notarzt zu rufen. Der Mann starb daraufhin an einer Lungenembolie. Das Amtsgericht Plauen stellte Ende Januar 2015 das Verfahren gegen eine Zahlung von 1.800 Euro ein.

Die rassistische Stimmung, die PEGIDA seit Monaten schürt, hat nicht nur Auswirkungen auf Meinungsumfragen, die in Talkshows der allgemeinen Besorgnis halber zitiert werden können. Die Wahlerfolge der »Alternative für Deutschland«, der wir den Schwerpunkt dieser Ausgabe widmen, wurden auch durch dieses Klima möglich. Folgerichtig fühlen sich Neonazis ermutigt, Flüchtlinge zu bedrohen, in ihre Privatsphäre einzudringen und ihnen zu zeigen, dass sie nirgendwo sicher sind. Angestellte von Sicherheitsfirmen können Flüchtlinge beleidigen und misshandeln, ohne ernsthafte Konsequenzen fürchten zu müssen.

Die Zeiten, in denen AntifaschistInnen über den Schutz von Flüchtlingsheimen diskutierten und ihn praktisch umsetzten, sind lange vorbei. Selten kommt es zu einem Austausch mit den Betroffenen, wie zumindest die direkte Bedrohung durch Neonazis abgewehrt werden kann. Häufig hingegen hört man diesbezüglich Forderungen an Politik, Polizei und Verwaltung. Verständlich, bedenkt man, dass Verlegung in dezentrale Unterkünfte und eine stärkere Sensibilität der Polizei das Gefahrenpotenzial deutlich verringern könnte. Doch was bedeuten solche Forderungen in Zeiten (kern)europäischer Asyl- und Krisenpolitik, die so stark auf Abschottung und Begrenzung von Migration bedacht ist, dass sie selbstgesetzte Grundprinzipien der europäischen Einigung – Stichwort Freizügigkeit – wieder kippt?

Kuchen und Willkommensbanner sind eine nette und menschliche Geste. Sie schützen die Geflüchteten jedoch nicht vor der psychischen und physischen Gewalt, der sie ausgesetzt sind. Eine Diskussion darüber, wie ein solcher Schutz im Einvernehmen mit den Betroffenen gewährleistet werden kann, wäre innerhalb der antifaschistischen Linken dringend angebracht.

Gedenken 2015

»Aufgearbeitet wäre die Vergangenheit erst dann, wenn die Ursachen des Vergangenen beseitigt wären.« (Adorno)

von Esther Bejarano und Helga Obens, Mitglieder des Auschwitz-Komitees



^ *Esther Bejarano singt mit Microphone Mafia in Neuengamme 2010*

Debatten um die Erinnerungskultur haben gerade Hochkonjunktur. Die runde Zahl, 70 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus, lädt dazu ein. »Erinnern« im Status einer Kultur scheint das zu fordern. Gestritten wird über adäquates Shoa-Gedenken, über »Gedenkmonopole« und moralische Stolperfallen. Kein Alltag, eher eine große allgemeine Verunsicherung, ein Unbehagen. Harald Welzer irritiert: »Wo Vergessen und Verdrängen, wo Beschweigen und Leugnen war, ist nun allseits Erinnern.« Andere befürchten einen Übergang von der verunsichernden Verstörung in eine beruhigende Versöhnung, sehen das Ungeheuerliche von ‹Erinnerung› verdeckt. Erinnerungskultur wird »immer mehr Teil des Problems, als dessen Lösung sie auftritt.«

Seit rund zwölf Jahren soll Erinnerungskultur neu gedacht werden. Die ZeitzeugInnen und die Nachkriegsgeneration haben ihr den Stempel aufgedrückt, die Rituale entwickelt. Gedenktage sind die Arena der ZeitzeugInnen. Sie formten unser kulturelles Gedächtnis. Mantra-mäßig wird nun das Ende dieser Ära beschworen. Junge Menschen sollen einbezogen werden auf der Suche nach zeitgemäßen Antworten.

Wie wollen wir erinnern?

Der 9. November mit all seinen Bedeutungsüberlagerungen, der 27. Januar, der Tag, an dem das KZ Auschwitz befreit wurde, war der Anfang der Befreiung vom Hitler-Faschismus, aber nicht die Befreiung der Menschen, der Gefangenen im Ganzen. Die wirkliche Befreiung fand am 8. Mai 1945 statt, von dem viele sagen: »Das war meine zweite Geburt!«. Die berechtigte Forderung nach einem gesetzlichen Feiertag am 8. Mai wird lauter.

In den 1950er und 1960er Jahren lebten viele der zurückgekehrten Überlebenden, der »Remigranten«, in unseren Gemeinwesen wie in einem Kokon. In der jüdischen Gemeinschaft, in den Freundeskreisen der politisch Verfolgten. Für viele war die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes wichtiger Bezugspunkt. Kontakt mit älteren Deutschen wurde möglichst vermieden. Sie könnten ja Täter sein. Die Nürnberger Prozesse, der Auschwitz-Prozess in Frankfurt, der Eichmann-Prozess in Jerusalem.

In den 1970er und 1980er Jahren begann das Ringen um die Erinnerungsorte. Die zentrale Forderung der Überlebenden: die Wahrung der Würde der Ermordeten. Ehemalige Konzentrationslager wurden als Gefängnisse einfach weitergenutzt. Kriegsverbrecher nicht verurteilt. Um die Entschädigung für Zwangsarbeit musste jahrzehntelang gerungen werden.

Und als dann in den 1990er und 2000er Jahren in Mölln, Rostock-Lichtenhagen, Lübeck und Solingen die Häuser brannten, Neonazis marschierten, dazu dann 2011 das Bekanntwerden der NSU-Morde, mit all den Vertuschungen und Verstrickungen des Verfassungsschutzes – waren wir froh über die Aktiven der Antifa-Bewegung, die Naziaufmärsche blockierten und zu zivilem Ungehorsam aufriefen.

Das Regierungs-Personal der Nachkriegs-Jahrzehnte mit Adenauers Globke, mit Carstensen, Filbinger, Kohl und Reagan an SS-Gräbern in Bitburg, Joseph Fischer mit der ersten bundesdeutschen Kriegsbeteiligung »wegen Auschwitz«, die Berufsverbote, der Historikerstreit, die Walser-Bubis-Debatte – das hatten wir ja kennen gelernt. NS-Verfolgte und ihre Organisationen wurden bespitzelt, ZeitzeugInnen verunglimpft und zu Verfassungsfeinden erklärt, ihre Auftritte in Schulen verhindert. Lang ist das nicht her.

Die Relativierung durch Vergleich war noch in den 1990er Jahren der Versuch der Rechten, Auschwitz zu verharmlosen. Und nach dem Beitritt der DDR zur BRD drängten Rechte auf »Normalisierung« und »Entkriminalisierung« der deutschen Geschichte.

Und was sind die Essentials? Was ist für uns als Mitglieder eines Verbands der Überlebenden und ihrer FreundInnen unabdingbarer Bestandteil der »Gedenkarbeit«? Erinnern schließt für uns immer ein: wir treten an gegen Rassismus, Nationalismus, Antisemitismus, Antiziganismus und gegen eine auf Abschottung gerichtete Flüchtlingspolitik. Denn manchmal ist sie uns unheimlich, diese Ruhe im Land. Und wir möchten ihn hören, diesen lauten Aufschrei. Wenn Menschen anderer Hautfarbe verfolgt, gehetzt und geschlagen werden. Wenn Menschen aus Kriegsgebieten bei uns Asyl und Zuflucht suchen und sie abgewiesen werden.

Und dann stehe ich, Esther Bejarano, vor 500 SchülerInnen in Kiel und sage: »Ihr seid nicht schuld an dem, was damals passiert ist. Aber ihr macht euch schuldig, wenn ihr nichts wissen wollt über diese Zeit.« Ich spreche mit ihnen über »PEGIDA« und meine Sorge, es könne sich wiederholen, was ich erleben musste. Die SchülerInnen fragen: »Was können wir tun, damit die Nazis sich bei uns nicht wieder breitmachen?«. »Wir sind für die Menschen!« lautet die Antwort. Und wieder geschieht das, was zunehmend beobachtbar ist: Die SchülerInnen stellen viele Fragen, wollen nicht loslassen. Solche Tage mit großartigen jungen Menschen stimmen hoffnungsvoll.

Auch haben ZeitzeugInnen immer wieder Begegnungen mit Jugendlichen »mit Migrationshintergrund«, wie es heißt. Und stellen fest, dass deren Erfahrungen mit Rassismus, Zurücksetzung und Diskriminierung eine Identifizierung mit den NS-Opfern leichter zulässt.

Jeder Mensch, der gehört hat, gesehen hat, erzähle, spreche. Das ist die Hoffnung der Überlebenden. Dass aus allen, die ZeitzeugInnen begegnet sind, weitere, neue ZeugInnen werden. Vielleicht müssen wir uns dann nicht sorgen, dass die Erinnerung an den NS ihre gesellschaftskritische Dimension verliert, indem sie kanonisiert, zementiert und ritualisiert wird. Ein von Kontroversen freigehaltenes Gedenken reduziert sich auf Konsensformeln, die einen kritischen Impuls vermissen lassen. Und kritischer Impuls, beunruhigende Verstörung zu sein, das ist eine unserer selbstgestellten Aufgaben.



70. Jahrestag der Befreiung

Dieses Jahr jährt sich das Ende des Zweiten Weltkrieges zum siebzigsten Mal. Auf ihrem Vormarsch befreiten die Alliierten die Insassen der unzähligen Lager. Wie kein anderes steht das Konzentrationslager Auschwitz für den Vernichtungswillen der Nazis und für den Holocaust.

von Jens Breuer, Toni Brandes, Margarete Schlüter

Bewegend – für manch einem mag dieses Adjektiv abgedroschen klingen angesichts von Rührstücken über die Shoa in Kino und TV, und doch beschreibt es trefflich die Stimmung bei der Gedenkfeier zum 70. Jahrestag der Befreiung, am 27. Januar 2015 im ehemaligen Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau. Am Morgen legten Überlebende zunächst im ehemaligen Stammlager an der so genannten Todesmauer Kränze nieder. Dort, im Hof zwischen den Blöcken 10 und 11, wurden Tausende Häftlinge erschossen. Viele waren gekommen, um hier zu gedenken – beinahe mehr Frauen als Männer, alle im hohen Alter. Hinter der Mauer, an den Fahnenmasten, wehen blau-weiße, längsgestreifte Fahnen – sie erinnern an die gestreifte Kluft der Inhaftierten. Als sie durch die heutige Gedenkstätte langsam zu den Bussen zurückgehen, klicken die Kameras der PressefotografInnen. Eindrucksvolle Bilder entstehen. In Gruppen durchschreiten sie das Lagertor, über dem es heißt »Arbeit macht frei«. Manche von ihnen haben sich untergehakt. Sie haben die Lager überlebt. Nicht wenige, die hier gehen, waren von der SS beim Vorrücken der Roten Armee evakuiert und auf Todesmärschen ins ‚Altreich' geschickt worden.

Die große Gedenkfeier indes findet in Auschwitz-Birkenau statt, dem damaligen Vernichtungslager. Nur noch wenige Baracken stehen auf dem riesigen Areal und die Trümmer der Gaskammern und Krematorien. Am bekanntesten ist aber wohl das Torhaus, durch das die Gleise ins Lager führten, bis zur Rampe, an der die Nazis die Menschen selektierten – in noch arbeitsfähig oder sie gleich auf den Weg ins Gas schickten. Doch von dem Tor ist am 27. Januar nichts zu sehen. Es ist verborgen von einem riesigen weißen Zelt, das sich in die verschneite Landschaft einpasst und das über dem Gebäude aufgebaut wurde. Im Inneren leuchten Scheinwerfer das Backsteinhaus aus – es wirkt dadurch surreal, wie eine Theaterkulisse. Davor sind mit etwas Abstand Stuhlreihen aufgebaut für die vielen Hundert Gäste. Die Gleise jedoch wurden nicht zugebaut – der Weg in das Lager als Mittelgang. Der Blick durch das Tor ist nicht verstellt, nur mit durchsichtigen Planen verhangen, damit die Wärme nicht entweicht. Die Gäste können so von innen durch das Tor in das verschneite einstige Lager blicken.

300 Überlebende sind gekommen, vor zehn Jahren waren es noch fünf Mal so viele. Die Kameras, welche die Zeremonie ins Pressezelt sowie als Stream online übertragen, fangen zwar immer wieder das eine oder andere Staatsoberhaupt ein, die freilich als Rednerinnen oder Redner nicht vorgesehen waren. Die Gedenkfeier konzentrierte sich auf die Geretteten und Überlebenden, ihnen galt ausschließlich die Aufmerksamkeit. Das hatte Piotr Cywinski, der Direktor der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau, im Vorfeld schon angekündigt: »Am 70. Jahrestag sollen die Überlebenden im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen. Sie werden reden, und wir werden ihnen sehr genau zuhören.«

Drei Überlebende sprechen an diesem Nachmittag. Halina Birenbaum, Schriftstellerin in Israel, überlebte die Konzentrationslager Majdanek, Auschwitz-Birkenau und Ravensbrück, bis sie in Neustadt-Glewe befreit wurde. Kazimierz Albin wurde 1940 mit dem ersten Transport nach Auschwitz deportiert, als polnischer politischer Häftling. 1943 brach er aus dem Lager aus und schloss sich der polnischen Heimatarmee an. Roman Kent lebt in New York und ist seit 2011 Präsident des Internationalen Auschwitz-Komitees. Seine Stimme zittert, als er sagt: »Wir wollen nicht, dass unsere Vergangenheit zur Zukunft unserer Kinder wird«. Erst am späten Nachmittag, am Ende der Veranstaltung, waren die staatlichen RepräsentantInnen gefragt. Gemeinsam mit Überlebenden stellten François Hollande, Joachim Gauck und andere am internationalen Mahnmal

für die Opfer des Faschismus im Außenbereich, nahe den Krematorien, Kerzen nieder. In Schnee und Eis verharrten sie einige Minuten und gedachten der Ermordeten. Eine wichtige Geste und Botschaft: »Ihr seid nicht vergessen.«
Eine der häufig gestellten Fragen an diesem, aber auch am vorherigen Tag in Auschwitz lautete, wie die Überlebenden es empfinden, wieder an diesem Ort zu sein. Es sei nicht die erste Rückkehr, betonen viele zunächst. Dann folgen differenzierte Betrachtungen. Für die eine Überlebende ist Auschwitz 2015 nicht Auschwitz 1945. Damals war es die Hölle, heute wirkt es hier vielmehr wie eine Kulisse. Eine andere kann sich noch gut erinnern, wie die Lebensmüden an den unter Strom stehenden Zaun traten, um ihrem Martyrium ein Ende zu setzen. Albträume habe er, wenn er bisher zurückgekehrt war, nie gehabt, erzählt ein älterer Mann, der heute in den USA lebt. Doch dieses Mal sei das anders: »Es ist das erste Mal in meinem Leben, dass ich während meines Aufenthalts hier nicht schlafen konnte. Gestern Nacht nicht, und die Nacht davor auch nicht. Normalerweis träume ich überhaupt nicht. Aber die letzten beiden Nächte waren furchtbar. Ich habe aus dem Fenster geschaut und es war, als würde ich den elektrischen Stacheldrahtzaun in Birkenau sehen.« Eine ältere Dame, die von der Presse interviewt wird, möchte partout nicht ihren Namen sagen. Sie lebe heute in Österreich, aber ihre Familie wisse nicht, dass sie einst in Auschwitz war – sie möchte, dass es so bleibt. Über ihre Motive schweigt sie sich aus. Selten ist ihr Verhalten nicht. Viele Kinder von Holocaustüberlebenden erzählen, dass ihre Eltern nicht mit ihnen darüber gesprochen haben – wohl auch, weil die Erinnerungen an das Grauen immer gegenwärtig waren und sie ihren Nachwuchs damit nicht ‚belasten' wollten. Dafür redeten und reden sie mit den EnkelInnen, deren Interesse groß ist – wie bei vielen ihrer Generation. Und manche haben ihre Kinder und Kindeskinder mit zur Gedenkveranstaltung gebracht. Am Vortag waren sie im Stammlager Auschwitz anzutreffen. Drei Generationen jüdischen Lebens in einem ehemaligen Vernichtungslager – für die Überlebenden ein zweiter wichtiger Sieg über die Nazis.
Die BesucherInnenzahlen in Auschwitz sind in den vergangenen Jahrzehnten rasant gestiegen. Viele wollen wissen, wie es damals dort in den Konzentrationslagern war. Wer wurde selektiert und durfte zunächst leben, um sich dann zu Tode zu rackern? Wer musste gleich ‚ins Gas'? Wie funktionierte das Lagersystem? Wer waren die AufseherInnen? Woher kamen sie? Was trieb sie und all die anderen NationalsozialistInnen und UnterstützerInnen an, um Jüdinnen und Juden, aber auch Sinti und Roma und andere so gnadenlos zu verfolgen und zu ermorden? Heute wird offener über das Geschehene geredet, auch auf Seite der damaligen TäterInnen – der Holocaust hat sich auch tief in ihre, in unsere Familiengeschichten eingeschrieben. Und nicht nur das, wie Bundespräsident Joachim Gauck in seiner Rede am Vormittag des 27. Januar im Deutschen Bundestag betont: »Es gibt keine deutsche Identität ohne Auschwitz. Die Erinnerung an den Holocaust bleibt eine Sache aller Bürger, die in Deutschland leben. Er gehört zur Geschichte dieses Landes.« Ein solches Bekenntnis des höchsten deutschen Amtsträgers ist ein Novum. Gauck, der wiederholt für seine Äußerungen kritisiert wird, entschlüpfte im Übrigen noch ein Dank an die Rote Armee: »Es waren die Truppen der Alliierten, die diesem Morden bei ihrem Vormarsch ein Ende bereiteten. Die Vernichtungslager im Osten wurden von den Sowjetsoldaten befreit. Vor ihnen, die allein bei der Befreiung von Auschwitz 231 Kameraden verloren, verneigen wir uns auch heute in Respekt und Dankbarkeit.« Auch diese Worte ist man aus dem Bundestag nicht gewohnt. Es war im Übrigen der einzige zu vernehmende Dank an die Befreier, die bei der Gedenkveranstaltung in Auschwitz an diesem Tag leider nicht zugegen waren.





Die in Auschwitz anwesenden Überlebenden waren alt, dem Ereignis geschuldet. Wer die Befreiung am 27. Januar 1945 durch die Rote Armee miterlebte, ist heute nur in absoluten Ausnahmefällen in den 70er Jahren. Denn Kleinkinder und Kinder wurden in der Regel nach Ankunft im Lager gleich ermordet. Entsprechend waren jene, die sich Anfang des Jahres auf den Weg in die heutige Gedenkstätte machten, weit über 80, manche über 90 Jahre alt. Auch auf anderen Gedenkfeiern wird das der Fall sein. Daher wird die Mehrzahl von ihnen beim 75. Jahrestag 2020 wohl kaum noch in der körperlichen Konstitution sein, diese beschwerliche Reise auf sich zu nehmen. Die noch ausstehenden Gedenkfeiern in ehemaligen Konzentrationslagern beziehungsweise heutigen Gedenkstätten anlässlich der Befreiung 1945 dürften wohl eine der letzten Chancen sein, noch einmal viele Überlebende zu treffen und ihre (Lebens-)Geschichten zu hören und zu sehen. »Der 70. Jahrestag der Befreiung ist ein wichtiges Datum, wer weiß schon, wie viele Menschen noch beim nächsten Mal dabei sein werden«, begründete die Überlebende Rosi Schindler ihren Besuch des ehemaligen Stammlagers Auschwitz und der Gedenkveranstaltung in Birkenau. Wer kann, sollte versuchen, an einer der kommenden Veranstaltungen teilzunehmen.
Hier eine kleine Auswahl:
12. April 2015, Gedenkstätte Buchenwald
18. April 2015, Gedenkstätte Sachsenhausen
19. April 2015, Gedenkstätte Ravensbrück
26. April 2015, Gedenkstätte Bergen Belsen
26. April 2015, Gedenkstätte Flossenbürg
1. Mai 2015, Gedenkstätte Dachau
4. Mai 2015, Gedenkstätte Neuengamme
10. Mai 2015, Gedenkstätte Mauthausen

Das große Verständnis



Groß war die Überraschung am 19. Januar 2015. Die gegenüber der Presse geradezu feindlich auftretenden »Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes« laden zu einer Pressekonferenz ein. Noch größer die Überraschung, als der Ort der Pressekonferenz verkündet wurde: die Landeszentrale für politische Bildung in Dresden.

von Jean Cremet

»Demonstrationen sollten ergänzt werden«, so die »Patriotische Plattform«, die am weitesten rechts angesiedelte Strömung innerhalb der »Alternative für Deutschland« (AfD), »durch öffentliche überparteiliche Bürger-Foren. Nichts gegen Reden, Spaziergänge oder Vorträge, aber hier geht es jetzt um Dialog und Debatte! Denn im staatlich dirigierten Infotainment fehlt es an ‚herrschaftsfreiem Diskurs'!« Alexander Heumann (Düsseldorf), Sprecher der Patriotischen Plattform in NRW, hat es auf sich genommen, »ein ‚forum romanum' der Bürger im klassisch-republikanischen Sinne« zu organisieren. Gesprochen werden soll über alles, was in unserer Gesellschaft »nur noch in engen Korridoren der ‚politischen Korrektness' öffentlich reflektiert wird«.Nun ist im weit von Düsseldorf entfernten Dresden das wahr geworden, was sich Heumann wünscht. Nicht die professoralen PEGIDA-Versteher Wolfgang Donsbach oder Werner Patzelt luden zum Dialog ein, sondern Frank Richter, der Chef der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung (SLpB). Natürlich geht es bei ihm nicht, ebenso wenig wie bei den anderen Landeszentralen oder der großen Schwester im Bund, um »Bildung von unten«. Seine Landeszentrale – wie inzwischen auch er selbst als Person – ist eine öffentliche Institution, verpflichtet dazu, »politische Themen möglichst objektiv und offen für mehrere Meinungen zu behandeln«.
Der 1960 geborene Theologe Frank Richter ist seit 2009 Chef der SLpB. Es steht zu vermuten, dass nicht seine früheren Tätigkeiten als Pfarrer und als Lehrer ausschlaggebend für seine Berufung waren, sondern – wie so oft in Sachsen – seine Vergangenheit als Oppositioneller in der Zerfallsphase der DDR. In Dresden gehörte er zu den MitbegründerInnen der »Gruppe der 20«, einem offiziellen Gesprächspartner der Staatsmacht vor Ort. Als Jahre später die antifaschistischen Aktivitäten gegen den jährlichen Neonazi-Aufmarsch in Dresden am 13. Februar zunahmen und die Stadtführung immer mehr in Zugzwang geriet, von ihrer bisherigen Politik des Ignorierens des geschichtsrevisionistischen Treibens abzurücken, erwarb er sich Verdienste als Moderator der »AG 13. Februar«, die die bürgerlichen Aktivitäten bündelte und koordinierte.

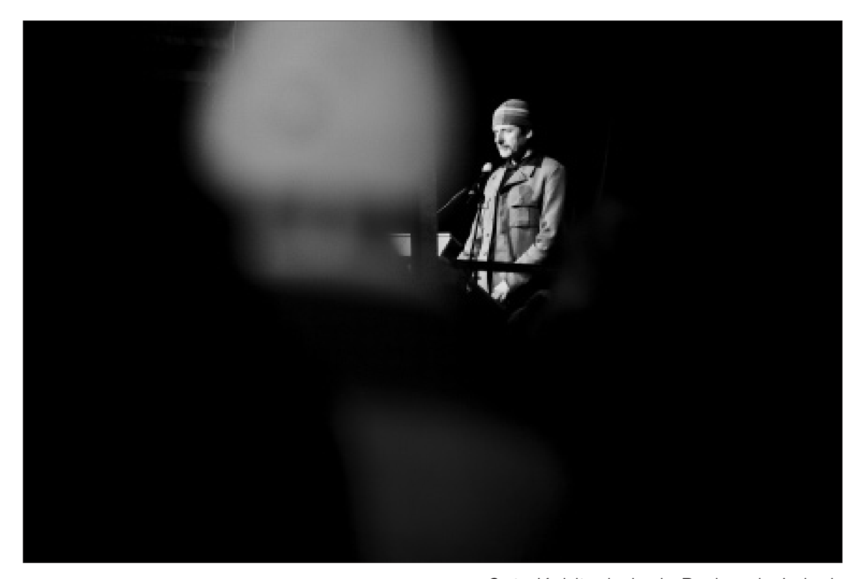
Abstieg

Danach begann sein Renommee zu schwinden. Die erste Etappe war eine Fachtagung der Landeszentrale zur demografischen Entwicklung. Nach den üblichen Vorträgen sollte es eine Podiumsdiskussion geben. Mit VertreterInnen aller Landtagsparteien. Also auch der NPD. Die hatte sich bereits in der Enquetekommission des Landtags zu diesem Thema mit fortwährenden Klagen über das drohende Aussterben des deutschen Volkes, profiliert. Natürlich gab es Vereinbarungen der anderen Parteien, genau solche Veranstaltungen, in denen sich die NPD als gleichberechtigter Partner präsentieren konnte, auszuschließen. Frank Richter war dies offensichtlich bewusst. Aber: Schon einmal hatte die NPD einen Prozess gegen die Landeszentrale gewonnen. Also griff er zu einem kleinen Trick; den Fraktionsvorsitzenden der demokratischen Parteien wurde jeweils erklärt, die anderen Parteien hätten bereits zugesagt. Fast hätte dies auch funktioniert. Fast. Stattdessen gab es einen öffentlichen Eklat, die Diskussion wurde abgesagt.

Und ist der Ruf erst ruiniert …

Dann tauchte PEGIDA auf der Bildfläche auf. Wahrlich genug Arbeit für eine Landeszentrale für politische Bildung. Fachtagungen wären denkbar gewesen, zur »Krise der Repräsentation« zum Beispiel. Veranstaltungen zum Islam und der Schimäre der »drohenden Islamisierung« oder zur rechten Geschichte des Begriffes »Abendland«. Auseinandersetzungen zum PEGIDA-Feindbild »gender mainstreaming«. Eine Fülle von Aufgabenfeldern für eine Einrichtung, die der Stärkung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung dienen soll. Frank Richter definierte seine Pflichten anders. Als Theologe fühlte er sich dem Dialog verpflichtet, wobei das unmittelbare Verhältnis zum/zur direkten Gesprächspartner/in entscheidend für die Qualität des Dialogs ist.
Versöhnen statt spalten also, Dialog statt Konfrontation. Implizit wurde dabei PEGIDAs Selbstbild als die Sprachlosen, die Ungehörten, die Ausgeschlossenen übernommen. Richter übernahm es, den Dialog zu organisieren, die WutbürgerInnen von PEGIDA als demokratische PartnerInnen zu präsentieren. Damit hatte er Vertrauen gewonnen. Zumindest bei PEGIDA. Was folgte, war die logische Konsequenz. Die inzwischen hinlänglich bekannte Pressekonferenz mit den PEGIDA-Granden Lutz Bachmann und Kathrin Oertel, damals noch traut vereint. Natürlich nach Rücksprache mit seinem Kuratoriumsvorsitzenden, dem CDU-Stadtchef und Landtagsabgeordneten Lars Rohwer. Ebenso bekannt ist die Kritik, auch aus den Reihen der politischen Bildung selbst. Weniger bekannt der Umstand, dass Richter bei dieser Gelegenheit nicht nur als Türöffner für PEGIDA, sondern zugleich auch für die AfD wirkte. Ursprünglich vorgesehen für das Podium war nämlich auch Achim Exner, Kreisvorstand der AfD in Dresden und ehemaliger Sicherheitschef von Dynamo Dresden. Alexander Heumann plant seine Foren zum »herrschaftsfreien Dialog« in Düsseldorf. Frank Richter führt seine weiterhin in Dresden durch. Aller Kritik zum Trotz. Eine Stütze an seiner Seite fehlt allerdings. Kriminaldirektor Martin Döring war vom Landesamt für Verfassungsschutz zur Landeszentrale gekommen. Jetzt ist er gegangen. Zurück an die alte Wirkungsstätte, als Sprecher des sächsischen Geheimdienstes.

LEGIDA - zwischen Rechtspopulismus und völkischer Programmerklärung



^ *Götz Kubitschek als Redner in Leipzig*

Zu Beginn des Jahres stand der Leipziger Ableger der Dresdner PEGIDA-Bewegung in dem Ruf, rechts vom Original aus der sächsischen Landeshauptstadt zu stehen. Nicht nur, dass die Quote der rechten Hooligans und Neonazis unter den Teilnehmenden in Leipzig höher war. Mit Jürgen Elsässer und Götz Kubitschek traten am 21. Januar dort rechte Akteure auf, die mit ihren Reden auf ihre ausgeprägte ideologische Selbstverortungen schließen ließen.

von Wolfgang Laskowski

In der Hochphase der Dresdner PEGIDA-Demonstrationen kamen Lutz Bachmann und Kathrin Oertel ohne konsistentes ideologisches Fundament aus und setzten stattdessen auf eine pragmatische Operationalisierung ihrer rassistischen, rechten Inhalte. In Leipzig jedoch ließen sich durchaus ideologische Akzentsetzungen bei den Rednern ausmachen.
Jürgen Elsässer gab in Leipzig den rechtspopulistischen Agitator. Wie auf den Friedensdemonstrationen des Jahres 2014 eröffnete der ex-linke Publizist seine Rede mit den Worten »Meine Zielgruppe ist das Volk«. Nach einem Lob für die Polizei und der Aufforderung an die GegendemonstrantInnen, sich wegen der Bedrohung Europas durch den IS der LEGIDA anzuschließen, entfaltete er seine populistische Rhetorik. Sich selbst bezeichnete Elsässer als links, um im gleichen Atemzug Teile der GegendemonstrantInnen als »rot lackierte Faschisten« zu beschimpfen. Dieser heute in der extremen Rechten gängige Begriff zur Diffamierung linker GegnerInnen soll einer rhetorischen Wendung des Vorsitzenden der Nachkriegs-SPD, Kurt Schumacher, zur Charakterisierung der KommunistInnen aus dem Jahr 1930 entstammen. Sodann wies Elsässer die Kritik türkischer Regierungsvertreter an PEGIDA mit dem Verweis auf deren Verstrickung in den islamistischen Terror zurück. Als Elsässer auf die US-amerikanische Außenpolitik zu sprechen kam, war er ganz in seinem Element. Bereits in seinen Reden bei den Veranstaltungen der sogenannten »Neuen Friedensbewegung« trat Elsässer mit einem rabiaten Anti-Amerikanismus hervor. Der Ausruf »Ami go home« bündelte dies anschaulich.
Elsässer forderte analog zur Schweiz eine Volksabstimmung zum Thema »Masseneinwanderung«, und beschrieb die Schweiz als demokratisches Vorbild. Er schloss mit einem Aufruf zur Verteidigung Deutschlands und für ein »Europa der Vaterländer«. Seine Rede enthielt fast alle jene rechtspopulistischen Essentials, mit denen die »Alternative für Deutschland« in Ostdeutschland sehr erfolgreich Politik macht.
Götz Kubitschek konstatierte in seiner Rede die Situation des Notstandes. Offensichtlich war es ihm wichtig, seine These von der Notwendigkeit der Verteidigung dessen, was er andernorts als die »Bewahrung der ethnischen Kontinuität der Deutschen« genannt hatte, zu popularisieren. Hierzu griff Kubitschek auf eine rhetorische Figur Karlheinz Weißmanns zurück, die dieser im Hinblick auf die deutsche Geschichte gebraucht hatte. Wie Weißmann nivellierte auch er durch die bloße aufzählende Chronologie geschichtlicher Ereignisse deren differente Bedeutung: »Wir tragen die Geschichte der Zerstörung mit: die Geschichte der gefallenen Soldaten, der getöteten Juden, der zerbombten Städte und der Millionen Vertriebenen«. Wenn, wie bei Kubitschek anstelle von historischen Interessen, Opfern und Tätern einzig das Volk als überzeitlich verstandener geschichtlicher Akteur auftritt, ist von einem völkisch-nationalistischen Verständnis von Politik und Geschichte auszugehen. Vor diesem Hintergrund setzt Kubitschek fort: »Es geht ein tiefer Riss durch unser Volk, und nur dann, wenn wir (…) mit unserer Sorge das ganze Volk meinen, können wir diesen Riss schließen. (…) Wir müssen dafür sorgen, dass dieses Land unser Land bleibt«. Für diese seine Aktualisierung der Idee der Volksgemeinschaft als nicht hintergehbare Schicksalsaufgabe der Deutschen, wählt Kubitschek, moderate Formulierungen. Der ideologische Glutkern jedoch ist unverkennbar völkisch.
Die Ambivalenz der Motivlage des Rechtsintellektuellen in der Ansprache der Demonstrationsteilnehmenden zwischen Apologie des Volkes und rechtselitären Verachtung der Masse reflektiert Kubitschek im Editorial der Frühjahrsausgabe der »Sezession« genau, wenn er mit Verweis auf Heidegger schreibt: »(…) Was da als deutsches Volk seine Sorge um die Zukunft auf die Straße trägt, ist (…) vor allem ein ins Gestell jedweder denkbarer Machenschaft gezwängtes, (…) ausgehöhltes Gebilde, das von sich selbst, von seiner Seele (…) nicht mehr viel weiß«.
Im Redaktionsblog der Zeitschrift »Sezession« hatte Götz Kubitschek seine Zusage zur Anfrage von LEGIDA damit begründet, dass er dazu beitragen wolle, den bürgerlichen Flügel der Bewegung zu stärken. Sein Drang in die breite Öffentlichkeit mag vor dem Hintergrund des elitären Selbstverständnisses des rechten »Institut für Staatspolitik« (IfS) – zu dessen Gründern er gehört – erstaunen. Doch in den vergangen Jahren führte eine sich selbst ästhetisierende Intention Kubitschek mehrfach ins Rampenlicht der Medien.
Was immer der Redner Kubitschek erwartet hatte: gemessen an den Reaktionen der LEGIDA-AnhängerInnen traf Elsässer viel eher die Stimmungslage der Teilnehmenden mit sicherem Gespür für populistische Formeln. Kubitscheks völkische Programmerklärung hingegen fand in ihrer Gesamtheit nicht die vielleicht von ihm erhoffte unmittelbare Resonanz.
In den Wochen danach trat Kubitschek sowohl in Leipzig, als auch in Dresden erneut als Redner auf. Doch keine der nachfolgenden Reden ließ die ideologisch neurechte Selbstverortung so deutlich aufscheinen, wie jene im Januar in Leipzig.

»Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft?«



Das »Göttinger Institut für Demokratieforschung« hat die Aufmärsche von PEGIDA in Dresden und Legida in Leipzig beobachtet und TeilnehmerInnen interviewt. Felix M. Steiner sprach mit dem Politikwissenschaftler Dr. Lars Geiges über die Ergebnisse der Untersuchung.

drr: Eines der zentralen Feindbilder der »PEGIDA«-Bewegung ist die »Lügenpresse«. Wie sind Ihnen die DemonstrantInnen begegnet, wie lief die Datenerhebung?

Lars Geiges: Die »Lügenpresse« war ein Hauptziel des Protestes. Das äußerte sich nicht nur durch die Rufe »Lügenpresse, Lügenpresse«, die während der Kundgebungen von manch einem PEGIDA-Anhänger ergänzt wurden um den Zusatz »Auf die Fresse!«, sondern auch durch Aktionen vor Ort. Wir konnten beispielsweise beobachten, wie Kamerateams gestört, Aufnahmen und Interviews gezielt zu verhindern versucht wurden und wie Journalisten teils übel beschimpft, vereinzelt auch angegangen wurden. Auch wir – Wissenschaftler einer westdeutschen Universität – gehörten für die Pegidisten erst einmal zu »den Anderen«, fielen in den Demonstrationszügen auf – nicht nur wegen der Klemmbretter, die viele von uns für die Umfragen in ihren Händen hielten. Doch unserer Wahrnehmung nach ging man mit uns besser um als mit manch Journalisten. Die Mehrheit redete mit uns, war zwar reserviert, teils unfreundlich, aber gab Auskunft. Manche freuten sich sogar, dass ihnen endlich mal jemand zuhöre, wie sie sagten, und es sprudelte förmlich aus ihnen heraus. Wobei man auch sagen muss: Wie andere Forschergruppen stießen auch wir auf eine deutlich erkennbare Minderheit von Demonstranten, die jede Aussage verweigerte und das Gespräch mit uns kategorisch ausschlug.

Bei den Schwierigkeiten die Daten zu erheben, wie ordnen Sie ihre Forschungsergebnisse ein?

Auf so viele Schwierigkeiten stießen wir eigentlich gar nicht bei der Datenerhebung. Jedenfalls waren es nicht wesentlich mehr als bei anderen Erhebungen im Umfeld von Demonstrationen. Man stößt immer auf »Verweigerer«, die sich den Forschern entziehen. Sozialwissenschaftler kennen dieses Phänomen. Damit muss man umgehen und seine Forschungsinstrumente anpassen und erweitern. Eine Repräsentativität erhält man darüber auch nicht, das war aber auch nie Ziel unserer Studie – zumal die Begriffe »Repräsentativität« und »repräsentativ« zu überflüssigen inhaltsleeren Attributen für eine Vielzahl von Studien geworden sind. Ein exaktes Abbild aller Eigenschaften einer Grundgesamtheit ist prinzipiell unmöglich. Es ist im Übrigen auch nicht per se davon auszugehen, dass es sich bei den »Verweigerern« um eine homogene Subgruppe handelt, die den einen »harten Kern« ausmacht. Wir wissen das schlichtweg nicht. Dennoch haben wir aussagekräftige Daten. Gut 500 Teilnehmer an PEGIDA-Veranstaltungen füllten unseren Onlinefragebogen aus. Und sie bilden unzweifelhaft eine Gruppe, die sich von den Losungen und Parolen der Demonstrationsveranstalter angezogen und aktiviert fühlen. Sie mögen vielleicht nicht das ideologische Zentrum ausmachen, aber sie gehören zu denen, die sich für die Demonstrationsziele rekrutieren und mobilisieren ließen. Eine unwichtige Gruppe ist das also nicht. Sie sind Ausdruck eines politischen Gärungsprozesses, der Teile der deutschen Gesellschaft rechts der Mitte erfasst hat. Und über diese Gruppe, von



der wir Teile zudem zu intensiven Gruppendiskussionen baten, treffen wir Aussagen.

Welche Beweggründe konnten Sie bei den Befragten feststellen, um auf die Straße zu gehen?

Hier wurde uns tatsächlich ein ganzer Strauß von Motiven präsentiert. Ein Teil der Befragten berichtete uns, schon immer an das, wofür PEGIDA stehe, geglaubt zu haben. Das Aufkommen von PEGIDA habe für sie das Ende einer »Sprachlosigkeit« bedeutet. Auf diesen Moment habe man schon immer gewartet, hieß es. Andere benannten weit zurückliegende Reisen ins Ausland als Politisierungserlebnis. Dort habe man erlebt, wozu der Islam fähig sei. Auch »dreckige Straßen« und grundsätzlich »Verhältnisse« wie in Duisburg-Marxloh oder Berlin-Neukölln wurden vorgebracht. Überfremdung, Schmutz und Verwahrlosung – vor solchen Zuständen müsse »unser schönes Sachsen« geschützt werden, hieß es in den Runden. Auf einer PEGIDA-Demonstration berichtete mir ein Mann, er marschiere mit PEGIDA, weil er gegen die GEZ-Gebühren sei. Er empfinde sie als »Zwangsabgabe«. Dabei besitze er selbst keinen Fernseher. Überwiegend betonte man jedoch Vorgänge des Jahres 2014: die Eskalation im Russland-Ukraine-Konflikt; die damit zusammenhängende »Kriegsangst«; auch die anhaltende »Medien-Propaganda«, die man von ihrer Machart her nur allzu gut aus längst vergangenen DDR-Zeiten kenne; sowie die Entwicklungen in Syrien mit dem Terror des »Islamischen Staates«. Ein zentrales Moment war in den Erzählungen der Befragten, das Gefühl von der Politik alleingelassen worden zu sein – egal, ob bei regionalen oder weltweiten Problemlagen. Man würde nicht mehr gehört. Die Politik handle am Bürger vorbei. Daher auch die Überzeugung vieler, dass der bundesweite Volksentscheid zwingend eingeführt werden müsse. Regelrecht wutschnaubend reagierten Pegidisten auf Äußerungen einiger Politiker über PEGIDA. Dass sie »Nazis in Nadelstreifen«, »Rattenfänger« oder eine »komische Mischpoke« seien, empörte sie über alle Maßen und bestärkte sie in ihrer Ablehnung der »volksfernen« und »abgehobenen« »Politiker-Kaste«. Man sei einer »Hetze« ausgesetzt, »ins rechte Eck ge-

stellt«, dabei würde man doch lediglich sein demokratisches Grundrecht auf freie Meinungsäußerung und Demonstration wahrnehmen.

Das heißt, die Motive sind vielfältig und haben nicht wirklich etwas mit dem Eintreten für ein »christliches Abendland« zu tun?
Die individuellen Motivlagen, die Antriebe, die wahrgenommenen Sorgen und Ängste, die realen Verlustempfindungen sind für sich genommen überaus heterogen und vielschichtig. Doch werden die manifesten sowie latenten Problemlagen von den von uns Befragten in verschieden starker Ausprägung auf »den Islam« und »die Moslems« übertragen. Das Bild des »Christlichen Abendlandes«, das auf den PEGIDA-Kundgebungen meist zum »christlich-jüdischen Abendland« erweitert wurde, dient dann der Kenntlichmachung des anderen. Es soll anzeigen, wer eben nicht dazu gehört, nicht dazu gehören kann – und das ist für Pegida-Anhänger eben der Islam. Ein sich aus diversen Quellen speisender Frust wird umgepolt, wendet sich gegen eine gesellschaftliche Minderheit.





Welchen Stellenwert hat in diesem Konglomerat das Thema Asylpolitik?
An den Themen Zuwanderung, Asyl und Integration zünden Wut, Enttäuschung und Ressentiment besonders stark. Viele Befragte gaben an, dass gerade städtische Verhandlungen um die Errichtung von Flüchtlingsunterkünften sie aufgebracht hätten und letztlich ihr Engagement für PEGIDA mitbegründeten. Man würde die Bürger bevormunden, vor vollendete Tatsachen stellen und hintergehen. Wer aus Kriegsgebieten komme, müsse in Deutschland eine sichere Bleibe finden, waren sich unsere Gesprächsteilnehmer einig. Aber Deutschland könne auch nicht alle Probleme der Welt lösen, indem man sagt, kommt zu uns. Deutschland habe genug »eigene Probleme«.

Gibt es eine Erklärung, warum die PEGIDA-Bewegung gerade in den letzten Monaten so erfolgreich ist und warum gerade in Sachsen?
Die von uns Befragten würden antworten: Weil man in Sachsen eben ein bisschen wachsamer, ein bisschen heller sei, weil man hier ein paar Probleme früher erkenne als andernorts. Das hätte die Geschichte schließlich schon oft bewiesen. Tatsächlich gibt es historische Pfadabhängigkeiten auch bei Protesten, doch erscheint uns das in Sachsen nicht ausschlaggebend. Mehrere Entwicklungen laufen zusammen: Die PEGIDA-Unterstützer sind politisch heimatlos geworden, fühlen sich weder gehört noch vertreten, haben in Teilen in den Jahren nach 1989 herbe Verluste erfahren. Gültigkeiten brachen ab, geweckte Hoffnungen erfüllten sich nicht, die Unübersichtlichkeiten, Anforderungen und Komplexitäten nahmen indes stetig zu, während die westdeutschen Politik-Eliten in den 1990er-Jahren von »Reformstau« sprachen und einen »Ruck« durchs Land forderten. Aber auch eine kurzfristigere Inkubationszeit ging den PEGIDA-Protesten voran, während es gesellschaftlich bereits gärte. Themen, die Pegida aufnahm, wurden bereits deutschlandweit erfolgreich geprobt, wie beispielsweise die Bucherfolge von Thilo Sarrazin und Heinz Buschkowsky beweisen. »Islamkritik« wurde salonfähig gemacht. Im vergangenen Jahr öffnete sich dann – auch ermöglicht durch handfeste Protestorganisation führender Köpfe – offensichtlich ein Gelegenheitsfenster.

Können Sie tendenziell »den PEGIDA-Anhänger« beschreiben?
Schwierig, aber ein paar Auffälligkeiten lassen sich benennen. Unsere Gesprächspartner waren überwiegend männlich, konfessionslos, besaßen eine formal gute bis sehr gute Ausbildung. Wenngleich andere zuletzt Protestaktive, wie beispielsweise die Gegner des unterirdischen Stuttgarter Bahnhofneubaus, im Durchschnitt über noch bessere Bildungszertifikate verfügten. Mehr als die Hälfte der von uns Befragten war mittleren Alters, zwischen 36 bis 55 Jahre. Dreiviertel der Befragten gaben an, vollzeiterwerbstätig zu sein, darunter viele selbstständig. Parteipolitisch favorisieren PEGIDA-Anhänger stark mehrheitlich die »Alternative für Deutschland«. Für die Gesellschaft wünscht man sich eine größere Bedeutung von »Recht und Ordnung«, »nationalen Interessen« sowie »Meinungspluralismus«.

Was wäre eine geeignete Reaktion der Politik auf diese Proteste?
Ich bin kein Politikberater. Uns ging es in der Studie darum, Handeln und Verhalten der PEGIDA-Anhänger zu verstehen. Die politischen Praktiker müssen bei ihrem Vorgehen vieles berücksichtigen und abwägen. Vielleicht hilft es zunächst grundsätzlich anzuerkennen, dass PEGIDA eben auch Teil der Zivilgesellschaft ist. Ob es uns passt oder nicht. In den vergangenen Jahren wurde stets das Hohe Lied auf Teilhabe und Partizipation gesungen, nach einer aktiven Bürgergesellschaft gerufen, auf Bundes- und Länderebene »Engagementspolitik« gefordert und gefördert – oft völlig unkritisch. Dabei weiß man gerade in Deutschland, dass eine hochaktivierte Gesellschaft mit starken Assoziationen jenseits von Staat und Parteienwesen keineswegs zur Stabilisierung von Demokratie und Zivilität beitragen muss, sondern auch das genaue Gegenteil bewirken kann, wie die zweite Phase der Weimarer Republik belegt. Dennoch ist in den vergangenen Jahren zivilgesellschaftliches Engagement durchweg gepriesen worden. Auch vor diesem Hintergrund nun reflexhaft die kompromisslose Ausgrenzung PEGIDAs zu fordern, erscheint mir in sich nicht schlüssig.

Wenn Sie auf die derzeitige Entwicklung blicken, lässt sich eine Prognose für den weiteren Weg dieser Proteste abgeben?
Auch wenn PEGIDA bald ganz verschwunden sein sollte, die Auffassungen ihrer Protestträger leben fort, können sich jederzeit neu zusammensetzen, reaktiviert werden – auch für neuerliche Protestaktionen, dann vermutlich aber eher unter einem anderen Label.

Vielen Dank für das Gespräch.

Die ausführlichen Ergebnisse der Studie erscheinen im März 2015: Lars Geiges / Stine Marg / Franz Walter: Pegida. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft?, transcript Verlag, Bielefeld.

Neue Mannschaften

»Hooligans gegen Salafisten« haben es geschafft, mit ihrem Aufmarsch Ende Oktober 2014 in Köln tagelang im medialen Mittelpunkt zu stehen. Befürchtungen wurden laut, mit der Politisierung der Hooliganszene entstehe eine neue, den Kampf um die Straße suchende Bewegung.

von Florian Schubert



< NPD-Politiker und Hooligan Sascha Wagner am 22. Dezember 2014 in Bonn – links am Transparent

Es ist bedeutend ruhiger geworden um Aktivitäten unter dem Label »Hooligans gegen Salafisten« (HOGESA). Bereits Ende 2014 zeichnete sich ab, dass an den Mobilisierungserfolg von Köln nur schwer anzuknüpfen ist. Die Nachfolgekundgebung in Hannover am 15. November 2014 war schon bedeutend kleiner. Stattdessen mehrten sich die Meldungen über interne Machtkämpfe, aber auch von Rücktritten und Distanzierungen war die Rede. So wurde sich zum Beispiel von der Gruppierung »Saarländer gegen Salafisten« (SaGeSa) distanziert, weil deren Verbindungen zur NPD doch zu deutlich waren. HOGESA erklärten, sie würden sich von keiner Partei instrumentalisieren lassen und auch in Zukunft keine Zusammenarbeit mit Parteien anstreben. Die internen Streitigkeiten bei HOGESA haben mittlerweile zur Spaltung geführt. Ein Spaltprodukt tritt unter dem Namen »Gemeinsam-Stark Deutschland« (GSD) auf und hatte für den 8. Februar in Ludwigshafen zu einem Aufmarsch aufgerufen. Unter strengen Polizeiauflagen kamen dort 300 bis 400 rechte Hooligans zusammen. Anlass sollte »der Jahrestag der ersten islamkritischen Aktion von Fußballfans in Deutschland« sein. Zur Erinnerung: Im Februar letzten Jahres kam es in Mönchengladbach zu Ausschreitungen rechter Hooligans bei einer öffentlichen Veranstaltung von »Salafisten«.

Ein weiterer Konfliktpunkt, der mit zur Spaltung geführt hat, war der Streit um die Einnahmen aus dem Verkauf von HOGESA-Merchandising-Artikeln. Aber auch die politische Ausrichtung wird eine Rolle gespielt haben. Hier geht es um die Positionierung zu Parteien, von denen sich HOGESA klarer abgrenzt als GSD. Bei GSD heißt es, Vereins- oder Parteifarben würden keine Rolle spielen, solange eine Überparteilichkeit gewahrt bleiben würde. HOGESA dagegen grenzen sich von Parteien klarer ab und kritisieren zum Beispiel die »Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung Europas« (PEGIDA) für deren angebliche Parteinähe. Ferner wird HOGESA vorgeworfen, keine »richtigen« Hooligans (mehr) zu sein. Dementsprechend waren die Aktivitäten der HOGESA recht überschaubar. So versuchten sie sich in der Durchführung einer Demonstration am 18. Januar 2015 in Essen. Die Anmeldung der Veranstaltung wurde nach einem Verbot wieder zurückgezogen. Trotzdem versammelten sich ca. 100 HOGESA-SympathisantInnen, die von der Polizei eingekesselt wurden. Mehrere tausend Menschen protestierten zur gleichen Zeit gegen diesen Aufmarschversuch. Später am Tag versuchte eine etwa 50 Personen starke Gruppe aus dem Spektrum von HOGESA eine Gedenkkundgebung zu dem NSU-Anschlag in der Probsteigasse anzugreifen. An die 30 von ihnen wurden von der Polizei gestoppt und eingekesselt. Bei der Durchsuchung wurden Gegenstände wie Reizgas, Quarzsandhandschuhe und Elektroschocker gefunden.

Alles schaut nach Osten

Im Dezember 2014 nahmen die Veranstaltungen von PEGIDA Fahrt auf. Offensichtlich sahen sich die HOGESA dazu genötigt, sich zu PEGIDA zu positionieren. In einer Erklärung distanziert sich die HOGESA-Führung von PEGIDA und betont die Abgrenzung. Als Begründung wird angeführt, PEGIDA sei vom Staat geschaffen und gesteuert, und da HOGESA »ein Problem mit dem Staat und diesem System haben« hielten sie eben von dieser Bewegung nichts. Außerdem wird PEGIDA vorgeworfen, »nichts gegen Vorsitzende und Funktionäre von politischen Parteien« zu tun, sondern diese in die »Bewegung« zu lassen. Positiv beziehen sie sich dagegen auf die »Patriotischen Europäer gegen die Amerikanisierung des Abendlandes« (PEGADA/EnDgAmE) in Erfurt. Eine Gruppierung, die sie, im Gegensatz zu PEGIDA, »für authentisch und ungesteuert halten.« An dem von PEGADA in Erfurt am 24. Januar 2015 durchgeführten Aufmarsch beteiligten sich 1.000 Menschen. Darunter waren auch 200 rechte Hooligans, Neonazis und diverse andere Kleinstgruppen wie die »German Defence League«. Den größten Teil stellten Personen aus den Reihen der »Montags-Demos« und AnhängerInnen der verschwörungstheoretisch geprägten Truther-Szene. Auf der Veranstaltung wurden neben friedenspolitischen Aussagen auch Forderungen nach einem Ende der »Besatzung der BRD« vertreten.

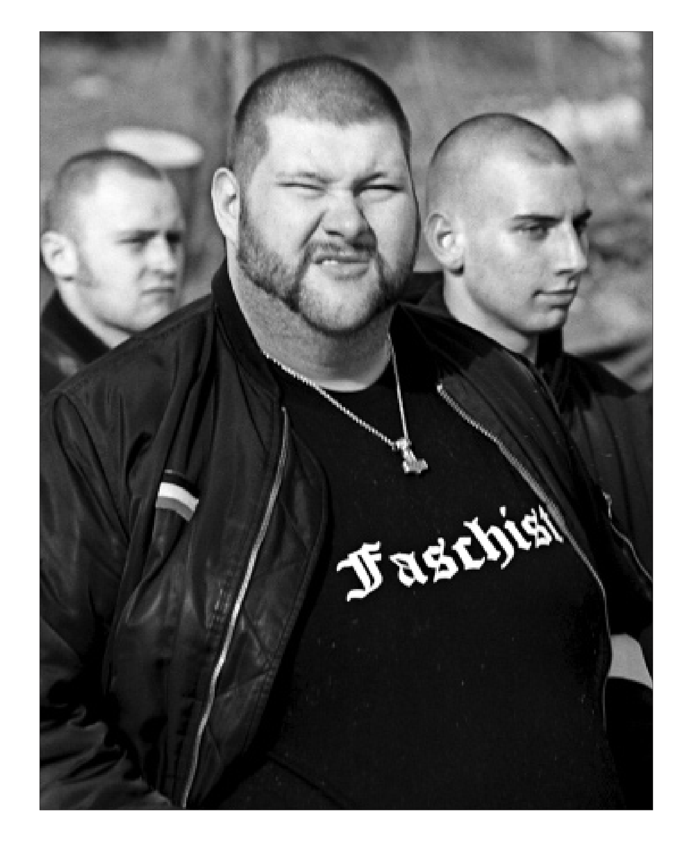
Auch wenn sich HOGESA und PEGADA aus unterschiedlichen Spektren rekrutieren, so scheint sich doch mit dem »Anti-Amerikanismus« ein gemeinsames Politikfeld zu erschließen. »Salafisten« stehen dabei nicht mehr im Mittelpunkt. Aber – so die Argumentation –, da der »Islamische Staat« durch die USA aufgebaut und unterstützt werde, sei PEGADA indirekt auch gegen »Salafisten«. Die Abspaltung »Gemeinsam-Stark Deutschland« hingegen bezieht sich deutlicher als HOGESA auch auf Themen, die in der Neonaziszene populär sind. Auf der Homepage heißt es, man sei »für den Erhalt deutscher Werte und Tugenden sowie gegen den Multi-Kulti-Wahnsinn«. Und außerdem »gegen den massenhaften Asylmissbrauch«. Des Weiteren geht GSD in Anlehnung an die »Reichsbürgerbewegung« davon aus, dass die Bundesrepublik Deutschland kein souveräner Staat ist und tritt daher für einen Friedensvertrag ein.

Wie sich HOGESA und ähnliche Gruppierungen weiterentwickeln werden, ist schwer abzuschätzen. Aber es ist Bewegung in die rechte Hooliganszene gekommen. Nachdem es lange ruhig um diese war, zeigt sie einigen Aktionismus und versucht sich Räume in den Fußballstadien zurück zu erobern. Ob HOGESA, GSD und andere im Stadion Anknüpfungspunkte finden, muss sich noch zeigen. Die Winterpause beim Fußball ist gerade erst vorüber.

Totenkopftätowierung

Bei der Gemeinderatswahl am 25. Mai 2014 wurde der militante Neonazi Christian Hehl (NPD) in den Rat der Stadt Mannheim gewählt. Dort war die Partei zuletzt von 1968 bis 1974 vertreten.

von Michael Distel



< *Christian Hehl (Aufnahme 2002) ist älter geworden – seine Gesinnung ist die gleiche geblieben*

Der NPD war es im Mai 2014 gelungen, mit einer 16-köpfigen Liste zur Gemeinderatswahl anzutreten und ihrem Spitzenkandidaten Christian Hehl mit 3.550 Stimmen einen Sitz im Gemeinderat zu sichern. Geholfen hat dabei auch eine Reform des Wahlrechts in Baden-Württemberg. In größeren Städten bedeutet dies, dass eine WählerInnenvereinigung, die in der Lage ist eine vollständige Wahlliste anzumelden, mit hoher Wahrscheinlichkeit auch in den Rat kommt. Faktisch haben nicht mehr Menschen die NPD gewählt als die Jahre zuvor auch, aber aufgrund des neuen Verfahrens schaffte es der militante Neonazi Hehl in den Gemeinderat. In Baden-Württemberg hat die NPD nur noch zwei weitere Mandate in Stadträten. In Weil am Rhein sitzt Andreas Boltze im Rat und in Villingen-Schwenningen konnte Jürgen Schützinger mit seiner DLVH-Liste (»Deutsche Liga für Volk und Heimat«) seinen Sitz im Gemeinderat behaupten. Weiterhin verfügt die NPD über Mandate im Schwarzwald-Baar-Kreis (Jürgen Schützinger) und im Kreis Böblingen (Janus Nowak). Innerhalb der Stadtverwaltung und bei den Parteien war der Schock über den Einzug von Christian Hehl groß. Bislang wurden in der Gemeindeordnung der Stadt Mannheim die Rechte und die Finanzierung der Ratsmitglieder großzügig geregelt. Dies wurde mit dem Einzug von Hehl geändert: Einzelne Gemeinderäte erhalten nun kein Büro mehr im Rathaus und die finanzielle Ausstattung wurde minimiert, Gelder für Büro und Angestellte gibt es nicht mehr. Auch ihr Wirkungskreis wurde eingeschränkt, so können einzelne Räte nicht mehr in Ausschüsse gewählt werden.

Militanter Neonazi-Kader

Hehl ist einer der bekanntesten Neonazis Deutschlands und entstammt dem Nazi-Skinheadmilieu. Im Gegensatz zu sich seriös gebenden Parteifunktionären kokettiert er mit seiner Zugehörigkeit zur Subkultur. Dennoch trägt er einen Anzug bei Terminen im Rat. Hehl blickt auf eine lange Mitgliedschaft in nationalsozialistischen Gruppen zurück. Er ist ein bekannter Hooligan des »SV Waldhof Mannheim«, war Mitglied der »Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei« (FAP), eine zentrale Führungsfigur bei »Blood & Honour« und wurde unter anderem wegen Körperverletzung verurteilt. Bislang verhält sich Hehl unauffällig im Gemeinderat. Er ist isoliert und mit anderen Gemeinderäten findet keine Kommunikation statt. Bisher hielt er noch keine Rede im Gemeinderat, meistens wirkt er gelangweilt und beschäftigt sich nur mit seinem Handy. Lediglich eine Handvoll Anfragen hat er bislang an den Gemeinderat gestellt. Dabei ging es vordergründig um »Bürgerinteressen«, doch real wird Rassismus geschürt: Geht es um den Kälteschutz von Obdachlosen, wird von ihm behauptet, die Stadt gebe nur Geld für »Asylanten« aus. Bei einer Anfrage zur Bekämpfung von Spielsucht behauptet er: »80% davon (aller Spielsüchtigen, Anm. d. Red.) sollen einen Migrationshintergrund haben«. Auch die Berichte aus dem Gemeinderat auf der Homepage der NPD Rhein-Neckar sind überschaubar, es drängt sich der Eindruck auf, dass der sich kumpelhaft »Hehli« genannte, seine Zeit in dem Gremium absitze. Ganz im Gegensatz zu seinem NPD-Kollegen im Wormser Gemeinderat, Michael Weick. Dieser bringt es bis dato auf 45 Anfragen und 350 Unterfragen an den Rat. Christian Hehl hingegen scheint kein Interesse zu haben, sich für die NPD derart zu engagieren. Für ihn sind die Bezüge eines Gemeinderates schließlich gutes Geld, das sich auch ohne Skandale und viele Anfragen verdienen lässt. Gegen Weick läuft mittlerweile ein Verfahren wegen Volksverhetzung sowie zahlreiche weitere Anzeigen, unter anderem wegen Beleidigung, Sachbeschädigung und Diebstahl. Er soll nach der Hooligandemonstration von »Gemeinsam-Stark Deutschland e. V.« am 8. Februar 2015 in Ludwigshafen GegendemonstrantInnen im Zug bedroht und bestohlen haben.

»Im Blut ersaufen«

Für Skandale in der Kommunalpolitik sorgt die NPD. Bei der konstituierenden Sitzung des Mannheimer Gemeinderats am 22. Juli 2014 nahm eine kleine Gruppe von Neonazis aus dem Umfeld der NPD auf der BesucherInnentribüne Platz. Unter ihnen Andreas L., der bereits dort mit verbalen Drohungen gegen AntifaschistInnen auffiel. Vier Tage später nahm die Heidelberger Polizei ihn fest, nachdem er eine Gruppe jugendlicher AntifaschistInnen verfolgt und mit einem Messer bedroht hatte. Im Dezember 2014 veröffentlichte die NPD Rhein-Neckar zudem auf ihrer Homepage einen Text, in dem es unter anderem heißt: »Es ist zu hoffen, dass die ersten Opfer der Islamisten in Mannheim keine Bürger sind, sondern Politiker der Multikulti-Parteien wie SPD, Grüne und Linke. Sie können ruhig in ihrem Blut ersaufen.« Nachdem diese Veröffentlichung von dem lokalen Bündnis »Mannheim gegen Rechts« skandalisiert wurde, erstattete der Bundestagsabgeordnete Stefan Rebmann (SPD) Anzeige wegen Volksverhetzung gegen den Vorsitzenden der NPD Rhein-Neckar Jan Jaeschke) und gegen den Landesvorsitzenden der NPD Baden-Württemberg Alexander Neidlein.

Wirtschaftselite mit Anhang

Eine politische Ortsbestimmung der »Alternative für Deutschland«.

von Phillip Becher





Eine kurze Bemerkung in einem 2013 erschienenen Beitrag des Sammelbandes »Die neuen Rechten in Europa« (herausgegeben von Peter Bathke / Anke Hoffmann) hat die Prognosefähigkeit sozialwissenschaftlicher Analyse unter Beweis gestellt. Alban Werner und Richard Gebhardt beschäftigten sich unter der Überschrift »Bedingt abkehrbereit – Warum es in der Bundesrepublik (noch) keine erfolgreiche rechtspopulistische Partei gibt« mit den damals noch weitgehend ungenutzten politischen Kräftereserven rechts der CDU/CSU und der damaligen Regierungspartei FDP. Die Politologen stellten fest, die Euro-Krise habe das Potential, »das fehlende einigende Motiv« für die Etablierung einer neuen Rechtspartei in Deutschland zu liefern. Nur wenig später sollte sich diese Voraussage bewahrheiten. Nach zahlreichen mehr oder weniger geglückten Testballons am rechten Rand hatte sich erstmals eine erfolgsversprechende Kräftekonstellation gebildet. Und tatsächlich segelte die »Wahlalternative 2013«, die bereits im Namen den Bezug zur damals noch bevorstehenden Bundestagswahl erkennen ließ, im Wind der Euro-Kritik. Nachdem dieser Zusammenschluss von WirtschaftsprofessorInnen, UnternehmerInnen, enttäuschten Konservativen aus der Union und anderen zunächst auf die »Freien Wähler« als parlamentarischen Arm gesetzt hatte, entschied man sich – zumal diese Strategie nur mäßigen Erfolg zeitigte – dafür, ein neues Parteiprojekt aus der Taufe zu heben: Die »Alternative für Deutschland« (AfD) war geboren. Die relevanten Köpfe der »Wahlalternative« fanden sich nun nach und nach alle unter diesem Dach ein. Von Anfang an wäre es jedoch nur die halbe Wahrheit gewesen, hätte man die AfD auf ihr Firmenschild mit der Aufschrift »Euro-Kritik« reduziert. Bereits eine von David Bebnowski und Nils Kumkar für das »Göttinger Institut für Demokratieforschung« besorgte Untersuchung über das Euro-kritische Potential in der Bundesrepublik (»Die neue Macht der Bürger«) hielt – lange bevor jemand mit dem Kürzel AfD etwas anfangen konnte – fest, dass die Euro-Kritik eher Anlass denn Ursache für ein Engagement wäre, für das die Besitzstandswahrung als das tatsächliche Antriebsmoment zu betrachten sei.

Erste Erfolge

Gerade auch wegen der Fixierung auf das Thema »Europa« und der Inszenierung der AfD als die Partei, mittels derer sich der Unmut über die Entwicklungen auf dem Kontinent zum Ausdruck bringen lasse, rückte die Formation bereits im Jahr ihrer Gründung in die Nähe parlamentarischer Präsenz. Über zwei Millionen Stimmen bei der Wahl zum Bundestag im September 2013 reichten zwar nicht für das Überspringen der 5%-Sperrklausel. Doch mit 4,7 Prozent der Stimmen errang die AfD das beste Resultat einer rechten Partei jenseits von Liberalen und Christdemokratie, seitdem die NPD 1969 bei ihrem versuchten »Marsch auf Bonn« Schiffbruch erlitten hatte. Brachen damals bei der neofaschistischen Partei infolge des verpassten Bundestagseinzugs innerparteiliche Konflikte aus, blieb die AfD von größerem Zwist unter dem Eindruck des verfehlten Ziels verschont. Es scheint, als wäre durch das in der Partei versammelte Führungspersonal mit seinen Erfahrungen in Wirtschaft, Wissenschaft, Bürokratie, Politik und Medien ein professionelles Element in die deutsche Rechte gekommen, das Rückwirkungen auf die Erfolgschancen dieses Segments haben wird. Personen wie der Parteisprecher Bernd Lucke, Ökonomie-Professor an der Universität Hamburg, aber auch Ex-Industriellenchef Hans-Olaf Henkel oder Alexander Gauland, der für die CDU als Staatssekretär in Hessen diente, stehen für dieses Profil.

»Mut zu Deutschland«

Nach diesem Startschuss nahm die Partei im Jahr 2014 an Fahrt auf. Die Riege der UnterstützerInnen der AfD wurde um prominente Namen ergänzt. Hier wäre vor allem Heinrich Weiss zu nennen, der unter anderem Aufsichtsratsvorsitzender des Hütten- und Walzwerktechnikkonzerns »SMS Siemag« ist. Weiss, ebenfalls ehemaliger Präsident des »Bundesverbandes der Deutschen Industrie« sowie Ex-Chef des Wirtschaftsrats der CDU, wandte sich der AfD zu und bekannte sich öffentlich zu seiner Unterstützung für das Projekt. Auch der Gründung des parteieigenen »Mittelstandsforums« am 24. Januar 2015 in Kassel gab der Großunternehmer seinen Segen. Mit Namen wie Henkel und Weiss sind nicht nur finanzielle und politische Unterstützung verbunden, ihre weitreichenden Kontakte dienen auch als Türöffner für die Partei, die sich auf diese Weise bald der Verbindung mit weiteren kapitalkräftigen Kreisen erfreuen könnte. Auch bei Wahlen gab es einen deutlichen Aufwärtstrend. Der Slogan »Mut zur Wahrheit« aus dem Bundestagswahlkampf wandelte sich mit Blick auf den angestrebten Einzug in das Straßburger Parlament zum vaterländischen Bekenntnis »Mut zu Deutschland«. Mit diesem Motto gelang im Mai 2014 die Entsendung von insgesamt sieben AfD-Abge-



<< *Heinrich Weiss*
< *Hans-Olaf Henkel*

ordneten in das Europa-Parlament, unter ihnen Lucke und Henkel sowie der emeritierte Tübinger Wirtschaftsprofessor Joachim Starbatty und die marktradikale Netzwerkerin Beatrix von Storch (u.a. »Zivile Koalition e.V.«). »Der deutsche Frühling beginnt im Herbst« war 2013 mit Hinblick auf die Bundestagswahl noch großspurig auf AfD-Plakate gedruckt worden. Der politische Jahreszeitenwechsel ließ dann abseits der EU-Ebene in der Bundesrepublik aus Sicht der AfD jedoch ein Jahr auf sich warten, schlug aber dann – mit dem Europawahlergebnis im Rücken – mit voller Wucht durch. Gleich drei ostdeutsche Landtage bekamen im Herbst 2014 Zuwachs von rechts. Sowohl in Brandenburg als auch in Sachsen und Thüringen gewann die AfD ungefähr jede zehnte Stimme der WählerInnen. Auch was die Mitgliederentwicklung angeht, war 2014 das Jahr der AfD. Startete man im Frühjahr 2013 mit einem soliden Mitgliederpolster von knapp 10.000 Personen, konnte man am Ende des Geschäftsjahres 2014 eine Verdoppelung auf fast 22.000 Mitglieder vermelden. Auch 2015 scheint die Erfolgsstory nicht abzubrechen: Unter Führung von Jörn Kruse, emeritierter Professor für Wirtschaftspolitik an der Universität der Bundeswehr in Hamburg und Autor auf dem populärwissenschaftlichen Internetblog der vom »Arbeitgeberverband Gesamtmetall« an den Start gebrachten »Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft«, zog der hanseatische Landesverband der AfD jüngst mit wehenden Fahnen in die dortige Bürgerschaft ein. Damit ist die Partei nun auch in einem westdeutschen Landtag vertreten und ihre parlamentarische Präsenz nicht mehr das »Ostphänomen«, als das es lange Zeit apostrophiert wurde.

Gegen Zuwanderung und »Parteienstaat«

Dass dieses »Phänomen« schon immer mehr war als vermeintliche »Euro-Kritik«, zeigt ein Blick zurück in erste programmatische Verlautbarungen der Partei. Im Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2013 fand sich neben der Ablehnung einer sogenannten »Transferunion« und eines »zentralisierten Europastaat[s]« auch die Forderung nach einer Implementierung plebiszitärer Elemente »nach Schweizer Vorbild« und nach einem Ende der Beherrschung des politischen Systems durch Parteien, die sich stattdessen auf eine nicht näher spezifizierte Mitwirkung beschränken sollten. Auch einer »ungeordnete[n] Zuwanderung in unsere Sozialsysteme« wurde bereits in frühen Dokumenten eine Absage erteilt. Als ganz besonders im Geiste der oben genannten Besitzstandwahrung stehend muss allerdings der bildungspolitische Forderungskatalog der Partei bezeichnet werden. So definiert er Bildung als »Kernaufgabe der Familie«, die durch Kindertagesstätten und Schulen »sinnvoll« zu ergänzen sei – deutlicher ist ein Programm zur Verfestigung der Ungleichheit von Bildungschancen selten formuliert worden.

Sich ergänzende Flügel

In einem auf der Homepage seiner rheinland-pfälzischen Parteifreunde publizierten Interview äußerte sich jüngst Bernd Baumann, stellvertretender AfD-Landesvorsitzender in Hamburg, zu der Politikansprache seiner Formation im Bürgerschaftswahlkampf. Baumann war als Bundeswahlkampfleiter bereits für die Kampagne seiner Partei zur Europa-Wahl verantwortlich. Zur Ausrichtung des Hamburger Themenangebots sagte er: »Wir setzen auf Zuwanderung, Bildung und Innere Sicherheit.« Explizit bezog er sich auf das Scheitern der Hamburger Schulreform von 2010 und reklamierte für seine Partei, dass sie »gerade diese Bürger- und Bürgerinnen« ansprechen würde, die sich damals für den Erhalt des mehrgliedrigen Schulwesens ausgesprochen hatten. Baumann war es auch, der die Hintergründe der parteiinternen Konflikte in der AfD auf einen Nenner brachte. Diese werden in den Medien in der Regel als »Richtungsstreit« zwischen Gruppen um Lucke und Henkel einerseits und um Gauland und die sächsische AfD-Fraktionschefin Frauke Petry andererseits gewertet. Baumann, der laut der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« als »Berater des Parteivorsitzenden Bernd Lucke« gilt, äußerte sich gegenüber dem Blatt zu Unterschieden im Auftreten der verschiedenen AfD-Landesverbände und deutete diese als »Neuformierung des selbstbewussten Bürgertums«. Die einstweilen als unterschiedliche Flügel ausgemachten Gruppen benötigen einander und ergänzen sich in der Außenwahrnehmung der Partei.

Harzburger Front 2.0?

Der Niedergang der FDP bedeutet zugleich eine Chance für die AfD. Der durch das Verabschieden der Liberalen aus dem politischen Raum freiwerdende Platz könnte von Lucke und Co. gefüllt werden. Es wäre aber verkürzt, die AfD lediglich als eine Art Ersatz-FDP zu deuten. Zwar wäre damit die klassische Option der Union, mit Hilfe eines bürgerlichen Bündnispartners jenseits von Schwarz-Grün oder einer großen Koalition eine Regierung zu bilden, wiederhergestellt, allerdings würde damit gleichsam das politische Spektrum nach rechts gerückt. Ein Vorspiel hierzu gab es bereits im Vorfeld der Wahl von Bodo Ramelow zum Thüringer Ministerpräsidenten. Um einen Regierungschef der Partei »Die Linke« zu verhindern, war die CDU in Erfurt dem Vernehmen nach bereit, mit der AfD eine Stimmgemeinschaft einzugehen. Währenddessen demonstrierten Mitglieder beider Parteien in der Thüringer Landeshauptstadt gemeinsam mit NPD-AnhängerInnen und anderen unter antisozialistischen Vorzeichen gegen eine »rot-rot-grüne« Landesregierung und verliehen den parlamentarischen Ränkespielen damit eine pseudo-demokratische Legitimation. Ob die AfD damit tatsächlich zum integralen Bestandteil einer Art »Harzburger Front 2.0« werden könnte, bleibt abzuwarten. Klar ist jedoch schon jetzt, dass eine von der AfD mitbestimmte Republik sich von der bisherigen – nicht zum Besseren hin – unterscheiden wird. Was interessierte Kreise in der von Hans-Olaf Henkel mit initiierten Lobby-Gruppe »Konvent für Deutschland« unter dem Stichwort »Reform der Reformfähigkeit« seit Jahren diskutieren, hat mit der Partei einen willigen Erfüllungsgehilfen im parlamentarischen Raum gefunden. Die Crux dabei: Der AfD gelingt es bisher erfolgreich, den von ihr propagierten gesellschaftlichen Rückschritt als oppositionelle Alternative zu vermarkten.

Der Weg zur Partei

Die Entstehungsgeschichte der Partei »Alternative für Deutschland« bis zur Bundestagswahl 2013

von Jörg Kronauer



Die »Alternative für Deutschland« (AfD) hat eine mehrjährige, recht verwickelte organisatorische Vorgeschichte. In deren Verlauf fanden politische und gesellschaftliche Milieus zueinander, die die Partei bis heute prägen. Die Anstöße, die letztlich zur Gründung führten, reichen in die erste Hälfte des Jahres 2010 zurück. Damals eskalierte die Euro-Krise und zwang zu einer Antwort auf die Frage, ob man die gemeinsame Währung mit außergewöhnlich teuren Rettungsschirmen stützen oder sie lieber fallenlassen solle. Die Debatte darum wurde nicht zuletzt in den Führungszirkeln der bundesrepublikanischen Wirtschaft geführt – aus gutem Grund. Die deutsche Exportindustrie hatte vom Euro profitiert, da er Ausfuhren innerhalb der Eurozone begünstigte und die Standortvorteile der Bundesrepublik zum Beispiel gegenüber Frankreich voll zur Geltung kommen ließ. Allerdings hatte er einen schlimmen Konstruktionsfehler, wie die Zeitung »WirtschaftsWoche« Anfang 2010 feststellte: »Eine gemeinsame Währung kann nicht funktionieren, wenn die zwangsvereinigten Länder sich wirtschaftlich zu weit auseinanderentwickeln, wenn es keine gemeinsame Finanz- und Wirtschaftspolitik gibt, wenn die Regeln für Arbeitsmärkte, Lohnfindung und Gewerkschaftspolitik zu unterschiedlich sind.« Mit der Kriseneskalation Anfang 2010 wurde dann schlagartig klar: Der Konstruktionsfehler der Währung, die für die deutsche Exportindustrie so günstig war, störte nicht nur das ästhetische Empfinden einiger Ökonomen, er führte geradewegs an den Rand des Abgrunds.

Euro-Rettung ja oder nein?

In der Bundesregierung hatte sich recht bald die Auffassung durchgesetzt, aus den verschiedensten Gründen lohne sich der Versuch, den Euro mit kostspieligen Rettungsprogrammen und brutalen Spardiktaten in den Krisenstaaten über die Runden zu bringen. Allerdings gab es in der deutschen Wirtschaft eine durchaus relevante Fraktion, die diese Auffassung nicht teilte, weil ihr das finanzielle Risiko zu hoch und der potenzielle Nutzen zu gering erschienen – unter anderem, weil schon seit Jahren die deutschen Exporte in die Eurozone gegenüber anderen Ausfuhren an Bedeutung verloren. Die Front der deutschen Euro-GegnerInnen beschränkte sich plötzlich nicht mehr auf miefige Hinterzimmer, in denen ultrarechte Möchtegern-Führer schlechte Reden schwangen, und auf alkoholisierte Stammtische unterm Hirschgeweih. Gegen den Euro trat nun vor allem die mittelständische Wirtschaft mit ihren Verbänden auf, wie »Die Familienunternehmer« – dem Verband gehören Personen mit klangvollen Namen wie August Oetker an – oder der »Stiftung Familienunternehmen«, einem Zusammenschluss von rund 5.000 Unternehmen mit einem Umsatz von mindestens einer Million pro Jahr. Mittelstandspolitiker wie Frank Schäffler (FDP) und Josef Schlarmann (CDU) trugen die Euro-Ablehnung bis in die Großparteien. Schäffler konnte im Mai 2011 auf einem FDP-Parteitag sogar ein Drittel der Delegierten auf seine Seite bringen.

ProfessorInnen gegen den Euro

Gegen den Euro, oder zumindest überaus skeptisch ihm gegenüber, positionierte sich damals auch eine Reihe von WirtschaftswissenschaftlerInnen – an vorderster Stelle ein gewisser Bernd Lucke. Der Professor für Volkswirtschaft an der Universität Hamburg empörte sich über die Krisenpolitik der Regierung und beschloss, etwas zu tun – und gründete ein »Plenum der Ökonomen«. Der Grundgedanke war simpel: WirtschaftswissenschaftlerInnen sollten sich zusammentun, um die wichtigen Fragen der Gegenwart mit ihrem geballten Sachverstand zu diskutieren. Ihr Ergebnis sollte dann der Politik vorgelegt werden, der man raten wollte, sich an die Vorschläge der ProfessorInnen zu halten. Einige, die den Aufruf zur Gründung des »Plenums der Ökonomen« unterzeichneten, fand man später in der AfD wieder, darunter den Gründer Lucke oder den AfD-Landesvorsitzenden in Hamburg, Jörn Kruse. Im Februar 2011 gelang dem »Plenum« ein kleiner Achtungserfolg: Mit einer Stellungnahme gegen die geplante Ausweitung des Euro-Rettungsschirms fand sie Eingang in die Wirtschaftsseiten der Tagespresse. Die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« (FAZ) sprach beeindruckt von einer »Massenpetition deutscher VWL-Professoren«. Das war's dann aber auch. Der Gedanke, Regierungen würden sich von reinem Sachverstand beeindrucken las-

sen, war natürlich ebenso absurd wie der Gedanke, man könne einen »reinen Sachverstand« unabhängig von politischen Positionen überhaupt postulieren.
Lucke gab aber nicht auf. Weil der Achtungserfolg seines »Plenums« im Februar 2011 eine Eintagsfliege blieb, konnte man ihn ein Jahr später als Sprecher des im Februar 2012 gegründeten »Bündnis Bürgerwille« wiederfinden. Das Bündnis war eine der wichtigeren von diversen damals neu geschaffenen Organisationen, über die das »Handelsblatt« im Mai 2012 schrieb: »Immer mehr Unternehmer, Professoren und engagierte Bürger sind der Meinung, dass die ‹alternativlose› Euro-Politik der Kanzlerin nicht alternativlos bleiben sollte«. Geeint lediglich in ihrer Kritik der Euro-Rettungspolitik, fanden sich unterschiedlichste Spektren in dem Bündnis zusammen: VolkswirtschaftsprofessorInnen, MittelständlerInnen, MittelstandspolitikerInnen aus CDU, CSU und FDP, aber auch der ehemalige Chef des »Bundesverbandes der deutschen Industrie« Hans-Olaf Henkel. Hinzu kamen einige BürgerrechtlerInnen wie Ex-Bundestags-Vizepräsident Burkhard Hirsch (FDP), die die Euro-Rettungspolitik wegen ihrer schweren demokratischen Mängel ablehnten. Das Bündnis – Luckes damaliger Ko-Sprecher Johannes Hüdepohl führt heute die AfD-Fraktion im Kreistag Ahrweiler – schlug ein paar Wellen, schloss sich der am 23. Mai 2012, dem Gründungstag der Bundesrepublik, gegründeten »Allianz gegen den Eurorettungsschirm« an, der auch »Die Familienunternehmer« und der »Bund der Steuerzahler« beitraten. Ein echter Erfolg blieb aber immer noch aus. Wenn außerparlamentarischer Protest nicht ausreicht, was tut man dann? Die Antwort auf diese Frage, die Lucke und einige andere gaben, lautete: Dann versucht man es eben parlamentarisch.

Stimmen sammeln am rechten Rand

Der erste Schritt war die Gründung der »Wahlalternative 2013« im September 2012. Das Konzept, auf das sie zurückgriff, hatte Hans-Olaf Henkel im Dezember 2011 im »Handelsblatt« beschrieben. Eine neue Partei aufzubauen sei »sehr aufwändig«, hatte Henkel festgestellt. Viel bequemer sei es, an bereits Bestehendes anzudocken: »Auf der Suche nach einer neuen Heimat (...) sollte man sich (...) mal mit den ‹Freien Wählern› beschäftigen.« Genau dies versuchte die »Wahlalternative 2013«. Dabei traf sie eine Entscheidung von erheblicher strategischer Reichweite. In der Erkenntnis, dass MittelständlerInnen und Wirtschafts-ProfessorInnen wohl auch im Bündnis mit den »Freien Wählern« nicht breit genug aufgestellt wären, um wirkliche Wahlerfolge zu erzielen, bezogen die Gründer der »Wahlalternative« ein politisches Spektrum in ihre Planungen ein, das in den 1990er Jahren der »Bund freier Bürger« (BfB) für seine Anti-Euro-Politik zu nutzen versucht hatte: nationalistische, rechtslastige Milieus. Alexander Gauland und Konrad Adam, die – jeder auf seine Weise – eine gewisse Verankerung in Kreisen rechts der Unionsparteien besitzen und heute zum Rechtsaußen-Flügel der AfD gehören, unterstützten die neue Organisation demonstrativ. Das vertrieb zwar die wenigen BürgerrechtlerInnen, die im »Bündnis Bürgerwille« noch vertreten waren. Doch die Entscheidung bot die Chance, Stimmen im nicht so schwachen rechten Sumpf abzugreifen.

Parteiaufbau

Hatte das »Bündnis Bürgerwille« in seinem Gründungsaufruf noch ausdrücklich erklärt, »die Mitwirkung« in ihm sei »unvereinbar mit der Mitgliedschaft in einer rechtsradikalen, linksradikalen oder ausländerfeindlichen Partei«, so schielte die »Wahlalternative« eindeutig nach rechts. Sie ließ sich entsprechend von ehemaligen BfB-AktivistInnen und -UnterstützerInnen fördern, etwa von Karl-Albrecht Schachtschneider und von dem heutigen AfD-Europaabgeordneten Joachim Starbatty. An ihrer Seite stand schon bald auch die heutige AfD-Europaparlamentarierin Beatrix von Storch mit ihrem rechten Kampagnenapparat »Zivile Koalition«. Auf dieser politischen Grundlage versuchte die »Wahlalternative« es in einer Art Testlauf bei der niedersächsischen Landtagswahl am 20. Januar 2013 gemeinsam mit den »Freien Wählern«. Das Ergebnis war ein Desaster: Mit 1,1 Prozent kam das Bündnis nicht mal annähernd an die entscheidende Fünf-Prozent-Hürde heran. »Die Freien Wähler haben leider enorme strukturelle Probleme«, schimpfte Lucke nach der Wahl: »Es läuft darauf hinaus, dass sie außerhalb Bayerns schlicht nicht wahlkampffähig sind.« Es blieb also nichts anderes übrig, als sich eben doch an den mühevollen Aufbau einer eigenen Partei zu machen.

Gegen Zuwanderung

So kam es am 6. Februar 2013 zur Gründungsversammlung der AfD und am 14. April 2013 zum Gründungsparteitag in Berlin. Dominierendes Ziel war der Einzug in den Bundestag am 22. September 2013. Im Vordergrund stand daher der Parteiaufbau in allen Bundesländern. Inhaltlich beschränkte sich die AfD bewusst auf einige wenige Kernpunkte und verzichtete auf eine ausführliche Programmatik, um den Wahlkampf nicht mit inhaltlichen Debatten zu belasten. Gleichzeitig ließ sie deutlich erkennen, dass sie die Strategie, für die Adam und Gauland standen, übernehmen wollten: nämlich im trüben rechten Sumpf zu fischen, um genügend Wahlvolk für den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde zusammenzubekommen. Das sollten Blinkelemente wie der folgende im AfD-Wahlprogramm enthaltene Satz gewährleisten: »Eine ungeordnete Zuwanderung in unsere Sozialsysteme muss unbedingt unterbunden werden.« Das war deutlich genug, um noch von jedem alkoholisierten Stammtischgänger verstanden zu werden, aber zugleich noch nicht deutlich genug, um den Professor Lucke, den Publizisten Adam und die Kleinunternehmerin Petry an der Spitze der neuen Partei als ultrarechte Clique zu erledigen.

Bundestagswahl: halber Erfolg

Manches misslang der neuen Partei im Bundestagswahlkampf. Das Ziel, MittelstandspolitikerInnen und eventuell weitere Euro-KritikerInnen aus der erfahrenen Ebene der FunktionärInnen der etablierten Parteien abzuwerben, verfehlte sie klar. Auch schaffte sie es nicht, sich den rechten Sumpf, der laut Plan AfD wählen, aber nicht in die Partei eintreten sollte, vom Hals zu halten. Von Anfang an kam es deshalb immer wieder zu Skandälchen und Skandalen. Und auch das übliche Chaospersonal, das neugegründete Parteien regelmäßig heimsucht und mit Sektierer- und Spinnertum plagt, konnte sie nicht abwimmeln. 4,7 Prozent bei der Bundestagswahl am 22. September 2013 waren daher eigentlich ein großer Erfolg – wenn auch nicht ausreichend. Letztlich erklärlich ist der Erfolg wohl nur, weil die Kritik am Euro – sieht man einmal von der völlig anders gelagerten linken Kritik an der Gemeinschaftswährung ab – inzwischen nicht mehr ein Alleinstellungsmerkmal der äußeren Rechten ist, sondern auch Zustimmung in Teilen der Wirtschaft und des Establishments findet. Diese Zustimmung hat Lucke die anfangs so wertvollen Auftritte in diversen TV-Talkshows verschafft. Sie hat auch dazu beigetragen, der AfD ihre heutige Stärke und ihre Erfolge bei der Europawahl sowie den Landtagswahlen in Brandenburg, Hamburg, Sachsen und Thüringen zu verleihen.

Rechter Wahlkampf

Mit ihren Erfolgen bei der Bundestags- und Europawahl im Rücken gelangen der »Alternative für Deutschland« (AfD) mit einem nach rechtsaußen gerichteten Wahlkampf zweistellige Ergebnisse und der Einzug in drei ostdeutsche Landesparlamente.

von Kai Budler



Kurz vor der Landtagswahl im September 2014 in Thüringen macht der AfD-Spitzenkandidat Björn Höcke im Politmagazin »Monitor« keinen Hehl aus seinen Sympathien für die »Identitäre Bewegung« (IB). Er nennt sie eine europäische Vernetzung »überwiegend junger Menschen (…), die sich Sorgen machen um eine unkontrollierte Zuwanderung und die hierfür auch pragmatische Lösungen wollen und einen Diskurs über diese Thematik ohne Tabus, ideologiefrei, sachlich und mit offenem Ausgang führen wollen«. Kurz nach der Ausstrahlung des Beitrags nennt der 42-Jährige die Sendung eine »zwangsgebührenfinanzierte Volksverdummung« und spricht von »Stigmatisierungsversuchen der Medien«. Dabei sind es nicht nur die Inhalte der IB, die sich im AfD-Wahlkampf in Brandenburg, Sachsen und Thüringen wieder finden, allein in Sachsen haben Ende August 2014 13.000 ehemalige NPD-WählerInnen für die AfD mit ihrer Landesvorsitzenden Frauke Petry gestimmt. Sie hatte unter anderem für die »Wiedereinführung von Kontrollen an Sachsens Grenzen zu Polen und Tschechien« sowie die Ausstrahlung von mehr deutschsprachigen Liedern im öffentlich-rechtlichen Rundfunk plädiert. Um das »Überleben des eigenen Volkes« sicherzustellen, hatte die promovierte Chemikerin eine Verschärfung des §218 und der Einwanderungspolitik gefordert, den demografischen Wandel ins Zentrum ihrer Politik gerückt und gegen Gender Mainstreaming als »gesellschaftspolitische Umerziehungsmaßnahme« gehetzt. Neben dem rechtsnationalen Populismus in ihrem Wahlprogramm macht die AfD in Sachsen mit der Forderung »Volksabstimmungen über Moscheebauten mit Minaretten« ein deutliches Zugeständnis an antimuslimische Kreise wie etwa ehemalige Mitglieder der Partei »Die Freiheit«. Deren ehemaliger Vorsitzender, René Stadtkewitz, hatte schon kurz nach der Bundestagswahl 2013 festgestellt, dass die Politik der beiden Parteien mit Ausnahme der Islamkritik zu 90 Prozent deckungsgleich sei. Auch in Brandenburg und Thüringen setzt die Partei mit rechten und neurechten Kampfparolen vor allem auf zentrale Themen der extremen Rechten wie »Innere Sicherheit«, reaktionäre Familienpolitik sowie eine angeblich »ungesteuerte Einwanderung«. Dazu gehört auch die »Angst vor dem Verlust der eigenen Identität«, die Höcke vor der Wahl in einem Interview mit dem neu-rechten Magazin »Blaue Narzisse« heraufbeschwört. Mit ihrer Themenwahl bedienen die drei ostdeutschen Landesverbände offen die »Das Boot ist voll«-Mentalität ihres WählerInnenpotenzials, denn schon im Februar 2014 sagten mehr als zwei Drittel der AfD-AnhängerInnen, »solange es bei uns so viele Arbeitslose gibt, brauchen wir keine Zuwanderung«, knapp die Hälfte meinte, »(b)ei uns leben schon so viele Ausländer, wir können keine weiteren mehr aufnehmen«. Eine Untersuchung aus dem Sommer zeigt: »Jeder zweite AfD-Wähler lehnt Migranten ab, jeder dritte wünscht, dass Deutschland mehr Macht und Geltung bekommt.« Das Themensetting der Landtagswahlen wirkt: Einen Monat nach den Wahlen in Brandenburg und Thüringen glauben knapp zwei Drittel der Bundesbevölkerung, die AfD stehe für eine »Begrenzung der Zuwanderung« und »für strengere Asylgesetze«. Der Einzug in die Landtage und die Wahlerfolge in teils zweistelligen Prozentzahlen haben die Machtposition der drei Landesverbände rechtsaußen gestärkt und die innerparteiliche Rolle der Rechten gefördert. Gleichzeitig verlassen VertreterInnen des »liberalen Flügels« die Partei. Dementsprechend sind auch die Wahlprogramme der AfD in Bremen und Hamburg ausgerichtet. Der Bremer Landesverband will mit »deutscher Identität (…) unserer Jugend Orientierung und Halt in ihren vielfältigen Lebenssituationen vermitteln« und den BürgerInnen eine »positive Haltung zur deutschen Geschichte, Tradition und Kultur« nahe bringen. Die »Deutsche Kultur als Leitbild« und »einzig wahre Willkommenskultur« ist ein Rückgriff auf die unsägliche Debatte um die »Deutsche Leitkultur« aus dem Jahr 2000. Mit einer angeblichen »Deutschenfeindlichkeit« als »mehr oder minder latenter Rassismus gegenüber Deutschen« versucht sich der Verband am Zirkelschluss über Thilo Sarrazin und die extreme Rechte sowie der Relativierung des vorherrschenden Rassismus. Um an den rechten Rändern zu fischen, setzt die AfD auch in Hamburg auf bewährte Themen der extremen Rechten, die sich bei den vorhergegangenen Landtagswahlen bewährt haben. Dazu gehören die angebliche »Political Correctness« als »umfassende Behinderung offener Diskussionen« und eine »Aufnahme der Ethnie bzw. des Migrationshintergrunds in der polizeilichen Kriminalstatistik«. Zu dem 2012 geschlossenen Vertrag zwischen dem Senat und drei Islam-Verbänden fordert die AfD eine »Volksabstimmung« und denkt dabei offenbar an die Abstimmung in der Schweiz über ein Minarett-Verbot im Jahr 2009. Die europäische Freizügigkeit will die AfD in Hamburg erheblich einschränken, Integration bezeichnet sie als »primär eine Bringschuld der Zuwanderer« und für Flüchtlinge aus Afrika fordert sie eine »Durchführung von Asylverfahren (…) durch qualifizierte Beamte aus europäischen Staaten in sicheren Zonen Nordafrikas«. Menschen auf der Flucht sollen demnach gar nicht mehr europäischen Boden betreten dürfen. Doch nicht nur die Landesverbände öffnen sich bewusst nach rechtsaußen, auch auf Bundesebene will die Partei mit Themen des rechten Randes punkten, wie ein internes Strategiepapier aus dem Januar beweist. Auf den ersten drei Plätzen der Themenliste finden sich die Schwerpunkte Islamismus, Asylpolitik und Innere Sicherheit.

Nationaler Wettbewerbspopulismus

Ein Wirtschaftsprogramm der »Alternative für Deutschland« ist bisher Fehlanzeige. Doch allein die Statements geben Aufschluss über den Kurs der Partei.

von Gerd Wiegel



»Ich bin tief besorgt darüber, dass es im Bundestag keine wirtschaftsliberale Opposition mehr gibt. Alle Parteien bewegen sich auf der gleichen sozialdemokratisch-sozialistischen Linie.« So begründet der frühere Präsident des »Bundesverbands der Deutschen Industrie« und frühere Bundesvorsitzende des CDU-Wirtschaftsrates Heinrich Weiss seine Unterstützung des AfD-Mittelstandforums, das sich im Januar 2015 mit bescheidenen 120 Mitgliedern gegründet hat. Weiss' Bekenntnis zur Funktion der AfD als »wirtschaftsliberales« Korrektiv zu den anderen Parteien knüpft an eine Erwartung an, die in diesen Kreisen mit dem Aufstieg der AfD im Rahmen der Eurokrise verbunden war, die jedoch durch die deutliche inhaltliche Verschiebung der AfD zugunsten ethnopluralistischer und rassistischer Positionen in den Hintergrund geraten ist: die AfD als Ausdruck einer vor allem an nationalen und Mittelstandsinteressen orientierten marktradikalen Politik, die die Interessen eines spezifischen Teils des deutschen Kapitals und der Mittelschichten zum Ausdruck bringt.

Marktradikale Mittelstandspartei

In einer Veröffentlichung der »Otto Brenner Stiftung« beschreiben David Bebnowski und Lisa Julia Förster die AfD als eine »wettbewerbspopulistische« Partei, deren wirtschaftspolitische Positionen vor allem nationalistisch fundiert sind. Diese Ausrichtung erlaubt der AfD eine thematische Ausweitung weit nach rechts und eine verbale Frontstellung gegenüber den nach wie vor dominierenden neoliberalen Mehrheitspositionen der ‹herrschenden Eliten›, die im Interesse einer deutschen Hegemonialstrategie in Europa die vornehmlich nationalistische Sichtweise hinter sich gelassen haben. So kann die AfD munter für ein Ausscheiden Griechenlands aus der Eurozone, für eine Infragestellung des Euros und für eine Neuverhandlung des Transatlantischen Freihandelsabkommens (TTIP) mit den USA eintreten. Ihr Bezugspunkt ist nicht das deutsche Exportkapital oder die transnationalen Unternehmen, sondern der deutsche Mittelstand, die Familienunternehmen und die gut verdienenden Teile der Mittelschicht, die einen politischen Schutz ihrer Interessen vor den schwächeren Mitwettbewerbern in Europa erwarten.

Gegen den Süden

Bis heute fehlt es der AfD an einem ausgearbeiteten Parteiprogramm. Dennoch lässt sich ihre Ausrichtung in allen programmatischen Äußerungen nachweisen. So ist es schlüssig, wenn die AfD im Rahmen der Eurorettung gegen die Hilfspakete zugunsten der Großbanken wetterte, die auf Kosten der SteuerzahlerInnen gingen. Ihre Folgerung aus dieser Position liegt jedoch nicht in einem Ausgleichsmechanismus zur Überwindung des ökonomischen und sozialen Gefälles in Europa, sondern in der Abkoppelung Deutschlands und der reichen Staaten Nordeuropas von den Krisenländern. Befürwortet wird eine strikte Austeritätspolitik, mit der, ganz im neoliberalen Sinne, jede staatliche Stimulierung der Wirtschaft ausgeschlossen werden soll. Das Steuersystem würde im Sinne der Vorschläge des Wirtschaftswissenschaftlers Kirchhof radikal vereinfacht werden und damit vor allem den besser Verdienenden in der Bevölkerung zugutekommen. Explizite Positionen zu Fragen sozialer Umverteilung, zur sozialen Sicherung sucht man vergebens, sie finden sich jedoch implizit in wirtschaftspolitischen Statements. So zum Beispiel im sächsischen Wahlprogramm der AfD, wo unter dem Stichwort »Mittelstandspolitik« eine »Reduzierung arbeitsmarktpolitischer Instrumente« gefordert wird. Hintergrund ist hier das für die AfD leitende Interesse des Kapitals an einem »preiswerten Arbeitskräfteangebot«, das durch zu starke Eingriffe des Staates untergraben werde. Folgerichtig ist die AfD gegen den Mindestlohn und gegen jede Ausweitung der Möglichkeit zur Frühverrentung.

Ethnopluralistischer Akzent

Die hier skizzierten Positionen richten sich an eines ihrer wichtigsten WählerInnensegmente, denn die Partei war zu den bundesweiten Wahlen überdurchschnittlich erfolgreich bei BesitzerInnen von Wohneigentum, FreiberuflerInnen, Selbständigen und BeamtInnen. Arbeitslose oder Personen mit niedrigem Einkommen erreichte die AfD hingegen unterdurchschnittlich, wie jüngst in Horst Kahrs Analysepapier »Zerfall des Mythos von der ‹Mitte› – Ausbreitung eines ‹sozialen Nationalismus›« konstatiert wurde. Obwohl die AfD mit einer deutlich ethnopluralistischen sowie Anti-Migrations- und Anti-Flüchtlingspolitik in Sachsen, Brandenburg und Thüringen herausragende Ergebnisse erzielt hat, wird sie perspektivisch das Thema des nationalistisch grundierten »Wettbewerbspopulismus« nicht aufgeben, denn für eine bundesweite Verankerung braucht sie eine breite Aufstellung. Schon warnen erste Stimmen aus der Wirtschaft, wie beispielsweise der Präsident des Verbandes »Die Familienunternehmer« Lutz Goebel, dass die Partei mit einer zu starken Fixierung auf die Themenbereiche Flucht und Asyl ihrer Funktion nicht gerecht und nur noch zu einer Stimme der »Globalisierungsverlierer« werde. Doch liegt hier ganz offensichtlich ein Irrtum darüber vor, wie weit rabiate Formen der – nicht nur, aber auch rassistisch begründeten – Ab- und Ausgrenzung, auch und gerade bei den ProfiteurInnen der neoliberalen Entwicklung der letzten Jahrzehnte um sich gegriffen haben.

Die Landesverbände der »Alternative für Deutschland«

AfD Mecklenburg-Vorpommern

von Remo Schiron

Der Landesverband zeichnet das Bild einer rechtspopulistischen ‹Law and Order_-Partei, die mit Rechtsaußen kokettiert. AfDlerInnen nahmen an »MVGIDA«-Aufmärschen in Schwerin und Stralsund teil, die von Neonazis dominiert wurden. Der ehemalige Landessprecher Holger Arppe ist wegen Volksverhetzung angeklagt und Andreas Küssner vom Landesvorstand war zuvor Mitglied der islamfeindlichen Partei »Die Freiheit«. Ein Schweriner AfD-Kreisvorstandsmitglied und Kriminaldirektor der Polizei, ging am Rande eines Infostands gar mit Pfefferspray auf GegendemonstrantInnen los. In den Kreistagen spielt die Partei keine wesentliche Rolle. Lediglich zu Beginn der Legislatur sorgte die Verweigerung der AfD, dem »Schweriner Weg« zu folgen und NPD-Anträge kategorisch abzulehnen, für Aufregung. Im Kreistag von Vorpommern-Greifswald stimmten AfD-Abgeordnete für Initiativen der NPD und in Ludwigslust-Parchim wollten beide Parteien eine »Demokratieerklärung« nicht unterzeichnen.

AfD Schleswig-Holstein

von Andreas Speit

Der schleswig-holsteinische Landesverband feiert in diesem Jahr sein zweijähriges Bestehen. Seit der Gründung am 27. April 2013 hat die AfD mit Sitz in Kiel 14 Kreisverbände aufbauen können. Seit der Europawahl 2014 sitzt die Landesvorsitzende Ulrike Trebesius für die AfD im Europaparlament. Sie versichert gern: »Wir werden nicht nachlassen, die Altparteien in die richtige Richtung zu treiben.« Entsprechend befürwortet sie, dass in der CDU und SPD »die AfD-Forderung nach einem Einwanderungsgesetz mit einem Punktesystem nach kanadischem Vorbild« übernommen werde.

Im Oktober vergangenen Jahres erschütterte der Sprecher des Kreises Stormarn, Dirk Helms, die ansonsten ruhige Verbandsentwicklung. Bei einem Vortrag mit dem Titel »Deutsche Selbstwahrnehmung« in Stockelsdorf behauptete er, die »Alliierten (hätten) die Gaskammern von Dachau gebaut« und Adolf Hitler habe nicht den Zweiten Weltkrieg geplant. Der Bundesvorsitzende Bernd Lucke leitete umgehend ein Parteiausschlussverfahren ein. Helms trat kurz darauf zurück.

AfD Bremen

von Jean Baeck

Der Landesverband der AfD in Bremen sorgte schon mehrmals für bundesweites Aufsehen: Im August 2013 machte ein Wahlkampfauftritt des AfD-Sprechers Bernd Lucke Schlagzeilen, weil AntifaschistInnen ihn von der Bühne schubsten und die Polizei die falsche und übertriebene Darstellung der AfD übernahm. Auch beim nächsten Auftritt von Lucke in Bremen kam es im Mai 2014 zum Eklat, als AfD-Vertreter unter anderem die Journalistin Andrea Röpke aus dem Saal warfen, weil sie »für die Antifa« arbeite. Lokal engagiert sich die AfD seit Mai 2014 unter anderem in einer rassistisch agierenden Bürgerinitiative gegen ein Flüchtlingsheim.

Die AfD-Mitglieder kommen in Bremen aus allen etablierten Parteien. Seit im April 2014 Walter Müller – ein ehemaliger Linken-Abgeordneter – von der Wählervereinigung »Für Bremerhaven« zur AfD wechselte und sein Mandat mitnahm, ist die Partei im Bremerhavener Stadtparlament vertreten. Für die Bremer Bürgerschaftswahl im Mai 2015 kandidieren unter anderem der AfD-Bundesschatzmeister Piet Leitreiter sowie der Bundessprecher der »Homosexuellen in der AfD«, Alexander Tassis.

AfD Berlin

von Frank Metzger

Der Berliner Landesverband wurde am 27. April 2013 gegründet. Stadt- und landespolitisch spielt er derzeit keine Rolle. Allerdings wurde seit Herbst 2014 intensiver Strukturaufbau betrieben. Die AfD verfügt nun über Bezirksverbände in allen Berliner Stadtteilen. Bis Ende 2014 wuchs der Landesverband laut eigenen Angaben auf über 1.000 Mitglieder an. Vorsitzender ist der Unternehmer und Wirtschaftswissenschaftler Günter B.J. Brinker (1948). Er verfolgt die neoliberale, marktradikale Linie von Parteichef Bernd Lucke. Neben politischen Neulingen sowie Personen mit konservativer und liberaler Vita sind einige Personen im Landesverband aktiv, die im nationalkonservativen bis extrem rechten Spektrum zu verorten sind. Beatrix von Storch als bekannteste Vertreterin sitzt derzeit für die AfD im EU-Parlament. Mit Heribert Eisenhardt, Beisitzer im Bezirksverband Berlin-Lichtenberg, tritt bei den extrem rechten, rassistischen BÄRGIDA-Aufmärschen regelmäßig ein AfDler als Redner auf.

AfD Sachsen-Anhalt

von Tilo Giesbert

Die AfD Sachsen-Anhalt wurde im April 2013 gegründet und hat derzeit eigenen Angaben zufolge etwa 300 Mitglieder. Seitdem gab es einige Skandale wie die um die neonazistische und kriminelle Vergangenheit von Stadtratskandidaten in Magdeburg oder um antisemitische Äußerungen wie die des aktuellen Wittenberger OB-Kandidaten Dirk Hoffmann. Infolge interner Machtkämpfe kam es zu diversen Rück- und Austritten von Funktionären. Auf dem letzten Landesparteitag im Dezember 2014 konnte sich der an populären, konservativen AfD-VertreterInnen orientierte Flügel um den Landesvorsitzenden André Poppenburg (Stößen, Burgenlandkreis) vorerst durchsetzen.

Auf dem Weg zu der im März 2016 anstehenden Landtagswahl wird die AfD die nächsten Monate für den Aufbau ihrer regional sehr unterschiedlich entwickelten Strukturen nutzen müssen, wenn sie wie geplant an die Erfolge in den drei Nachbarländern anknüpfen möchte.

Diese Hoffnung wird sicher auch noch einige Karrieristen und Glücksritter anziehen. So engagiert sich mittlerweile der ehemalige DVU-Landtagsabgeordnete Mirko Mokry für die AfD.

AfD Hessen

von Stefan Schneider

Mit 24 Kreis- und Stadtverbänden ist die AfD in Hessen flächendeckend vertreten. 2.100 Mitglieder machen den Landesverband zum viertgrößten bundesweit. Zum Einzug in den Landtag fehlte im September 2013 nur ein Prozent. Bei den Bundestagswahlen (5,6 Prozent) sowie den Europaparlamentswahlen (9,1 Prozent) konnten im Vergleich überdurchschnittliche Ergebnisse erzielt werden. Zugleich dominieren Richtungs- und Machtkämpfe innerhalb des Vorstands das mediale Bild der Partei. Aufgrund antisemitischer Verschwörungstheorien und der Hetze gegen MuslimInnen und ZuwanderInnen mussten mehrere Vorstandsmitglieder zurücktreten. Gemeinsame Auftritte mit NPD- und Kameradschaftsmitgliedern und der »German Defence League« bei den PEGIDA-Ablegern in Kassel und Frankfurt sowie eine gut besuchte Veranstaltung mit Udo Ulfkotte im Januar 2015 zeugen jedoch von der rechten Ausrichtung von Teilen der hessischen AfD. Ein Dreigespann um Bundesvorstandsmitglied Konrad Adam soll die Partei für die Kommunalwahlen 2016 auf Kurs bringen.

AfD Nordrhein-Westfalen
von Annelies Senf

Der Landesverband NRW sorgte in der Vergangenheit immer wieder für Auseinandersetzungen auf Bundesebene – vertritt doch gerade er den Rechtsaußenflügel der Gesamtpartei. Aktuell spricht sich Marcus Pretzell, NRW-Landessprecher der AfD, für eine PEGIDA-Unterstützung durch die AfD aus und fordert, auf die Straße zu gehen »gegen die Preisgabe aller Werte (…)«.
Pretzell ist Beisitzer im Bundesvorstand, EU-Abgeordneter der Partei und gehört zur Pro-UKIP-Riege innerhalb der AfD. Am 27. März 2014 durfte Nigel Farage, Parteivorsitzender der britischen rechtspopulistischen »UK Independence Party« (UKIP) in Köln auftreten. Eingeladen hatte die Jugendorganisation der AfD, die »Junge Alternative« (JA) (s. drr Nr. 149).
Ein weiteres Beispiel für den Rechtsaußenkurs des Landesverbandes liefert der Düsseldorfer Rechtsanwalt Alexander Heumann. Er gründete im September 2014 den NRW-Ableger der »Patriotischen Plattform« (PP), in dem sich bundesweit der rechte Flügel der AfD sammelt. Ursprünglich war die Gründung für den 6. September 2014 auf dem neurechten »Zwischentag« angedacht und wurde auf den 13. September verschoben. Des Weiteren war Heumann Mitorganisator des 1. DÜGIDA-Aufmarschs in Düsseldorf und Redner beim HOGESA-Aufmarsch in Hannover 2014.

AfD Rheinland-Pfalz
von Fabian Boist

Im Januar trat Beatrix Klingel – bis dato stellvertretende Landesvorsitzende der rheinland-pfälzischen AfD – zusammen mit etwa 40 weiteren Mitgliedern aus der Partei aus. Der Grund: Die Partei distanziere sich nicht eindeutig von rechten Bewegungen wie PEGIDA. Der Landesverband jedoch sei eine »Supertruppe«. Doch auch in Rheinland-Pfalz lassen sich extrem rechte Tendenzen beobachten. Der Landesgeschäftsführer Joachim Paul ist Mitglied der extrem rechten »Alten Breslauer Burschenschaft der Raczeks«, das Neuwieder Ratsmitglied Andreas Bleck organisierte in der Vergangenheit Veranstaltungen mit »Politically Incorrect«. In Mainz hingegen hat die AfD gegen zwei Mitglieder von »Pro Mainz« ein Ausschlussverfahren eingeleitet.
Die Landes-AfD hat rund 1.200 Mitglieder, 27 Kreisverbände und 51 kommunale Mandate besetzt. Bei der letzten Bundestagswahl erzielte sie 4,8 Prozent der Zweitstimmen. Seitdem konnte die AfD ihre Strukturen in Rheinland-Pfalz ausbauen. 2016 ist ein Einzug in den Landtag somit gut möglich, sollte sich der Landesverband nicht selbst zerlegen.

AfD Saarland
von Timo Reuter

Der Landesverband der AfD im Saarland gründete sich am 3. Mai 2013. Seitdem steht der Kriminalbeamte Johannes Trampert an dessen Spitze. Bei den Bundestagswahlen 2013 erhielt die AfD mit 4,4 Prozent der Erststimmen (im Bund 1,9 Prozent) und 5,2 Prozent der Zweitstimmen (4,7 Prozent) einen im Vergleich zum Bundesergebnis überdurchschnittlichen Anteil an WählerInnenstimmen. Bei den Europawahlen im Mai 2014 blieb sie mit 6,8 Prozent knapp unter dem Bundesdurchschnitt, erreichte aber bei den gleichzeitig stattfindenden Kommunalwahlen insgesamt 37 Mandate. Bei dem saarländischen Ableger der »Jungen Alternativen« (JA) fällt das Engagement von Marc Tecquert auf, der auch Mitglied der extrem rechten »Saarbrücker Burschenschaft Germania« ist.
Mirko Welsch, Vorstandsmitglied des »Bundesarbeitskreis Homosexuelle in der AfD«, hält Kontakt zu der Vorsitzenden des NPD-Ortsverbandes Burbach, Jacky Süßdorf, die als Inhaberin der rechten Kneipe »City-Train« (»Peniskuchenaffäre« um Peter Marx, NPD) bereits bundesweit für Schlagzeilen sorgte.

AfD Bayern
von Robert Andreasch

Im Februar 2015 stellten die Münchner AfD-Stadträte André Wächter und Fritz Schmude eine Anfrage zu den Anti-»BAGIDA«-Protesten in München, »ob Demonstranten für ihre Teilnahme Geld oder geldwerte Vorteile bekommen haben und/oder die Anfahrt bezahlt oder bereitgestellt wurde«. Die plötzliche Aktivität mag verwundern, tritt der AfD-Landesvorsitzende Wächter doch sonst nur wenig in Erscheinung. Die Inhalte überraschen nicht, denn der bayerische Landesverband bedient auch sonst die rechte Klientel der Partei: Beatrix von Storch, Alexander Gauland und andere Rechtsausleger werden aktuell durchs Land geschickt – eine AfD-Veranstaltung fand im russischen Konsulat in München statt. Im Kommunalwahlkampf 2014 hieß es »Integration ist Bringschuld«; zur Europawahl lautete die oberste Forderung in Bayern »die AfD lehnt ein Gender Mainstreaming ab«. Zur Landtagswahl 2013 trat die AfD (2.850 Mitglieder) nicht an, bei der Europawahl 2014 erreichte sie dann überdurchschnittliche 8,1 Prozent.

AfD Niedersachsen
von Toni Brandes

Der amtierende Landesvorstand wurde am 23. November 2013 in Hannover gewählt. Der etwa 1.700 Mitglieder starke Landesverband, mit Geschäftsstelle in Lüneburg, zählt auf Bundesebene zu den größeren Landesverbänden. Politisch gehört die AfD-Niedersachsen zu den UnterstützerInnen von Bernd Lucke. Dieser Kurs wird auch von dem Landesvorsitzenden Armin Paul Hampel vertreten. Der 1957 geborene ehemalige Auslandskorrespondent der ARD ist ein ausgewiesener Konservativer. Das Verschwinden der häufig beschworenen »deutschen Tugenden« lastet er den 1968ern an. Hampel hat es auf Platz 9 der AfD-Liste zur Europawahl 2014 geschafft. Ansonsten haben die Niedersachsen – auch auf Bundesebene – bis jetzt wenig Akzente gesetzt. Die Aktivitäten der »Jungen Alternative Niedersachsen« konzentrieren sich auf das Organisieren von Informations- und Diskussionsveranstaltungen und das regelmäßige Aktualisieren des Facebook-Accounts. Des Weiteren finden sich einzelne Mitglieder bei dem PEGIDA-Ableger in Hannover.

AfD Baden-Württemberg
von Lucius Teidelbaum

Der Landesvorsitzende und Europaparlamentsabgeordnete Bernd Kölmel gilt als Unterstützer Luckes und bezeichnet sich als »liberal-konservativ«. Abstimmungen bei Landesparteitagen zeigen, der Landesverband folgt mehrheitlich Kölmels Kurs. Dennoch, es gibt einen starken Minderheitenflügel, der sich als »nationalkonservativ« versteht. Diese Selbstzuschreibungen sind aber kritisch zu hinterfragen. Auch »Liberal-Konservative« wie Kölmel stehen rechts vom Mainstream der Union. Gleiches gilt für die »Junge Alternative« (JA) im Ländle. Markus Frohnmaier, der Landesvorsitzende der JA, ist Mitglied der »Patriotischen Plattform«. Er steht nicht nur für einen deutlich rechten Kurs, sondern auch für eine Putinfreundliche Linie.
Als dritte Kraft, dem »nationalkonservativen« Flügel näher stehend, sammeln sich im »Pforzheimer Kreis« und im Arbeitskreis »Christen in der Alternative für Deutschland« christliche FundamentalistInnen.

Die Gauland-Show

Mit aktuell zehn Abgeordneten im Potsdamer Landtag hat die Brandenburger AfD seit den Wahlen im September 2014 bundespolitisch einiges an Gewicht erlangt. Wie fast kein anderer sorgt vor allem einer für Furore: Alexander Gauland, Mitglied im Bundesvorstand und Chef des Landesverbandes.

von Svenna Berger



^ Alexander Gauland

Gauland-Partei mit Rechtsaußen-Leck

Über Gauland sagte CSU-Politiker Gauweiler kürzlich in der Wochenzeitung »Die Zeit«: »Er trägt zur Belebung der Debatte bei«. Und so ist der Ex-CDUler und ehemalige Herausgeber der »Märkischen Allgemeinen Zeitung« regelmäßig Gast in Talkshows und Interviewpartner im Politikteil diverser Zeitungen. Der Brandenburger AfD-Landesvorstand gehört zum ‹nationalkonservativen› Flügel in der Partei und das nicht allein wegen Gauland. Ende September veröffentlichte das Magazin »Der Spiegel« Parteiinterna, darunter Informationen über extrem rechte AfD-Abgeordnete; zugespielt von Stefan Hein, dem Sohn der Gauland-Lebensgefährtin, der schließlich wegen Verrats aus der Landtagsfraktion flog.

Zur Landtagswahl, bei der die AfD zwölf Prozent der Zweitstimmen erlangte, war klar: Acht von elf gewählten Landtagsabgeordneten, so eine Recherche des »Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrums« Berlin und des »Moses-Mendelssohn-Zentrums« in Potsdam, blicken auf rechte bis extrem rechte Karrieren zurück. Neben dem Ex-Republikaner Andreas Galau gehört auch Andreas Kalbitz dazu; er schrieb für die revisionistische »Junge Landsmannschaft Ostdeutschland«, den extrem rechten »Witikobund« und ist Verleger eines rechten Hörbuchverlages. Weiterhin wird Steffen Königer erwähnt – ehemals Redakteur der »Jungen Freiheit«, Ex-Mitglied im »Ring Christlich-Demokratischer Studenten« und früherer Kandidat für den rechtspopulistischen »Bund Freier Bürger« – sowie die beiden Begründer des Brandenburger Verbandes der islamfeindlichen Partei »Die Freiheit«, Rainer von Raemdonck und Thomas Jung.

Der Umgang mit (extrem) rechten Positionen in der Partei ist dabei widersprüchlich: Landes- und Fraktionschef Gauland gewährt diesen Fraktionskollegen »eine zweite Chance«, auch wenn sie sich mitunter nicht von ihren Inhalten distanzieren. Königer beispielsweise zählte das NSDAP-Buch »Glaube an Deutschland« kurz vor der Landtagswahl in einem Zeitungsinterview zu seiner Lektüre. Jan-Ulrich Weiß, der als Nachrücker in den Landtag ziehen sollte, musste hingegen gehen: Nachdem er antisemitische Karikaturen veröffentlichte, wurde er aus der Partei ausgeschlossen. Der Skandal war zu groß.

Die Debatten um die AfD im Landtag halten weiter an: Neben der Diskussion um die Besetzung der Parlamentarischen Kontrollkommission, an der nach Forderung der SPD keine MandatsträgerInnen mit extrem rechter Biografie mitwirken solle, führen die Themen Asylpolitik, die Rolle des Islam und der Umgang mit PEGIDA und deren NachahmerInnen regelmäßig zum Eklat.

Die »Volksbewegung« und die AfD

Von Anfang an machte Gauland aus seiner politischen Nähe zu den DemonstrantInnen in Dresden keinen Hehl, auch gegen Widerstände im AfD-Bundesvorstand. Im Brandenburger Landtag sorgt Gauland damit für Unmut. Hier werden ihm seine Positionen zu PEGIDA und Zuwanderung vorgeworfen. Im Zusammenhang mit den Terroranschlägen von Paris hatte Gauland für PEGIDAs Islamkritik geworben und wurde dafür scharf kritisiert. SPD-Fraktionschef Klaus Ness urteilte: Die versuchte Gleichsetzung von MuslimInnen mit TerroristInnen und das Verbot der PEGIDA-Demonstration nach den Anschlägen als fortschreitende Islamisierung zu bezeichnen, grenze an Volksverhetzung. Um sich gegen den Vorwurf der Islamfeindlichkeit zu immunisieren, lud die AfD-Fraktion kurzum VertreterInnen des »Vereins der Muslime in Potsdam e. V.« ein.

Den doppelzüngigen Umgang mit rechten Positionen, den Gauland bereits im eigenen Landesverband praktizierte, setzt er hinsichtlich der PEGIDA-Aufmärsche fort: Rassistische Positionen und das asyl- und islamfeindliche Moment der Proteste werden verharmlost und PEGIDA von Gauland gar zur neuen »Volksbewegung« erklärt. Diese sei vergleichbar mit der Rolle der frühen Anti-Atombewegung als Wegbereiter für die parlamentarischen Grünen. Der Skandal um das Hitler-Bild von PEGIDA-Begründer Lutz Bachmann ging ihm zwar zu weit, doch erst nach dem Zerwürfnis innerhalb der Dresdner Führungsriege brach Gauland mit den OrganisatorInnen. An der inhaltlichen Nähe ändert sich damit nichts.

»Europa den Europäern«

Diese Nähe der AfD zeigte sich auf einer Demonstration des Brandenburger PEGIDA-Abklatsches »Brandenburger für Meinungsfreiheit und Mitbestimmung« (BraMM). Auf einem von Norman Wollenzien, Mitglied im AfD-Kreisverband Havelland, gehaltenen Schild war zu lesen: »Antirassismus, Weltoffenheit, Vielfalt sind Kennwörter für weißen Genozid – Europa den Europäern«. An der Veranstaltung, die der Landeschef der »Republikaner«, Heiko Müller, angemeldet hatte, nahmen auch eine Reihe bekannter Neonazis teil. Wollenziens Kontakte in die Neonaziszene sind bereits in der Vergangenheit bekannt geworden.

Von seinem rassistischen Tonfall ist auch Gaulands Absage an Zuwanderung nicht weit entfernt. »Wir sollten eine Einwanderung von Menschen, die unserer kulturellen Tradition völlig fremd sind, nicht weiter fördern, ja wir sollten sie verhindern«, so zitiert ihn »Der Tagesspiegel«. Welche Traditionen fremd seien, sagt Gauland sehr genau: »Diese kulturelle Tradition ist im Nahen Osten zu Hause.«. Damit trägt er nicht etwa »zur Belebung der Debatte« bei, sondern gibt rassistischen Positionen und extrem rechten ProtagonistInnen in der AfD eine Plattform.

Vorzeigeverband mit Rechtsdrall

Die »Alternative für Deutschland« hat einen ungeahnten Aufstieg hingelegt. Den verdankt sie nicht zuletzt ihrem sächsischen Landesverband, bislang einer der erfolgreichsten überhaupt.

von Hartmut Blatt



Frauke Petry

Der sächsische Landesverband ist innerhalb der »Alternative für Deutschland« (AfD) aufgrund der Landesvorsitzenden Frauke Petry, die neben Bernd Lucke und Konrad Adam eine der drei BundessprecherInnen ist, von großer Bedeutung. Im Gegensatz dazu überrascht es, dass der Landesverband Sachsen zu den kleineren Parteigliederungen gehört, bezogen auf die EinwohnerInnenzahl gar der drittkleinste ist. Die letzte öffentlich bekannte und exakte Angabe der Mitgliederzahl belief sich im Oktober 2014 auf 761 Personen. Damit ist die AfD nach sächsischen Verhältnissen eine Kleinstpartei; der Mitgliederbestand bewegt sich wiederum nur knapp über dem der NPD. Weiter zeigt sich ein Stadt-Land-Gefälle: Überproportional gut aufgestellt ist die Partei in den großen Städten Dresden, Leipzig und Chemnitz, wo sie aber bei Wahlen vergleichsweise schwach abschneidet. Bei vorangegangenen Wahlen lag die Partei im Freistaat mit Ergebnissen von 6,8 Prozent zur Bundestagswahl, 10,1 Prozent zur Europawahl und schließlich 9,8 Prozent zur Landtagswahl stets deutlich über dem Bundesdurchschnitt und im Vergleich mit anderen Parteiverbänden obenauf. Infolge dessen zog die AfD hier erstmals in einen Landtag ein, in dem sie nunmehr mit 14 Abgeordneten als viertgrößte Fraktion und zweitstärkste Oppositionskraft vertreten ist.

Ein Blick hinter bunte Balkendiagramme illustriert, dass sich die AfD in Sachsen ein recht stabiles WählerInnenpotential erschlossen hat, das um die 160.000 Personen pendelt und durch das unterhalb der Landesebene Ansätze einer kommunalen Verankerung gedeihen: So konnte sie im Mai 2014 insgesamt 80 Mandate in Kreistagen und Gemeinderäten ergattern.

Mit ihrem Programm zur Landtagswahl hat die sächsische AfD eine Entwicklung vorweg genommen, die der Bundespartei erst noch bevorsteht. Hier hat sich die Partei längst von ihren »euroskeptischen« Anfängen entfernt. Im Zentrum stehen jetzt Familien- und Bildungspolitik, Innere Sicherheit sowie Zuwanderung und Integration. »Ausländerpolitik« ist ein Bereich, in dem sächsische AfD-WählerInnen der Partei die größte Kompetenz zusprechen. Neben den großen Themen finden sich Überlegungen zu einer Landesidentität inklusive »Heimat- und Naturschutz«, zur Deutschquote im Rundfunk, zum Verzicht auf Anglizismen sowie zu Forderungen nach direktdemokratischen Elementen, namentlich Volksabstimmungen über Moscheebauten mit Minaretten. Mit dem Anschneiden des Themas Islam hat die sächsische AfD einen innerparteilichen Tabubruch gewagt.

Interessant ist es dieser Tage, das Wahlprogramm erneut zu studieren: Die Bezüge auf das »Abendland«, Vergleiche heutiger politischer Zustände mit der Endphase der DDR 1989, die Lesart von Migration als Problem der Inneren Sicherheit, die Agitation gegen den »Genderwahn« und schließlich die pauschale Schelte von Medien (»hoch manipulativ«) erinnern teils wortwörtlich an PEGIDA-Forderungen. Und in der Tat war mit Achim Exner, Mitglied im Dresdner AfD-Kreisvorstand, ein Mitglied des ursprünglichen PEGIDA-»Orgateams« an Vorarbeiten des Wahlprogramms beteiligt. Diese Forderungen beinhalteten noch weit härtere, teils mit dem Grundgesetz fremdelnde Formulierungen – von der Einführung des Kriteriums »deutschfeindliche Straftat« in die Kriminalstatistik, dem Wegfall von Einspruchsmöglichkeiten im Asylverfahren, dem Jugendarrest als Sanktion für schlechtes Betragen in der Schule bis hin zur Empfehlung, SchülerInnen »mit Lern- oder komorbiden Schwächen« nicht in den regulären Unterricht einzubinden.

Eine Erklärung für solche Vorlieben mag der stark ausgeprägte Einfluss sein, den Rechtsaußen-Personalien in der sächsischen AfD ausüben. Ein »liberaler« Flügel, der dagegen halten würde, hat sich in Sachsen noch nicht bemerkbar gemacht. Wichtigste pressure group ist die »Patriotische Plattform« (PP), die seit Ende 2013 existiert und sich hauptsächlich auf sächsisches Personal stützt. In ihrer Gründungserklärung kritisierte die PP die »Herausbildung einer multikulturellen Gesellschaft« und die »massenhafte Einwanderung in die Sozialsysteme«. Zumindest der zweite Punkt ist in die offizielle Parteirhetorik eingegangen. In jüngster Zeit attackiert die PP, die von »30 Prozent Patrioten« in der Partei spricht, offen den Bundesvorsitzenden Bernd Lucke, wohl wissend, dass die sächsische Vorsitzende Petry als Erbin infrage käme.

Diese ist erst einmal in den Niederungen der Realpolitik angekommen und führt nun die Landtagsfraktion an. Deren Bilanz ist nach gut vier Monaten überschaubar, von der Anzahl parlamentarischer Initiativen her ist sie mit deutlichem Abstand das Schlusslicht im Parlament. Als Schwerpunkte der Arbeit lassen sich bislang die Themenkreise Innere Sicherheit und Migration ausmachen. Mehrfach verteidigte Petry im Plenum die PEGIDA-Veranstaltungen, was sie als eine Frage der Meinungsfreiheit verstanden wissen will.

Sie weiß um die Schnittmenge zwischen dem PEGIDA-Anhang und den eigenen WählerInnen. Allerdings scheint mancher unter dem AfD-Personal nicht recht vorzeigbar zu sein. Gleich nach der Landtagswahl verzichtete der neue AfD-Abgeordnete Detlev Spangenberg auf das Ehrenamt als Alterspräsident, als sein früheres Engagement in Rechtsaußen-Organisationen bekannt wurde. Kein Einzelfall, denn »geleakte« Mitgliederlisten bestätigten, dass sich der sächsischen AfD Personen angeschlossen hatten, die bislang aus den Spektren der »Neuen Rechten«, des Rechtspopulismus und des Neonazismus bekannt waren. Trennen mochte man sich allerdings nur von der letzten Sorte.

Rechter Flügel

In Thüringen hat die »Alternative für Deutschland« einen klaren Rechtskurs eingeschlagen. Sie bemüht sich, Skandale zu provozieren und »neu rechte« Ideologie ins Parlament zu tragen.

von Ernst Kovahl



^ Björn Höcke

Thüringens »Alternative für Deutschland« (AfD) hatte die Provokation gesucht. Anlässlich des Holocaust-Gedenktages am 27. Januar 2015 wollte ihre Landtagsfraktion in der Gedenkstätte Buchenwald einen Kranz ablegen, mit dem nicht nur den Opfern des NS-Konzentrationslagers gedacht werde, sondern allen »Opfern des Konzentrations- und Speziallagers Buchenwald«. Nach der Befreiung vom deutschen Faschismus waren auf dem Gelände bis 1950 auch Deutsche, vorrangig Funktionsträger der NSDAP, in einem sowjetischen »Speziallager« inhaftiert gewesen. Der Leiter der Gedenkstätte, Volkhard Knigge, untersagte die Aufschrift der AfD und erklärte: »Wir werden nicht zulassen, dass an diesem Tag in dieser relativistischen Manier den Überlebenden des Konzentrations- und Vernichtungslagers ins Gesicht geschlagen wird.« Die AfD versuche, die Opfer des NS mit den Häftlingen des sowjetischen Lagers gleichzusetzen. Schließlich legte der Thüringer Partei- und Fraktionsvorsitzende der AfD, Björn Höcke, einen Kranz mit der Aufschrift »In stillem Gedenken« ab. Eine Leerformel, wie Knigge kritisierte. Doch eine bewusst gewählte. Denn Höcke ließ sich schon einmal mit den Worten zitieren: »Ich meine, dass es in einer freien Gesellschaft möglich sein muss, auch über das Dritte Reich unorthodoxe Meinungen zu äußern.«
Auch im Landtag tritt die Partei provozierend auf – das bevorzugte Angriffsziel sind Abgeordnete der Linkspartei. So beschimpfte beispielsweise der AfD-Abgeordnete Stephan Brandner sie als »Rotfaschisten«, Höcke nannte sie »Grundgesetzschänder«. Die Reden des Fraktionsvorsitzenden sind mit den Schlagworten der »Neuen intellektuellen Rechten« und der »Identitären Bewegung« durchsetzt.

Ideologischer Kopf

Im Februar 2014 trat die damalige liberal-konservative Vorsitzende der Thüringer AfD, Michaela Merz, genervt vom Streit in der Partei zurück. Mit deutlichen Worten kritisierte sie den Rechtskurs des Verbandes. Zum neuen Vorsitzenden wurde Höcke gewählt, ein exponierter Vertreter des rechten Flügels. Er entstammt offenbar dem Milieu der »Neuen intellektuellen Rechten«. Das legt zumindest ein Kommentar von Götz Kubitschek (Zeitschrift »Sezession« und Verlag »Edition Antaios«) nahe. Im Oktober 2014 schrieb er über Höcke, er gehöre zu jenen Leuten, die er »im Verlauf unserer langjährigen Verlagsarbeit, im Wandervogel, beim Militär oder auf einer der mittlerweile zahllosen Veranstaltungen des Instituts für Staatspolitik (IfS) kennengelernt haben und von denen wir eines nicht erwartet hätten: parteipolitisches Engagement«. Geprägt wurde Höcke offenbar auch durch den ehemaligen hessischen rechtsaußen CDU-Landtagsabgeordneten und zeitweiligen AfD-Vorsitzenden in Hessen, Heiner Hofsommer, mit dem er befreundet ist. Hofsommer verließ 1997 die CDU, später engagierte er sich beim »Bund freier Bürger« und schließlich in der AfD. Selbst gegenüber dem militanten Neonazi Thorsten Heise, der im Nachbardorf wohnt, kennt Höcke keine Berührungsängste.

Gezielt bedient Höcke Medien der extremen Rechten. Kurz vor der Thüringer Landtagswahl gab Höcke dem neu-rechten Online-Portal »Blaue Narzisse« ein Interview, Anfang Oktober 2014 druckte die neonazistische »Zuerst!« ein Gespräch mit ihm ab, im Februar 2015 sprach er mit dem rechten und verschwörungstheoretischen Blatt »Compact« (Nr. 2/2015) und im Januar 2015 erneut mit der »Zuerst!«. In den Interviews polemisierte er gegen die Migrationspolitik, schürte Ängste vor dem Islam und bekannte sich zu Positionen der »Identitären«. Höcke wähnt seine Partei auf »historischer Mission«. Politik sei für ihn »Dienst an Volk und Vaterland«. Es gehe um die »Frage nach der Identität« der Deutschen, um »gesunden Patriotismus« sowie den Kampf gegen »70 Jahren Dauerneurose« der BRD und die »politische Korrektheit«. Verschwörungstheoretisch raunte er, seine Kritik am »american way of life« und dem »Materialismus« der USA meine »im Wesentlichen eine kleine Elite«.

Ergebnisse

Gut 99.500 WählerInnen (10,6 Prozent) haben bei der Landtagswahl am 14. September 2014 in Thüringen ihr Kreuz bei der AfD gemacht – elf Sitze gewann die Partei. Als Abgeordnete vertreten nun neben Höcke und Brandner auch Wiebke Muhsal, Olaf Kießling, Stefan Möller, Oskar Helmerich, Corinna Herold, Jens Krumpe, Jörg Henke, Thomas Rudy und Siegfried Gentele die AfD im Parlament. Zum Fraktionsvorsitzenden wurde Höcke gewählt. Dass es die AfD in Thüringen über die Fünf-Prozent-Hürde schafft war absehbar, hatten doch schon bei der Bundestagswahl im September 2013 6,2 Prozent und bei der Europawahl im Mai 2014 7,4 Prozent der ThüringerInnen dort ihr Kreuz gemacht. In der Kommunalpolitik spielt die AfD in Thüringen dagegen bisher keine Rolle. Bei den letzten Kommunalwahlen zog sie nur in drei Kommunalparlamente ein (Erfurt, Weimarer Land, Crossen).

Chancen der AfD

Mit ihren Abgeordneten im Landtag, den Büros quer durchs Land, Geld für politische Arbeit und Jobs hat die AfD nun eine Basis, um sich zu verankern. Die Stellen für wissenschaftliche MitarbeiterInnen in der Fraktion machen die Partei auch attraktiv für rechte Intellektuelle. So hat beispielsweise bereits der Politikwissenschaftler Michael Henkel als Mitarbeiter angeheuert, der in Publikationen der »Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung« veröffentlichte, die der »Jungen Freiheit« nahe steht. Ein anderer Mitarbeiter musste dagegen schnell wieder gehen: Heiko Bernardy, Kreisvorsitzender der AfD in Südthüringen und Wahlkreismitarbeiter der Abgeordneten Corinna Herold, hatte Ende Januar 2015 bei einem Aufmarsch der rassistischen und vor allem von Neonazis dominierten »Südthüringen gegen die Islamisierung des Abendlandes« (Sügida) in Suhl gesprochen. Bernardy kündigte seinen Austritt aus der Partei an.

Rabiate Mitte in der Bürgerschaft

Der »Alternative für Deutschland« ist es bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg gelungen, ins erste westdeutsche Landesparlament einzuziehen. Dort dürfte sie harte rechte Töne anschlagen.

von Andreas Speit



^ *Jörn Kruse*

Die Wahlparty der »Alternative für Deutschland« (AfD) findet am 15. Februar 2015 im Souterrain jenes Gebäudes statt, in das sie an diesem Abend einziehen will. An die 150 Mitglieder und FreundInnen warten mit dem Spitzenkandidaten Jörn Kruse im Restaurant »Parlament« in der Hamburger Bürgerschaft gespannt auf die ersten Hochrechungen. Um 18 Uhr steht fest: Die AfD zieht in ein höheres Stockwerk des Gebäudes. Die Hochrechung von 5,5 Prozent löst Jubel aus. »AfD, AfD« wird skandiert und »Kruse, Kruse«. Mit acht MandatsträgerInnen zieht die Partei erstmals in ein Westparlament.

In dem gediegenen Ambiente des Restaurants wartet Kruse vor der provisorischen Bühne auf seinen Auftritt. Wahlplakate, welche die Partei im Wahlkampf verwendet hatte, wie »Ändern Sie nicht Ihre Meinung. Ändern Sie die Politik«, »Einwanderung braucht strikte Regeln« oder »Verbrechen bekämpfen. Bürger schützen« hängen nicht an den Wänden. Mit Schwung betritt Kruse die Bühne. »Wir sind in der Bürgerschaft«, sagt er kraftvoll, trotz »hartem Gegenwind« – von Teilen der Medien mit ihrer Berichterstattung und den »Linksextremen« durch ihre Plakatzerstörungen. Eine Wahlanalyse, die im Saal nur unterschiedlicher formuliert wird. »Die gleichgeschaltete Presse«, hieß es mal, »die verhätschelte Antifa« ein ander Mal.

Das Personal

Die BesucherInnen waren vor den Hochrechnungen fest überzeugt davon, dass der Einzug gelingen würde. »Wir sind sicher drin«, sagte Andrea Oelschläger, die eine der zwei Frauen auf der Landesliste war und nun in der Bürgerschaft ist. Bernd Baumann, stellvertretender Landesvorsitzender und jetzt auch Abgeordneter, sagte ebenso: »Wir kommen rein.« Vor Wochen trieb ihn allerdings die Sorge um, afrikanische EinwanderInnen könnten Ebola nach Deutschland einschleppen. Er wusste: »Die linke Gewalt zieht sich wie eine Blutspur durch die Stadt.« »Der Einzug ist der Erfolg, alles über 5 Prozent macht es nur noch besser«, sagte auch Peter-Paul Lorkowski, der für die rechtspopulistische Partei von Ronald Schill einst ein Bürgerschaftsmandat hatte.

In dem Landesverband mit 510 Mitgliedern war die Schill-Mitgliedschaft kurz ein Streitpunkt. Kruse setzte schnell ein Signal. Er unterstützte die Kandidatur für Dirk Nockemann für Listenplatz 3. Bei der Wahlfeier fiel das ehemalige Mitglied der Schill-Partei und kurzzeitiger Innensenator nicht auf. Im Wahlkampf sprach der wieder gewählte Abgeordnete von »gleichgeschalteten Feministen« und Hamburg als »Hauptstadt des Linksextremismus«.

Im Restaurant werden alle KandidatInnen freundlich gegrüßt. Händeschüttelnd geht Alexander Wolf durch den Saal. Kein böses Wort ist gegen den Alten Herren der extrem rechten Burschenschaft »Danubia« zu hören. Nach dem endgültigen Wahlergebnis von 6,1 Prozent ist sicher, er gehört zur Fraktion – das Panaschieren half ihm. Als Kandidat schimpfte er gegen »die Political Correctness«, meinte, »Deutschland ist kein Einwanderungsland« und war sich sicher, dass »Multi-Kulti« dazu führe, den deutschen Nationalstaat aufzulösen.

Liberaler Kurs?

Im Wahlkampf hatte Jörn Kruse vor zu hohen Erwartungen gewarnt. In der Hansestadt herrsche keine Wechselstimmung, und der Mittelstand sei hier »grün-alternativ«. Einen massiven Wahlkampf hatte die AfD dennoch geführt. 12.000 Plakate, 188 Großplakate, 80 Groß-Licht-Plakate und 40.000 Flyer setzte sie ein. Auch Veranstaltungen, Wahlzeitungen und Anzeigen nutzte sie, um Stimmen zu gewinnen. Nicht ohne Grund, die Wahl war für die parteiinternen Machtverhältnisse wichtig, wie am Rande der Wahlkampferöffnung im »Emporio«-Hochhaus der Europaabgeordnete und Bundesvize Hans-Olaf Henkel einräumte. »Wir erscheinen wie eine Ostpartei«, sagte er und räumte ebenso ein, diese Verbände seien rechter. Die indirekte Botschaft: Die AfD an der Elbe sei hanseatisch, weltoffen und liberal. Ein Image, das nicht bloß die Ex-Schill-Mitglieder und ehemaligen AnhängerInnen der Partei »Die Freiheit« relativieren dürften. »Seriös« war im Wahlkampf Kruses meist geäußertes Wort. Er hielt nichts von dem »allgemeinen Multikulti-Gerede« und nannte vollverschleierte Muslima »schwarze Monster«.

Im Souterrain der Bürgerschaft nickt Henkel den Gästen zu. Ihm, der viele Wahlauftritte absolviert hat, wird auf die Schulter geklopft. Henkel, der immer wieder erklärte, die DemonstrantInnen gegen die AfD seien von den Medien bloß verführt, sagt wieder, ihre Zukunft liege in einem vermeintlich liberalen Kurs. Die Ansichten ihrer WählerInnen offenbaren nach Infratest dimap allerdings, dass 59 Prozent denken, »Hamburg hat zu viele Flüchtlinge« und 42 Prozent ihrer WählerInnen stimmen dem Satz »Flüchtlinge empfinde ich als Problem im Alltag« zu.

Interner Streit

Am Abend versichert Henkel vor den Kameras: »Wenn wir den Einzug in die Bürgerschaft schaffen, schaffen wir es überall in Deutschland.« Seine Aussage nach dem endgültigen Wahlergebnis von 6,1 Prozent, die AfD hätte bei weniger Nähe zu PEGIDA noch mehr Zuspruch erhalten können, löste bereits Streit aus. Alexander Gauland, Fraktionsvorsitzender und Landeschef in Brandenburg fühlte sich angegriffen: »Ich weiß nicht, woher Herr Henkel diese Analyse nimmt.« Der Gedanke, so Gauland weiter, »die Nationalkonservativen« seien schuld an dem weniger guten Ergebnis in Hamburg, »finde ich sehr kühn und sehr daneben«.

Dabei statt dagegen

Die ersten Monate der »Alternative für Deutschland« im Europaparlament waren eher davon geprägt, Akzeptanz zu erheischen, als sich mit markigen Positionen zu profilieren.

von Carsten Hübner



^ *Beatrix von Storch*

Die Mitgliedschaft der sieben Europaabgeordneten der »Alternative für Deutschland« (AfD) in der rechtskonservativen Fraktion »Europäische Konservative und Reformer« (ECR) beginnt sich auszuzahlen. Nach Hans-Olaf Henkel, der im Juli 2014 den Vize-Vorsitz des »Ausschusses für Industrie, Wissenschaft und Energie« übernahm, hat nun auch Parteichef Bernd Lucke parlamentarische Weihen erfahren. Bei nur wenigen Enthaltungen wählte ihn der »Sonderausschusses zu Steuervorbescheiden und anderen Maßnahmen ähnlicher Art oder Wirkung« am 26. Februar 2015 zum stellvertretenden Vorsitzenden. Hinter dem sperrigen Namen verbirgt sich ein brisantes Thema. Denn der Ausschuss soll die Affäre um Steuernachlässe in Milliardenhöhe für internationale Konzerne in Luxemburg und anderen EU-Staaten aufklären. Zentrale Figur des Skandals ist EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, der in seiner Zeit als Finanzminister und Regierungschef von Luxemburg für die Steuersparmodelle mitverantwortlich gemacht wird. Reges Medieninteresse ist also garantiert.

Kampf um Posten

Die Wahl zum Ausschuss-Vize dürfte für Lucke auch persönlich eine Genugtuung sein. Denn seine Nominierung für den Posten des stellvertretenden Vorsitzenden des Wirtschafts- und Währungsausschusses war im letzten Jahr überraschend gescheitert. Es hieß, Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) habe daran hinter den Kulissen mitgewirkt. Die ECR entzog dem AfD-Chef die Unterstützung und beförderte stattdessen den Fraktionskollegen Sander Loones von der nationalliberalen »Neu-Flämischen Allianz« (N-VA) auf den begehrten Posten. Ein Schicksal, das Lucke mit seiner erzkonservativen Parteikollegin Beatrix von Storch teilte, die im Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter reüssieren wollte. Für sie sprang Jana Žitňanská von der slowakischen Partei »Nová väčšina« ein.

Rechtes Bündnis

Die ECR ist mit 72 Mitgliedern die drittgrößte Fraktion im Europaparlament und vereint Parteien des nationalkonservativen und rechtspopulistischen Lagers aus fünfzehn Ländern, darunter Rechtsaußenparteien wie die »Dänische Volkspartei«, die belgische N-VA, die nordirische »Ulster Unionist Party«, »Die Finnen«, die »Unabhängigen Griechen« und das evangelikale Parteienbündnis »ChristenUnie – Staatkundig Gereformeerde Partij« aus den Niederlanden. Auch der Europaabgeordnete der konservativen »Familien Partei Deutschland« Arne Gericke gehört der ECR an. Das Machtzentrum der Fraktion bilden die britischen Konservativen und die Partei »Recht und Gerechtigkeit« (PiS) aus Polen. Es ist ein Geschäft auf Gegenseitigkeit, das die heterogene ECR zusammenhält: PiS und Tories profitieren von der nominellen Stärke ihrer Fraktion. Im Gegenzug eröffnen sich den kleineren Parteien Zugänge zum politischen Establishment, die sie in einer Rechtsaußenfraktion nicht hätten. Eine Strategie, die, wie das Beispiel von Bernd Lucke zeigt, aufgeht. Im Ergebnis werden nationalkonservative und rechtspopulistische Positionen salonfähig. Das Koordinatensystem im Europaparlament verschiebt sich weiter nach rechts.

An der Seite der Konservativen

Ein Spezialreport von »VoteWatch Europe« aus dem Februar 2015, der sich mit dem ersten halben Jahr der neuen Wahlperiode befasst, liefert die Zahlen zu dieser Entwicklung. Obwohl das politische Spektrum in der ECR relativ breit ist und bei weniger als 80 Prozent der Abstimmungen geschlossen als Fraktion votiert wurde, stimmte die ECR doch bei 65 Prozent der Abstimmungen mit der großen Mehrheit des Hauses, also mit den Christ- und SozialdemokratInnen sowie den Liberalen. Gleichzeitig nutzen die Abgeordneten der ECR am seltensten ihr parlamentarisches Frage- und Rederecht, eigentlich die typischen Instrumente einer Opposition. Im Durchschnitt kam sie im Untersuchungszeitraum je Mandat auf fünf Anfragen und zehn schriftliche oder mündlich vorgetragene Statements. Gleich bei mehrere AfD-Abgeordneten fällt die Bilanz sogar noch dürftiger aus.

Überhaupt gibt die AfD in Brüssel und Straßburg etwa dasselbe Bild ab wie in der Bundespolitik. Hans-Olaf Henkel, Bernd Lucke, Marcus Pretzell, Joachim Starbatty und Bernd Kölmel sind bemüht, den rechtskonservativen, wirtschaftsliberalen Mehrheitsflügel der Partei zufrieden zu stellen, während Ulrike Trebesius und besonders Beatrix von Storch für die schrillen, nach rechtsaußen anschlussfähigen Positionen zuständig sind. So ließ von Storch das Parlament im November 2014 anlässlich des 25. Jahrestages der Kinderrechtskonvention wissen, das Übereinkommen sei gegen die Eltern gerichtet und vom Geist »staatlicher Lufthoheit über die Kinderbetten« beseelt. Und Ende Februar 2015 behauptete sie anlässlich der Ermordung von 21 Christen durch den »Islamischen Staat«, die Solidaritätsbekundungen der europäischen Institutionen wären merklich größer gewesen, »wir hätten wahrscheinlich Halbmast geflaggt«, wenn es sich stattdessen um 21 Homosexuelle gehandelt hätte.

Politische Sackgasse?

Generell war das Auftreten der AfD im Europaparlament in den ersten Monaten eher vom Willen geprägt, Akzeptanz zu erheischen, als sich mit markigen Positionen zu profilieren. Für eine Partei, deren Kern eine dezidiert anti-europäische Attitüde ist, könnte das in eine Sackgasse führen. Doch um das zu bemerken, müssten sich die WählerInnen und SympathisantInnen überhaupt für Europa und die konkrete Arbeit der AfD im Parlament interessieren. Das tun sie aber offensichtlich nicht, so hatte der YouTube-Kanal der AfD im Europaparlament beispielsweise Ende Februar 2015 gerade einmal 500 AbonnentInnen.

Think Tanks und Netzwerke

Seit den Wahlen Ende Mai 2014 ist die »Alternative für Deutschland« mit sieben Abgeordneten im Europäischen Parlament vertreten. Über die Verbindungen zu anderen europakritischen Parteien und die Einbindung in die rechtspopulistischen und konservativen Fraktionen spricht Dr. Dieter Plehwe vom »Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung« mit Toni Brandes vom Magazin »der rechte rand«.



der rechte rand: Seit gut einem Jahr ist die »Alternative für Deutschland« (AfD) im Europaparlament. Mit wem arbeitet sie vorzugsweise zusammen?

Dieter Plehwe: Wie aufgrund vorheriger Kontakte zur Europäischen Parteistiftung »New Direction Foundation« der »Europäischen Partei der Konservativen und Reformer« zu erwarten, schlossen sich die ins Europaparlament gewählten AfD-KandidatInnen der Fraktion der »Konservativen und Reformer« (ECR) an. Diese waren 2009 auf der Basis der Prager Erklärung insbesondere von den britischen Tories, der polnischen Partei »Recht und Gerechtigkeit« und der tschechischen ODS unter Vaclav Klaus gegründet worden, um eine Alternative zur Zusammenarbeit zwischen Konservativen und Sozialdemokraten im Europaparlament anzustreben. Im Gegensatz zu radikalen EU-Gegnern wollen die »Konservativen und Reformer« keineswegs die Abschaffung der EU. Vielmehr soll die Wirtschaftsunion erhalten und ausgebaut werden, während viele andere Politikbereiche, darunter die Sozial- und Umweltpolitik, renationalisiert werden sollen. Die Ziele der ECR und damit auch der AfD können als Konzept der partiellen Desintegration gefasst werden. Zumindest teilweise soll nach Auffassung der AfD auch die Währungsunion aufgelöst werden: Entweder eine Rückkehr zur DM oder aber eine Beschränkung der Währungsunion für Länder mit »harten Währungen« (Nord-Euro).

Stichwort »Think Tanks«: Wie beteiligt sich die AfD an dem Ausbau wirtschaftsliberaler Infrastruktur und der Verbreitung konservativer Ideologie?

Die AfD als Partei hat bislang offenbar keine eigenen Think Tanks gegründet. Bislang sind lediglich Planungen für eine politische Akademie in der Mitgliederzeitschrift »AfD-Kompakt« im November 2014 vorgestellt worden. Das Konzept sieht drei Säulen vor: eine Säule Geschäftsführung, eine Säule Wahlkampf- und Mandatstraining und eine Säule politische Bildung. Die dritte Säule sieht den Aufbau eines ReferentInnennetzwerkes vor, damit Parteigliederungen ExpertInnen für Seminare buchen können. Neben eigenem Personal dürften hier aber auch zahlreiche ExpertInnen in den AfD-Pool geraten, die seit Jahren in neoliberalen und konservativen Think Tanks aktiv sind. Sicherlich wird bei weiteren Wahlerfolgen mit der Gründung einer AfD-Parteistiftung zu rechnen sein. Die Aktivitäten der AfD-nahen Think Tanks, darunter auch »Open Europe«, sind besonders interessant, weil hier auch Brücken zu ähnlich gesinnten Kräften in anderen Parteien, vor allem CDU/CSU und FDP, geschlagen werden können, die sich offiziell von der AfD vollständig abgrenzen. So dürfte der AfD-Europaparlamentarier Joachim Starbatty in der »Arbeitsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft« häufiger auf andere Parteimitglieder treffen als auf AfDlerInnen.

Die AfD ist mit deutlicher Kritik an der Europäischen Union und den »etablierten Parteien« in den Wahlkampf gegangen. Medial dominiert aber der »Flügelkampf« ...

Das Image der Anti-Partei AfD hat bereits ein paar Risse bekommen. Im europäischen Parlament wirkt die Partei bislang weitgehend unauffällig an der Arbeit der ECR-Fraktion mit.

Weniger noch als die ruhige Europapolitik passt die Verdrängung der rechtsreligiösen, explizit rechts- und nationalliberal und stärker populistisch ausgerichteten Konkurrenz aus dem Parteivorstand. Lucke als Alleinherrscher lässt sich schwer vereinbaren mit der angeblichen Partei »neuen Typs«. Dabei sollte aber der medial erweckte Eindruck nicht täuschen, wonach sich »gemäßigte Kräfte« um Lucke und Henkel gegen »nationalkonservative Kräfte« um Gauland und Petry durchsetzen. Umgekehrt wird in der öffentlichen Diskussion zu selten beachtet, dass religiöse Rechte wie die von Storchs (Beatrix und Sven von Storch; Anmerk d. Red.) gleichzeitig in neoliberalen Kreisen etwa der »Hayek-Gesellschaft« wirken. Marktradikale Ordnungsvorstellungen und neomalthusianische und kulturell-biologistische Ideen »natürlicher« Selektion von Wettbewerbsgemeinschaften passen recht gut zusammen. Gemäßigt ist dabei weder die eine, noch die andere Vorstellung.

Auf Bundes- und Landesebene gibt es seitens der AfD Annäherungsversuche an offen rassistische und rechte Gruppierungen wie PEGIDA und HOGESA. Lässt sich ähnliches auch auf europäischer Ebene beobachten?

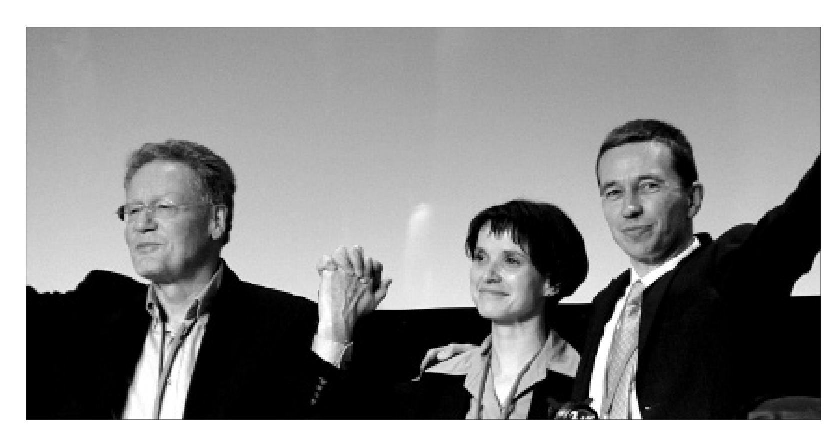
Schon bei der ECR-Gründung wurde kritisiert, dass die »Tories« sich mit offen homophoben und rassistischen Parteien aus Belgien und Litauen einlassen. Damals wurde allerdings zu Recht entgegnet, dass bei den Mehrheitskonservativen Parteien wie »Fidesz« aus Ungarn oder Berlusconis »Forza Italia« willkommen sind. Allerdings weisen verschiedene ECR-Parteien rassistische Positionen in bemerkenswerter Offenheit auf. Die Ressentiments gegen Sinti, Roma und Traveller ist ein einigendes Band zwischen ECR Mitgliedsparteien in West- und Osteuropa. Das Thema wird von der »New Direction Foundation« auch als Schwerpunkt geführt, aber offizielle Positionen werden nicht dargestellt. Jedenfalls unterscheidet sich das Bild auf der europäischen Ebene nicht vom Bild in Deutschland. Es gibt zahlreiche personelle Verbindungen und vor allem ideologische Schnittmengen zwischen den neuen Rechtsparteien bei der ECR und der traditionellen Rechten. Weil das so ist, hat Lucke seine liebe Mühe, einem Zerberus den einen oder anderen Maulkorb zu verpassen. Besser zu erklären wäre, warum Gauland und Storch nicht mit PEGIDA gegen den Islam wettern dürfen, Henkel aber schon. Aber wer für eine Partei eine Million als Kredit übrig hat, dem kann man wohl nicht den Mund verbieten.

Vielen Dank für das Interview.

»Alternative Konservative – konservative Alternativen«

Der AfD-Politiker und Publizist Konrad Adam ist eine Symbolfigur für den Zustand des konservativen Lagers.

von Richard Gebhardt



^ *Adam, Petry, Lucke*

Als Mitbegründer der »Alternative für Deutschland« (AfD) im internen Machtkampf um die Rolle des Parteivorsitzenden gescheitert, verkörpert Konrad Adam als ehemaliger Kulturredakteur der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« (FAZ) und Chefkorrespondent der im »Axel-Springer-Verlag« erscheinenden Zeitung »Die Welt« zudem die Krise und Neuformation der konservativen Mainstream-Publizistik. In der FAZ ist Adam weiterhin als prominenter Gastautor und Interviewpartner präsent. Im Dezember 2014 gab er in einem Interview ausführlich Auskunft über die »Islamisierung des Abendlandes«. Anfang des Jahres konnte er in der »Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung« (FAS) unter dem Titel »Wie die Christen schon einmal die Türken schlugen« einen kulturkämpferischen Essay veröffentlichen. Adam genießt in der FAZ ein privilegiertes Gastrecht als altkonservativer Mahner. Sein eigentliches Forum findet er gegenwärtig jedoch in der rechten Wochenzeitung »Junge Freiheit« (JF). Die JF agiert seit 2013 wie ein Parteiblatt der AfD. Auf dem Landesparteitag der AfD in Baden-Württemberg erhielten die Delegierten die JF beispielsweise gratis.

Konservative Bruchlinien

Der konservative Blätterwald ist überschaubar. Altgediente Kampfblätter vom rechten Rand wie »Criticón« und »Deutschland-Magazin« wurden eingestellt oder sind nur noch ein Schatten ihrer selbst. Und einstige Traditionsblätter wie FAZ und »Die Welt« sind keine konservativen Refugien alter Schule mehr. Das zeigt auch deren Reaktion auf den Erfolg der AfD. Obwohl die Partei in den neuen Bundesländern mit einem nationalkonservativen und sozialpopulistischen Programm beachtliche Erfolge erzielt hat, findet die AfD in den vormals konservativen Stammblättern keinesfalls den ungeteilten Applaus. Der JF ist es dagegen gelungen, die verbleibenden Autoren und LeserInnen des rechten Lagers an ihr Blatt zu binden. Die JF füllt damit die Leerstelle, die eingestellte Marken wie der »Rheinische Merkur« oder die Neuausrichtung von FAZ und »Die Welt« hinterlassen haben.

»Die Welt« steht mit ihrem aktuellen Herausgeber Stefan Aust, einem ehemaligen Autor des linken Magazins »konkret« und Ex-Chefredakteur des Wochenmagazins »Der Spiegel«, personell für eine Bruchlinie in der konservativen Publizistik. Mit einstigen Linken wie Alan Posener oder Richard Herzinger schreiben dort an führender Stelle liberale Transatlantiker – in der AfD wird hingegen ernsthaft die vom brandenburgischen Vorsitzenden Alexander Gauland formulierte Neo-Bismarckische Linie der Außenpolitik diskutiert. Auch Liberale wie Ulf Poschardt, der stellvertretende Chefredakteur der »Welt«, können dem »reaktionären Wutbürger, der in der AfD sein nationalkonservatives Heim gefunden hat«, wie Poschardt in einem Debattenbeitrag vom November 2014 schreibt, trotz ihrer eigenen Polemik wider die »Politische Korrektheit« nur wenig abgewinnen. Poschardt wurde im Bundestagswahlkampf 2013 nach seiner Kritik am »tief illiberalen« Charakter der AfD zur Zielscheibe eines Shitstorms, der sogar Alexander Gauland auf den Plan rief. Mit einem »Aufruf zur Mäßigung im Internet« richtete sich der ehemalige christdemokratische Staatssekretär der hessischen Landesregierung an die zahlreichen digitalen Querulanten in den Reihen der AfD.

Ohne Schlips und Stahlhelm

Die Rolle des Provokateurs bei den Reizthemen der Bundesrepublik spielen in der »Welt« an prominenter Stelle Henryk M. Broder und Matthias Matussek. Broders »islamkritische« Kommentare werden nicht nur von Gauland gerne als Beleg für die Positionen der AfD zitiert. Die Themen von Broder und Matussek sind die Themen der AfD: Sozialstaatskritik sowie EU-, Islam- und »Gutmenschen«-Bashing. Der Unterschied zur alten Garde der AfD besteht jedoch im liberalen Habitus sowie in der Biografie des politischen Konvertiten. Im Gegensatz zu Altrechten wie Adam oder Gauland verfügt ein »Welt«-Autor wie Matthias Matussek, der gerne mit seiner K-Gruppen-Vita hausiert, über keinen eigentümlich konservativen Stil. Wie der Kampagnenchef einer Werbeagentur vermarktet Matussek seine Wiederentdeckung des Katholizismus als neuen Lifestyle – und seine homophoben Bekenntnisse als den Trend der Saison. Autoren wie er inszenieren einen hippen Neo-Nationalkonservatismus ohne Schlips und Stahlhelm. Die AfD wirkt dagegen arg bieder.

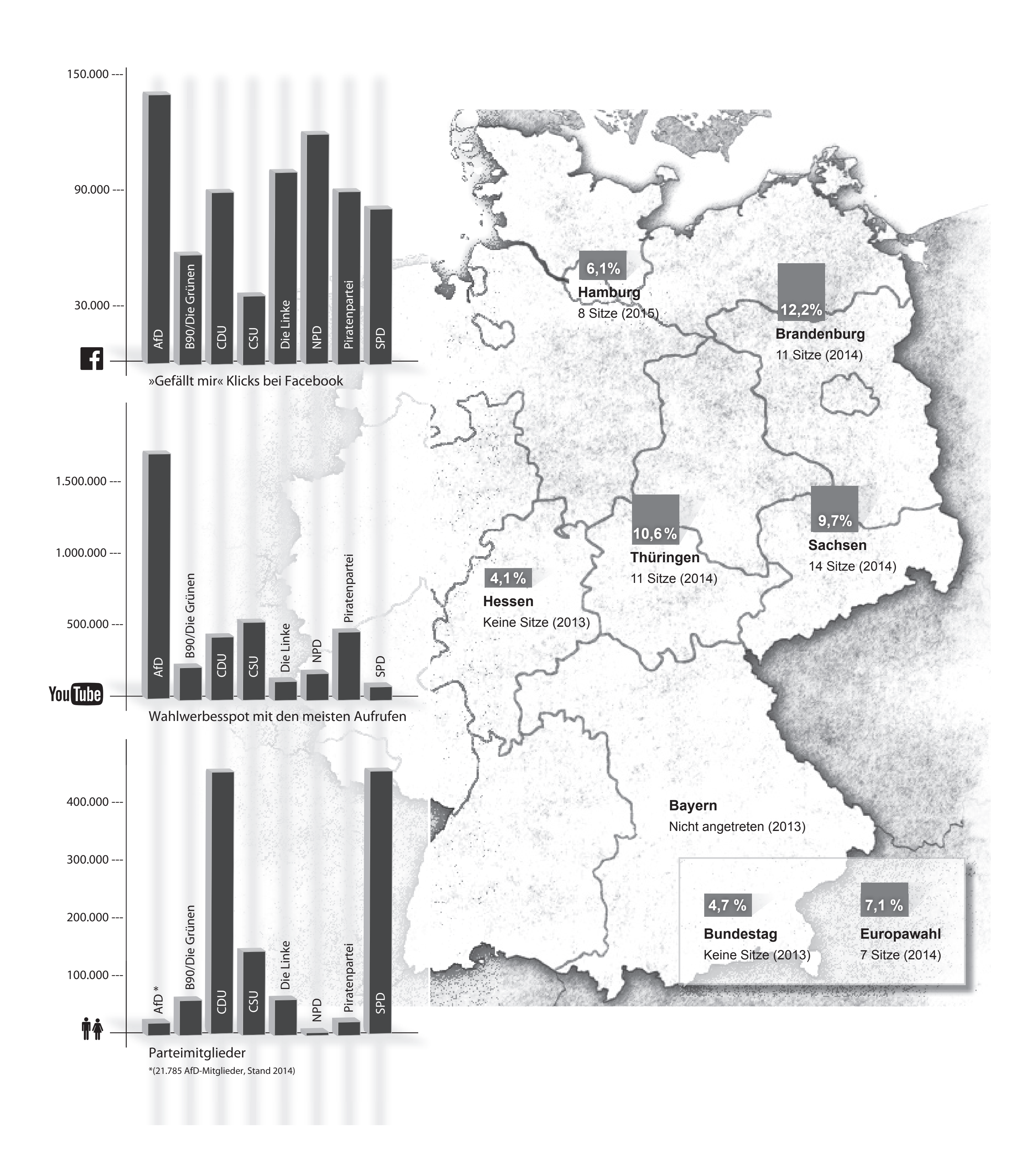
Zentralorgan Internet

Der AfD fehlt ein genuin konservatives Massenmedium. Ihr Zentralorgan ist das Internet. Der »Bild« galt Bernd Lucke schon früh als »Euro-Hasser«. Und »Die Welt« steht wie die FAZ eher für einen liberalen und pluralistischen Konservatismus. Die FAZ ist gespalten: Im Inlandsressort verteidigt beispielsweise der »Scharfmacher« Jasper von Altenbockum die AfD gegen den Vorwurf des »Rechtspopulismus«, im Feuilleton argumentiert dagegen Christian Geyer gegen die Partei als »bevorzugte Plattform jener Wutbürger, die politische Partizipation bislang mit der Kommentatorenrolle in Online-Foren identifizierten«. Bezeichnend ist, dass die FAZ seit Gründung der AfD auch im Inlandsressort mehrere sauber recherchierte Artikel über den rechten Rand der Partei oder der »Jungen Alternative« (JA) brachte.

Der heutige moderne Liberalkonservatismus von »Welt« und FAZ hat sich mehrheitlich mit dem Kurs der CDU unter Angela Merkel arrangiert. Gerade deren Agenda hat traditionskonservative Fliehkräfte freigesetzt. Die AfD inszeniert sich vor diesem Hintergrund als Nachlassverwalterin von Helmut Kohls »geistig-moralischer Wende«. Sie ist die Partei des alten Ressentiments, nicht der schon vor zehn Jahren auch in »Welt« und FAZ ausgerufenen »Neuen Bürgerlichkeit«. Das ist aktuell nicht nach dem Geschmack des konservativen Mainstreams. Deshalb hat die FAZ für ihren einstigen Redakteur Adam derzeit vor allem die Rubrik »Fremde Federn« reserviert.

AfD in Zahlen

Obwohl die »Alternative für Deutschland« erst vor zwei Jahren gegründet wurde, hat sie mehr FreundInnen bei Facebook (141.466 »Gefällt mir«-Angaben) als andere Parteien. Auch im Vergleich des meist angeklickten Wahlkampfvideos bei Youtube ist die AfD an erster Stelle. Ihr Film zur Bundestagswahl 2013 wurde 1.722.773 Mal (Stand: Februar 2015) aufgerufen. Die AfD setzt beim Wettbewerb um die WählerInnen und den Einfluss auf die politische Meinungsbildung stark auf das Internet, insbesondere auf das soziale Netzwerk Facebook und die Videoplattform Youtube. Ihre Auftritte dort sind oft nicht professionell gemacht, aber die Partei erreicht im Internet offenbar mehr Menschen als viele Altparteien. Ein Blick auf die Mitgliederzahlen zeigt jedoch: Die Zustimmung im Internet führt nicht zu einem massiven Zuwachs der AnhängerInnen mit Parteibuch.



Anti-Antifa im Parlament

Die »Alternative für Deutschland« hält AntifaschistInnen für »rot lackierte Nazis«. Die Partei profiliert sich mit »Anti-Antifa«-Aktivitäten.

von Ernst Kovahl



^ *Konrad Adam sucht die Antifa*

Am 2. Februar 2015 lud die CDU Suhl (Thüringen) zum Gespräch ein; der Zweck: ein Dialog mit TeilnehmerInnen von »Sügida«. Unter dem Namen »Südthüringen gegen die Islamisierung des Abendlandes« (Sügida) marschierten in der Stadt seit Wochen jeden Montag Hunderte Neonazis und rassistische BürgerInnen – auch Mitglieder der »Alternative für Deutschland« (AfD) waren dabei. Statt gemeinsam mit den anderen Parteien des Stadtrates, Gewerkschaften und Antifa-Gruppen gegen die Märsche zu demonstrieren, wollte die CDU mit den Sügida-TeilnehmerInnen diskutieren. Nach der Veranstaltung meldete sich die AfD zu Wort. Deren Landtagsabgeordnete Corinna Herold behauptete, dass die ebenfalls an dem Abend als Interessierte anwesende Politikerin Katharina König (DIE LINKE) einem Video-Journalisten Anweisungen erteilt habe, was er filmen solle. Die AfD glaubt, die Bilder seien für ein Antifa-Archiv, »oder besser Stasi 2.0-Archiv« bestimmt. Aus den Behauptungen der Rechtspartei machte die »Ostthüringer Zeitung« (OTZ) eine große Geschichte. Das Blatt warf König vor, »informierter als der Thüringer Geheimdienst« zu sein, ihr »Fachwissen« sei verblüffend. Durch die »Netzwerker der Antifa« würden offenbar, so munkelt die OTZ, »rund um die Uhr (…) auf Internetportalen der Rechtsextremen und auf deren Zugängen zu sozialen Netzwerken wie Facebook Informationen abgesammelt«. Sorgenvoll stellt das Blatt fest: »Ob auch regelrechte Dossiers von Aktivisten der rechten Szene angelegt werden, bleibt zunächst nur Vermutung.« Der Rechtspartei gelang es so, Arbeit gegen Neonazis in der Öffentlichkeit verdächtig zu machen und in die Nähe von Geheimdienst-Methoden (»Stasi 2.0«) zu rücken. Der Punkt ging an die AfD.

»Gekaufte Wissenschaft«

Im Vorstand der AfD ist offenbar Konrad Adam für die Anti-Antifa-Arbeit zuständig. Der frühere Redakteur der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« sowie Autor und Referent in Kreisen der »Neuen Rechten«, ist heute einer der AfD-Bundessprecher. Für ihn besteht die »Antifa« aus »rot lackierten Nazis«. Kritische Studien zur AfD gelten ihm als »gekaufte Wissenschaft«. In dem Parteiblatt »AfD Kompakt« (Nr. 15/2014) warf Adam beispielsweise den AutorInnen einer von der »Friedrich Ebert Stiftung« veröffentlichten Studie über die AfD vor, bloße »Propaganda für die SPD« zu betreiben. Die Arbeit sei ein »Machwerk«, geschrieben von den »Büchsenspanner[n] aus der Armee des einschlägig bekannten Sozialforschers Wilhelm Heitmeyer«. Die Forschungsmethode sei Manipulation, meint Adam. Und: Die Stiftung betreibe eine »Vergiftung des politischen Gesprächs durch pseudowissenschaftliches Geplapper«. Die Wortwahl erinnert an eine Mischung aus Stammtisch und NPD.

Parlamentarische Anti-Antifa

Gerne greift die AfD zum Mittel der parlamentarischen Anfrage an Landesregierungen, um an Informationen über vermeintliche »Linksextreme« oder AntifaschistInnen zu kommen und den öffentlichen Blick auf diese Phänomene zu richten. So betreffen beispielsweise im Sächsischen Landtag bisher ein Viertel der »Kleinen Anfragen« der AfD die Themen »Linksextremismus« oder »Antifa« (Stand: 08.02.2015). Mal wollte die Partei Auskunft über einen angeblichen Angriff auf »jugendliche Pegida-Teilnehmer«, mal Informationen über staatlich geförderte Projekte gegen »Linksextremismus« und zweimal verlangte die AfD Auflistungen über »Aktivitäten der extremen Linken/Antifa in Sachsen«. Ein ähnliches Bild zeigt sich in Brandenburg. Abgeordnete der Rechtspartei fragten nach der Entwicklung »im militanten linksextremen Spektrum« der letzten Jahre, der »Politisch motivierten Kriminalität – links« im Jahr 2014 oder nach einem »Polizeieinsatz« vor einem linken Wohnprojekt.

Antifa nur »Tarnmantel«

Auch auf kommunaler Ebene geht die Partei gegen antifaschistische Initiativen vor. So stellte der AfD-Kreisverband Harburg-Land wiederholt Anfragen an die Stadt Nordheide über die dortige antifaschistische Begegnungsstätte »Heideruh«. Jens Krause, Vorsitzender der AfD vor Ort, behauptete, dass die Begegnungsstätte eine »Anlaufstelle für extremistische Organisationen« sei. Detailliert werden mögliche Kontakte zwischen dem antifaschistischen Treffpunkt, städtischen Einrichtungen und vermeintlich »linksextremen« Organisationen aufgelistet. Von der Stadt wollte Krause daher wissen, ob sie die Begegnungsstätte finanziell unterstütze und Kontakte unterhalte. Vor allem »gemeinsame Aktionen der Stadtjugendpflege mit der Antifa« ärgerten die AfD besonders.

Ein neuer Akteur

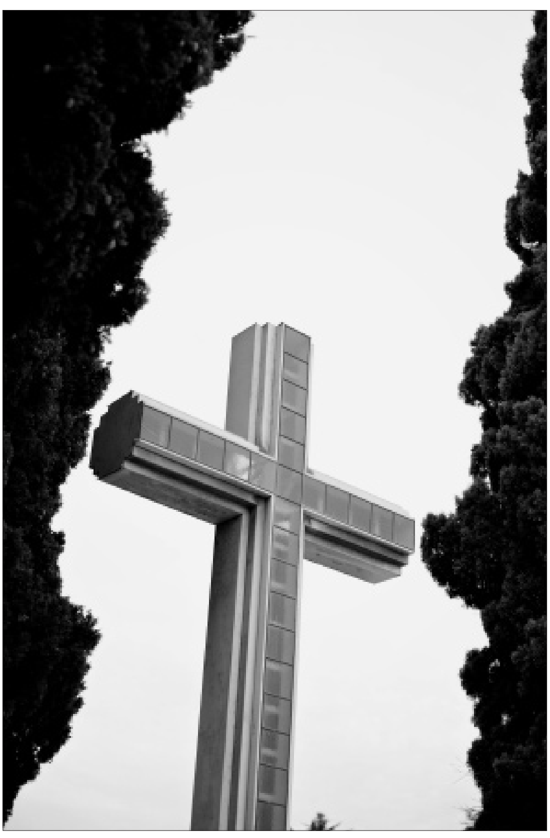
Dass Neonazis zwecks Einschüchterung Informationen über AntifaschistInnen und Linke sammeln und veröffentlichen, ist nicht neu. Auch die neu-rechte Wochenzeitung »Junge Freiheit« hat sich wiederholt auf diesem Feld versucht und gegen Rechts engagierten PolitikerInnen und WissenschaftlerInnen »linksextreme« Verstrickungen angedichtet. Und die pauschale Stigmatisierung von AntifaschistInnen als »Linksextreme« wird bisher am wirkungsvollsten durch »Extremismus-Experten« aus dem Umfeld der Geheimdienste betrieben. Mit der AfD hat ein neuer Akteur das Feld betreten: Das Thema »Anti-Antifa« wird offenbar in weiten Teilen der Partei als relevant erachtet und aktiv betrieben – von der Kommune bis zum Bund. Über ihre Fraktionen hat die AfD Zugang zu exklusiven Informationen, zum Beispiel über Anfragen oder aus Innenausschüssen. Anders als die NPD kann sie ihre Einschätzungen an eine breitere Öffentlichkeit geben, da die Partei und ihre Abgeordneten mittlerweile als Interviewpartner und Stichwortgeber von weiten Teilen der Medien akzeptiert sind.

Selfies mit Bernd

In der »Lebensschutz«-Bewegung gibt es einige Erwartungen an die neue Rechtspartei »Alternative für Deutschland«. Doch nach einem simplen Durchmarsch der gut organisierten christlich-fundamentalistischen Kreise sieht es derzeit noch nicht aus.

von Ulli Jentsch

Anette Schultner war sicher mit einigen Erwartungen zum Bundesparteitag der »Alternative für Deutschland« (AfD) Ende Januar gefahren. Doch die Bundesbeauftragte der »Christen in der AfD« (ChrAfD) kam nur mit einem Selfie von sich und Parteichef Bernd Lucke zurück und mit der vagen Aussage, sowohl Lucke als auch Frauke Petry »bekräftigten (…) ihre grundsätzliche Unterstützung für ChrAfD«. Das hört sich nach wenig substanziellem ‹Politikergeschwätz› an, doch die AfD-ChristInnen werden ihren Weg weitergehen. Der bundesweite Arbeitskreis hatte sich erst zum Jahresbeginn gegründet, beschlossen durch einen ebenso neuen »Frankfurter Bund«. Schon für den Parteitag in Bremen hatte man sich vorgenommen, als Parteivereinigung anerkannt zu werden. Aber das muss wohl noch warten.



Der Frankfurter Bund respektive die ChrAfD, die übrigens »Kraft« ausgesprochen werden möchten, sind der bisher breiteste Versuch, den Einfluss fundamentalistischer Positionen in der AfD zu organisieren. Die Zusammensetzung des Triumvirats an der Spitze ist dabei symptomatisch. Das ehemalige CDU-Mitglied Anette Schultner (Hameln) ist bereits als »Demo für alle«-Aktivistin in Hannover aufgefallen. Martina Kempf (Breisach) ist Vorsitzende des Freiburger Regionalverbandes der »Aktion Lebensrecht für Alle« (ALfA e.V.) und als »Lebensschutz«-Aktivistin auch bundesweit seit Jahren bekannt. Sie gründete bereits 2013 die »Christen in der AfD« als baden-württembergischen Arbeitskreis. Christoph von Mohl (Bennewitz) vom sächsischen Landesverband war ehemals als Geschäftsführer des karitativen Vereins »Geschenke der Hoffnung« aufgefallen.

Die neue Seilschaft hat sich programmatisch noch nicht hervorgetan, wenn man von den Postings auf der Facebook-Seite absieht, wo es vor Hinweisen auf die Wochenzeitung »Junge Freiheit« (JF), das evangelikale Magazin »ideaSpektrum« und die katholische Aktivistin Beatrix von Storch wimmelt. Beachtlich auch das Interesse für den extrem rechten Matthias von Gersdorff, der mit seinen militant-katholischen Vereinen und Kolumnen in der JF eine offenkundige Referenz für ChrAfD darstellt. Bleibt noch die »Pforzheimer Erklärung«, die als Gründungskonsens wenig erhellend erklärt: »Der überkonfessionelle rote Faden ist die wertekonservative Politik auf Grundlage des christlichen Glaubens nach dem Vorbild der Schrift, der Kirchen und Traditionen.« Gemeinsam mit Martina Kempf hatte der Pforzheimer Kreis in den letzten Jahren die christlich-fundamentalistischen Aktivitäten in Baden-Württemberg organisiert.

Die deutsche »Lebensschutz«-Bewegung ist mit mehreren Einzelpersonen in der AfD vertreten und mit der »Zivilen Koalition« unter Beatrix von Storch hat der christlich-fundamentalistische Flügel sicherlich eine feste Burg innerhalb der Partei. Doch weder von Storch noch andere scheinen ihre Orientierung auf ‹die Bewegung› aufzugeben, diese umfasst schließlich mehr als nur die neue Partei und konnte vor dem Pegida-Hype bemerkenswerte Aufmerksamkeit auf der Straße erzielen. Und innerhalb der »Lebensschutz«-Bewegung dürften viele trotz aller Kritik noch der CDU zugewandt sein und die »Christdemokraten für das Leben« (CDL) sind eine entscheidende Kraft mit mehr als 5000 Mitgliedern und einem flächendeckenden Apparat – die ChrAfD haben nur 100.

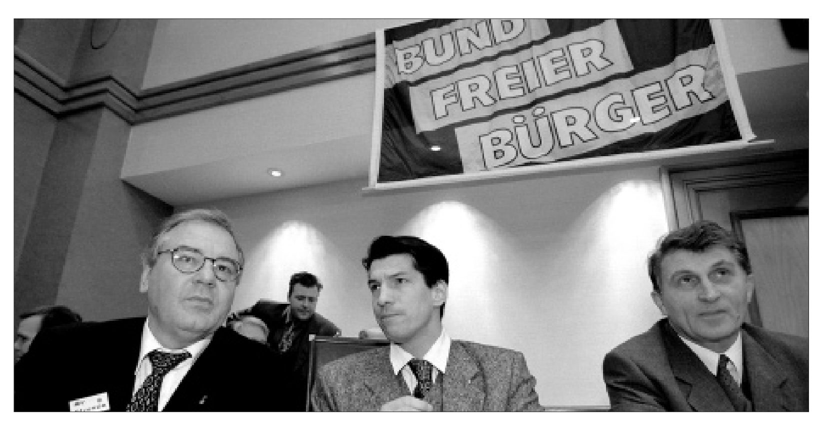
Während die ChrAfD jene fundamentalistische Strömung repräsentieren, die wie in Sachsen oder Baden-Württemberg regional durchaus dominant sein kann, hat sie auf Bundesebene mit Gegenwind zu kämpfen. Die von Frauen in der AfD ins Leben gerufene »Bundesinteressengemeinschaft (BIG) Alternative Frauen- und Familienpolitik« – ihrerseits vom Vorstand anerkannt – formuliert in ihren »10 Gedanken zur Frauenpolitik« durchaus mehrheitsfähige Positionen. Der Verschärfung des Paragrafen 218, wie sie von der Lebensschutz-Bewegung gefordert wird, wird hier eine ziemliche Abfuhr erteilt: »Durch die Reform der §§ 218 f im Jahre 1993 wurde ein gesellschaftlicher Kompromiss auf einem sehr schwierigen Feld der Rechtsprechung gefunden. Auch wenn es in unserer Gesellschaft Menschen gibt, die sich eine restriktivere Regelung wünschen, ist die Alternative für Deutschland davon überzeugt, dass ein Rückgang der Abtreibungszahlen nicht durch Verbote, sondern nur durch eine bessere Aufklärung über Verhütung und Schwangerschaft und eine breitere Unterstützung der Schwangeren durch alle Teile der Gesellschaft zu erreichen ist.« Parteichef Lucke, dessen Ehefrau Dorothea an der Formulierung der Gedanken beteiligt war, dürfte es schwer fallen, hier alle Fraktionen unter einen Hut zu bekommen.

Und selbst in der Hochburg Baden-Württemberg regt sich parteiinterner Widerstand. Einen Aufruf zur Demonstration gegen die Stuttgarter Abtreibungsklinik »Stapf« hatte Martina Kempf zusammen mit dem Pforzheimer Kreis verfasst. Dagegen richteten sich Mitglieder der AfD in einer Stellungnahme und kritisierten die radikale Wortwahl, die »sehr tiefe Gräben in unserer Partei aufzureißen« drohe. Und auch der Internetverweis auf eine Unterschriftensammlung des selbst ernannten »Lebensrechtlers« Klaus-Günther Annen wurde kritisiert; er ist für seine Vergleiche von Abtreibungen mit dem Holocaust berüchtigt. Man könne für oder gegen Abtreibung sein, für einen »fundamentalistischen Glaubenskrieg« ließe man sich allerdings nicht instrumentalisieren. Auch dieser Flügelstreit wird die AfD wohl weiterhin begleiten.

Mehr als nur Parteiquerelen

Die Rechtslastigkeit der »Alternative für Deutschland« (AfD) ist kein Geheimnis, schließlich sind seit der Gründung allerlei rechte Protagonisten fest dabei. Wer von ihnen Geltung erlangt und wer gehen muss, darüber entscheidet oft die Anbindung in der Partei.

von Sören Frerks



^ *Manfred Brunner (links), Paul Latussek (rechts) noch beim »Bund freier Bürger« im Jahr 1998*

Seit der Parteigründung der »Alternative für Deutschland« (AfD) 2013 und den Landtagswahlen im vergangenen Jahr häuften sich die Meldungen über Neonazis und extreme Rechte, die in die neue Rechtspartei eintraten. Es handelte sich um Prominente wie den ehemaligen Vize des »Bundes der Vertriebenen«, Holocaust-Verharmloser und verurteilten Volksverhetzer Paul Latussek in Thüringen oder um Björn J. Neumann, der noch 2011 als NPD-Spitzenkandidat für die Hamburger Bürgerschaftswahlen antrat und im Februar 2015 auf der AfD-Liste kandidieren sollte. Zwar sei letzterer laut Medienberichten mittlerweile aus der Partei ausgeschlossen worden, doch eine kategorische Unvereinbarkeit richtet sich eben nur gegen ehemalige und aktuelle Mitglieder von NPD und DVU. Beim Eintritt anderer Parteigänger, wie von »Die Republikaner« (REP) oder »Die Freiheit«, ist lediglich eine Einzelfallprüfung vorgesehen, die den Landesverbänden zukommt, womit die Bundesspitze die für sie leidige Debatte delegieren kann.

Nicht nur Einzelfälle

Eine klare Abgrenzung sieht anders aus, auch wenn Parteichef Bernd Lucke stets betont, extrem rechte Aussagen würden »in der AfD nicht geduldet«, wie zuletzt im Oktober letzten Jahres von Dirk Helms, einem Mitglied des Kreisverbandes Stormarn (Schleswig-Holstein). Bei einem Vortrag über »Deutsche Selbstwahrnehmung« behauptete er, die Alliierten hätten die Gaskammern im Konzentrationslager Dachau nachträglich eingebaut. Der Fall machte bundesweit Schlagzeilen – und wieder: Der Landesverband kündigte ein Parteiordnungsverfahren an und verwahrte sich gegen gegen den Vorwurf rechter Tendenzen. 2014 wollte die Rechtspartei – oft aus diesem Grund – insgesamt 40 Mitgliedern loswerden. In Nordrhein-Westfalen wurden vor der Bundestagswahl 2013 allein ebenso viele Aufnahmeanträge abgelehnt. Keine Einzelfälle also, auch wenn Lucke im Vergleich zu den 21.000 AfD-AnhängerInnen mit Parteibuch von einem »Promille-Bereich« spricht.

Wer nicht gehen musste

Genau vor dieser scheinbar eingestehenden und zugleich abwiegelnden Argumentation stellt sich die Frage, wie diejenigen ProtagonistInnen in der Partei zu bewerten sind, die nicht wegen Holocaustleugnung oder ihrer Nähe zur NPD ausgeschlossen werden, sondern bedeutende Positionen einnehmen. Denn man muss gar nicht so weit ausholen, um den Rechtsruck in der AfD nachzuzeichnen. Was sich als rechtspopulistisches Projekt mit liberalem Anstrich verkaufen will, war schon früh ein Sammelbecken für allerlei gescheiterte Karrieren aus rechten Kleinstparteien und so beherbergt die AfD ein einflussreiches Personalpotpourri aus RechtspopulistInnen, neuen Rechten und Burschenschaftern.

Ein Beispiel stellt der wegen seiner rechtspolitischen Vita bekannt gewordene und umtriebige Dr. Ulrich Wlecke dar, der seit Ende der 1970er Jahre Mitglied der »Münsterer Burschenschaft Franconia« ist, die ganz offiziell ein »Freundschaftsverhältnis« mit der rechten »Wiener akademischen Burschenschaft Libertas« unterhält. 1989 trat Wlecke für drei Jahre den REP bei und wurde 1990 Vorsitzender des NRW-Landesverbandes, ehe er zur CDU wechselte. 20 Jahre später fungierte er dann als »Budget-Experte« der FPÖ im österreichischen Nationalrat und wartete 2008 mit antimuslimischen Äußerungen auf: »Jede blonde, blauäugige Frau, die Deutsch als Muttersprache hat, braucht drei Kinder – sonst holen uns die Türkinnen ein.« Trotz seines Werdegangs schaffte es Wlecke bei der Bundestagswahl 2013 auf Listenplatz 4 der NRW-AfD und zog letzten September als Spitzenkandidat in den Düsseldorfer Stadtrat ein. Seine REP-Vergangenheit hatte er anfänglich sogar verschwiegen. Lucke höchstselbst lamentierte, die Partei habe damals nicht als verfassungsfeindlich gegolten. Warum sprang gerade ihm der Parteichef zur Seite? Die eine Antwort lautet, dass solche Vorwürfe die AfD weniger in Bedrängnis bringen als die übrigen Rechtsaußenskandale; die andere: Wlecke ist Unternehmer und in den Wirtschaftskreisen der Partei bestens aufgestellt. Die letzten Nachrichten über ihn drehten sich nun auch mehr um das »Mittelstandsforum der AfD«, dessen Gründung er im Januar federführend mit dem Bundesvorstand organisierte. Der propagandistische Erfolg für den neoliberal-marktradikalen Flügel schien zentral: Lucke und sein Vize Hans-Olaf-Henkel lobten das Vorhaben und auch Frauke Petry von der Parteirechten war als Rednerin geladen. Es herrschte traute Einigkeit, die über rechte Parteiquerelen und Negativpresse hinwegtäuschte.

Vorläufer im Geiste

Auch der frühere FDP-Politiker Manfred Brunner aus München, der 1992 wegen öffentlicher Kritik an der Wirtschafts- und Währungsunion als EG-Kommissar in Brüssel entlassen wurde, kann in der AfD weitermachen. Er gründete 1994 den rechtspopulistischen »Bund Freier Bürger« (BFB), der den Status einer Splitterpartei nie loswurde. Heute gehört Brunner zur ‹Anti-Euro-Professorenriege› in der Partei, ohne dass ihm seine damalige Nähe zur FPÖ und Freundschaft zu Jörg Haider oder die »nationalliberale« Selbstbezeichnung zum Verhängnis wurde. Vielmehr gilt der BFB als »politische Vorläuferpartei« der AfD, wie der Sozialwissenschaftler Alexander Häusler in der Untersuchung »Mut zur Wahrheit?« analysiert.

Die in den letzten Monaten postulierte ‹Säuberung› der eigenen Reihen und Distanzierung gegenüber Rechtsaußenpolitikern geriet somit zur reinen Kosmetik. Doch die Parteiausschlussverfahren werden über eines nicht hinwegtäuschen: Der Fisch stinkt vom Kopfe her.

Neonazi verliert Mandat

Markus Walter, der für die Neonazipartei »Die Rechte« im Rat der Stadt Verden saß, hat sein Mandat verloren. Am Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus, dem 27. Januar 2014, beschloss der Rat seinen Ausschluss. Grund war, dass Walter offenbar nicht in Verden wohnt, sondern in Pohlheim in Nordrhein-Westfalen. Das dortige Ordnungsamt hatte dies festgestellt und Walter in Verden abgemeldet. Walters Tätigkeit als Ratsmitglied war bis dahin durch Abwesenheit geprägt. Gegen den Beschluss hat er Widerspruch eingelegt. Walter war 2012 für den zurückgetretenen Rigolf Hennig nachgerückt.

Razzia in Verden

Die Polizei hat am 12. Februar 2015 die Wohnung von Rigolf Hennig durchsucht. Gegen ihn wird wegen Volksverhetzung in der Zeitung »Stimme des Reiches« ermittelt. Für die Zeitung ist laut Impressum der selbsternannte »Freistaat Preußen« verantwortlich. Sitz des extrem rechten Blattes ist Hennigs Wohnadresse. Bereits zuvor hatte es wegen ähnlicher Veröffentlichungen Ermittlungen gegen die »Stimme des Reiches« gegeben.

Darf man Neonazis degradieren?

Darf man, hat das Verwaltungsgericht Greiz festgestellt. Jedenfalls wenn man als Bürgermeister einem NPD-Mann nicht die Hand gibt. Was ist passiert? Im vergangenen Jahr war David Köckert für die NPD in den Stadtrat der thüringischen Stadt Greiz gewählt worden. Bei der ersten Sitzung des Rats verweigerte ihm der Bürgermeister Gerd Grüner (SPD) den Handschlag. In der Kommunalordnung steht: »Die Gemeinderatsmitglieder sind (...) vom Bürgermeister auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten durch Handschlag zu verpflichten.« Köckert fühlte sich durch den fehlenden Händedruck als »Mensch degradiert«. Das Verwaltungsgericht Greiz stellte Anfang Februar 2015 fest: Der Handschlag hat nur symbolischen Charakter, ein Rechtsanspruch bestehe nicht. In den vergangenen Jahren hatten mehrere Thüringer Bürgermeister NPD-Mandatsträgern nicht die Hand gegeben, so in Eisenach, Meiningen, Bad Frankenhausen und Ebeleben.

App gegen Nazis

Das Netzwerk »Berlin gegen Nazis« hat eine bundesweit einmalige Smartphone-App »Gegen Nazis« herausgebracht. Die App informiert die NutzerInnen über Aktionen aus der extrem rechten Szene und Gegenaktivitäten. Dies geschieht unter anderem mit einer interaktiven Karte von Berlin sowie Push-Nachrichten bei denen der/die NutzerIn direkt auf Neuigkeiten aufmerksam gemacht wird. Die kostenlose App steht auf Deutsch, Englisch und Türkisch für die Betriebssysteme Android und iOS zur Verfügung.

Rassistische Gewalt steigt

Die Zahl der Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte hat sich im vergangenen Jahr verdreifacht. Die Polizei zählte 150 »rechtsextrem motivierte Delikte im Jahr 2014. Von volksverhetzenden Parolen bis hin zu Angriffen mit Waffen oder Brandsätzen. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Partei »Die Linke« hervor. Die Zahlen sind nicht endgültig, da noch Fälle nachgemeldet werden könnten. »Die Linke« kritisierte bereits jetzt, dass die Zahlen »offensichtlich unvollständig« seien, öffentlich gewordene Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte fehlten. Die Partei wirft der Bundesregierung vor, die Zahlen »gezielt kleingerechnet« zu haben.
Die nicht-staatlichen Organisationen »Amadeu Antonio Stiftung« und »Pro Asyl« haben 153 Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte im Jahr 2014 gezählt. Davon 35 Brandanschläge und 77 körperliche Übergriffe. Insgesamt habe es 256 flüchtlingsfeindliche Kundgebungen oder Demonstrationen gegeben.

Geheim

Am 26. September 1980 starben beim Oktoberfest-Attentat 13 Menschen. Die ermittelnden Behörden kamen schnell zu dem Ergebnis: Der Neonazi Gundolf Köhler habe die Bombe gezündet. Diese Einzeltätertheorie wurde immer angezweifelt. 2014 wurden die Ermittlungen neu aufgerollt. Die Bundesregierung verweigert nun der Partei »Die Linke« bei einer Anfrage die Herausgabe von BND-, Verfassungsschutz- und MAD-Akten. Sie sieht damalige V-Männer in Gefahr. Die Informationen seien »so sensibel, dass selbst ein geringfügiges Risiko des Bekanntwerdens unter keinen Umständen hingenommen werden kann«, schreibt laut »Süddeutsche Zeitung« die Bundesregierung in ihrer Antwort. Laut Antwort der Bundesregierung gibt es zu dem Fall noch eine Akte beim BND, sieben beim Verfassungsschutz und keine mehr beim MAD. Dies sei »ein Schlag ins Gesicht der vielen überlebenden Verletzten – und letztendlich auch ein deutlicher Hinweis, dass hier die Strafverfolgung immer noch hinter dem Geheimhaltungsprinzip zurückstehen soll«, sagt die Linken-Abgeordnete Martina Renner.

Flugblatt für den NSU

In Hamburg ist laut Publikative.org ein Flugblatt aufgetaucht, in dem Gerechtigkeit für die mutmaßliche NSU-Terroristin Beate Zschäpe gefordert wird. Zudem werden auf dem Blatt rechte Verschwörungstheorien verbreitet und Werbung für den »Arbeitskreis NSU« gemacht.

EDL marschiert

700 AnhängerInnen der »English Defence League« (EDL) sind am 7. Februar 2015 durchs englischen Dudley marschiert. Sie protestierten gegen den Bau einer Moschee in der Stadt. Die TeilnehmerInnen waren mit Reisebussen angereist, zum Teil vermummten sie sich oder waren alkoholisiert.

Rohkost statt Insulin

Wegen fahrlässiger Tötung ihrer vierjährigen Tochter ist ein völkisches Siedler-Paar aus Sachsen-Anhalt am 11. Februar 2015 zu acht Monaten Haft auf Bewährung verurteilt worden. Das Landgericht Hannover sah eine »gravierende Verletzung der Sorgfaltspflicht« an dem an Diabetes erkrankten Kind. Die Eltern hatten eigenständig die Insulin-Dosis verringert und stattdessen Rohkost verabreicht. Im Dezember 2009 verschlechterte sich der Zustand. Das Kind verstarb im Krankenhaus. Die Eltern stritten ab, an die Heilsvorstellungen der »Neuen Germanischen Medizin« des ehemaligen Arztes Ryke Geerd Hamer zu glauben. Diese lässt die Verabreichung von Medikamenten auch bei schweren Erkrankungen nur in Ausnahmefällen zu. ZeugInnen bestätigten jedoch Kontakte zu Hamer-AnhängerInnen. Die Eltern stammen aus extrem rechten Familien und waren in Neonazi-Organisationen aktiv. Es ist nicht bekannt, ob Rechtsmittel gegen das Urteil eingelegt wurden.

PEGIDA in NRW gespalten

»PegidaNRW« hat sich endgültig gespalten: Nachdem sie am 5. Januar 2015 in Köln noch gemeinsam demonstrierten, hat sich das »Orga-Team« um Sebastian Nobile, Melanie Dittmer und Marco Carta-Probach aufgeteilt. Carta-Probach organisiert die nach eigenen Angaben offiziellen »PegidaNRW«-Montagsspaziergänge in Duisburg. Er hat den Dortmunder Kreisverband von »Die Rechte« eingeladen. In Köln (Kögida) und Bonn (Bogida) wurden nach mehreren schwach besuchten Aufmärschen weitere Termine abgesagt und die Hauptaktivitäten unter Leitung von Melanie Dittmer nach Düsseldorf (Dügida) verlegt. Dort konzentriert sich ein eindeutig neonazistisches Publikum, von freien Kameradschaften, rechten Hooligans, Sympathisanten der Partei »Die Rechte« bis hin zu AnhängerInnen »Pro NRWs«. Während der Veranstaltungen in Köln und Düsseldorf wurden mehrere Strafanzeigen unter anderem wegen der Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole gestellt. Das »Antifa-Infoportal Düsseldorf« berichtet von weiteren Straftaten im Anschluss an die Aufmärsche. So wurden AntifaschistInnen angegriffen, Morddrohungen gegen eine Anwältin ausgesprochen und die Fensterscheibe des Büros der Linken-Abgeordneten Sahra Wagenknecht zerstört. Zuletzt kam es am 14. Februar 2015 zu einem Anschlag auf das Café Damla, vor dem ein Ei auf TeilnehmerInnen des Dügida-Aufmarsches geworfen wurde.

Horst Wessel? Läuft nicht!

Ein für den 28. Februar 2015 angekündigter Aufmarsch zum »Gedenken an Horst Wessel« im südniedersächsischen Güntersen wurde abgesagt. Neonazi Mario Messerschmidt zog seine Anmeldung noch vor Ablauf der Anhörungsfrist zurück. Die Kreisverwaltung Göttingen hatte den Aufmarsch zuvor verboten. Ein von BürgerInnen aus Güntersen und dem Göttinger »Bündnis gegen Rechts« geplantes Frühlingsfest soll dennoch stattfinden. Mario Messerschmidt ist seit dem Ende einer Haftstrafe im Bundes- und Landesvorstand Rheinland Pfalz der Partei »Die Rechte« aktiv. Der ehemalige Fremdenlegionär hatte 2008 in einer Göttinger Table Dance Bar mit einer Pumpgun geschossen und anschließend mit anderen versucht, das Gebäude in Brand zu stecken. Bei der anschließenden Razzia stellte die Polizei in seiner Wohnung zahlreiche Waffen sicher.

Thiazi – alles nur Spielerei?

Seit dem 28. November 2014 läuft am Landgericht Rostock ein Prozess gegen die mutmaßlichen BetreiberInnen der Neonazi-Internetplattform »Thiazi.net«. Drei Männer und eine Frau sind wegen der Bildung einer kriminellen Vereinigung und Volksverhetzung in mehreren Hundert Fällen angeklagt. Sie sollen laut Staatsanwaltschaft in den Jahren 2009 bis 2012 für das Forum verantwortlich gewesen sein und neben harmlosen, öffentlich einsehbaren Beiträgen auch die Veröffentlichungen von Holocaustleugnern und anderen Neonazis in geschlossenen Bereichen des Forums administriert haben. Außerdem wurde mit indizierter Musik und rechten Propagandaschriften gehandelt. Damit war »Thiazi.net« sehr erfolgreich: Rund 30.000 NutzerInnen sollen fast 1,5 Millionen Beiträge in dem Neonazi-Forum verfasst haben. Finanziert wurde das Forum neben Spenden auch durch Bannerwerbung einschlägiger Marken wie »Ansgar Aryan«. Mit dem Betrieb des Forums sollte laut Staatsanwaltschaft eine Plattform geschaffen werden, um ausländerfeindliche, antisemitische und volksverhetzende Inhalte zu verbreiten. Nach einer Datenauswertung des US-amerikanischen Servers wurde gegen weitere Tatverdächtige ermittelt, derzeit läuft in Berlin ein Prozess gegen zwei Händler. Bisher verlaufen die Verhandlungen zäh, die Angeklagte gibt vor, sich hauptsächlich für technische Aspekte interessiert zu haben, die anderen Angeklagten behaupten, unbedarft gehandelt zu haben und sich inzwischen aus der rechten Szene zurückgezogen zu haben. Der Prozess wird voraussichtlich bis Juni 2015 dauern.

Tatort Dortmund: provokante Neonazis

In Dortmund, das als »rechte Hochburg« gilt, fallen Mitglieder der rechten Szene immer wieder durch provokante Aktionen auf. Am 20. Februar 2015 haben Neonazis der Partei »Die Rechte« eine Mahnwache gegen eine Notunterkunft für Geflüchtete in Dortmund-Eving durchgeführt. In diesem Stadtteil störten Anfang Januar 30 Neonazis eine BürgerInnenversammlung und verletzten dabei einen Polizisten schwer. Am 28. März 2015, zum zehnten Todestag des von Neonazi Sven Kahlin ermordeten Punkers Thomas »Schmuddel« Schulz, planen Dortmunder Neonazis ein Konzert »Rock für Dortmund«, das der »heroischen Selbstverteidigung Kahlins gewidmet ist. Der inzwischen wieder aus der Haft entlassene Täter wird dort ebenfalls erwartet. Nach dem Verbot der Kameradschaft »Nationaler Widerstand Dortmund« sind führende Neonazi-Kader in der Partei »Die Rechte« aktiv. Dennis Giemsch, der Siegfried »SS-Siggi« Borchardt im Stadtrat folgte, stellte eine Anfrage nach Anzahl und Wohnort in Dortmund lebender Juden und Jüdinnen. Im Internet kursierten vor kurzem fingierte Todesanzeigen von JournalistInnen und AntifaschistInnen, die gleichzeitig für den Nazi-Shop »antisem.it« werben, der dem führenden »Die Rechte«-Funktionär Michael Brück gehört.

Russischer »Volkssturm«

Am 26. Januar 2015 ist der 26-jährige Neonazi Ilya Dorokhov zu einer zehnjährigen Haftstrafe verurteilt worden. Zudem muss er einem Geschädigten rund 1.400 Euro zahlen. Es ist das letzte Urteil gegen ein Mitglied der Neonazi-Truppe »Volkssturm« aus der Stadt Jekaterinburg (Uralgebirge). Weitere elf Mitglieder der zwischen 2006 und 2008 aktiven Gruppe sitzen bereits Haftstrafen ab. Laut Gericht war Dorokhov an sieben Mordversuchen, zwei Morden und einigen Raubüberfällen beteiligt. Die »Aktionen« richteten sich vor allem gegen Menschen, die durch ihr »nicht-slawisches Äußeres« auffielen. Filmaufnahmen ihrer Gewalttaten veröffentlichte die Gruppe im Internet.

Ouvertüre des Terrors der 1990er Jahre

von Urte Gellen und Klaus Niebuhr

Bernd Wagners Dissertation beleuchtet den »Rechtsradikalismus in der Spät-DDR« als Vorspiel für die entfesselte rassistische Gewalt der 1990er Jahre in den neuen Bundesländern.

Wann immer es in den vergangenen 25 Jahren um die Ursachen des Neonazismus in den neuen Bundesländern ging, wurde Wagner befragt. Wie kein anderer galt er als prädestiniert, die extreme Rechte Ost vor und nach der Wende zu beurteilen. Wagner, Polizist und Kriminologe, arbeitete zu damaliger Zeit bei der K1, dem Staatsschutz der DDR-Polizei. Dort war er ab Mitte der 1980er Jahre für die Bearbeitung dessen zuständig, was in der DDR unter dem Begriff des Neofaschismus firmierte: informelle neonazistische Gruppen, die es dem Selbstverständnis der DDR als antifaschistischen Staat nach gar nicht geben durfte. Nach der Wende war Wagner im »Zentralen Landeskriminalamt der neuen Bundesländer« für den Bereich Rechtsextremismus zuständig, bis er offenbar im Streit die Behörde verließ und wenig später das »Zentrum Demokratische Kultur« (ZDK) in Berlin gründete.
Die Quellenlage zum Neonazismus in der DDR scheint dünn. Jene Daten, auf welche für die alte Bundesrepublik ab Ende der 1970er Jahre zugegriffen werden kann, existieren für die DDR nicht beziehungsweise nicht in dieser Form. Einstellungsuntersuchungen galten als politisch heikel und blieben, so vorhanden, unter Verschluss. Unabhängige Medien, die die Herausbildung eines DDR-spezifischen Neonazismus kritisch hätten begleiten können, gab es nicht. So bleiben drei Quellengruppen: die Aktenbestände der DDR-Sicherheitsbehörden, einige schwer erreichbare soziologische Untersuchungen der späten 1980er Jahre und die Samizdatliteratur der DDR-Opposition. So verschafft die berufliche Biographie dem Autor einen exklusiven Zugang zu Quellen und ihrer hermeneutischen Synopse. Das schlägt sich bis in die Fußnoten nieder, wo ein zitiertes Dokument ohne nähere Bezeichnung als »im Besitz des Autors« genannt wird. Wagner verwaltet ganz offenbar das Herrschaftswissen zum Thema.
Im ideologischen Primat des dogmatisch erstarrten Antifaschismus der DDR und in der modifizierten Tradierung völkischer Ideologie erkennt der Autor Elemente für die Herausbildung eines DDR-spezifischen Neonazismus. Zudem wirkten unter den Bedingungen einer sozioökonomischen Misere antipolnische Ressentiments und blanker Rassismus gegenüber VertragsarbeiterInnen aus afrikanischen Staaten als Verstärkereffekt eines rechtsautoritären Alltagsbewusstseins.
Die ideologischen Prämissen der Sicherheitsbehörden verstellten diesen Blick auf den DDR-Neonazismus. Da jugendkulturelle Strömungen in der DDR als tendenziell staatsfeindlich galten, fiel die Einordnung rechter Skinheads und Faschos schwer. Wagner arbeitet sorgsam die Formierungsprozesse der Neonaziszene im Umfeld von gesellschaftlichen Sphären wie Fussball, aber auch innerhalb von besonders autoritär verfassten Strukturen in der NVA heraus. Dass der Überfall von Ost- und Westberliner Neonazis auf ein Punkkonzert in der im Ostteil gelegenen Zionskirche im Jahr 1987 wie ein Fanal für die epidemische Ausbreitung einer rechten Jugendkultur in der DDR wirkte, legt er ausführlich dar. Zu Recht geht er kritisch mit der Strategie des Sicherheitsapparates im Umgang mit den Neonazis ins Gericht. Denn in der Tat sah die Stasi in diesen gewalttätigen Gruppen zumindest phasenweise ein willkommenes Instrument, um die linksalternativ gewirkte Szenerie der oppositionellen Friedens- und Umweltgruppen in die Schranken zu weisen. Dass das Reaktionsmuster der Repression den Neonazis mehr Zulauf verschaffte, kann Wagner anhand organisationssoziologischer Indikatoren nachweisen. Glaubten die Behörden eine rechte Gruppierung zu zerschlagen, so konstituierte sich diese binnen kurzer Zeit in anderen Formen neu – ein bis heute bekanntes Muster.
Erstaunlich differenziert fällt Wagners Urteil über jene kleinen Gruppen des linken Flügels der DDR-Opposition aus, die sich ab 1987 kritisch mit der Entwicklung des Neonazismus in der DDR auseinandersetzten. Diese fallen bei Wagner erst dort unter das Verdikt des Linksextremismus, wo sie sich habituell der linken Szene der alten Bundesrepublik anglichen.
Bei aller Reflektion des Autors zur Praxis des Sicherheitsapparates der DDR fällt Wagners Selbstkritik hinsichtlich seiner eigenen Rolle als Polizist eher indirekt aus. Seine Staatschutztruppe K1 war mit der Verfolgung demokratischer Opposition in der DDR ebenso befasst wie mit den Aktivitäten von Neonazis. Darüber hinaus hat seine Profession Folgen für die Sicht auf gesellschaftliche Diskurse um Themen wie Rassismus und Neonazismus: In seiner Argumentation scheint vielfach das Primat des Staatsschutzes durch. Eine ungute deutschdeutsche Kontinuität.
Die beginnende neonazistische Neuformierung im »kurzen Sommer der Anarchie« der DDR zwischen Herbst 1989 und Oktober 1990 liest Wagner als entscheidende Inkubationszeit des ostdeutschen Neonazismus. Dass die Annäherung zwischen den Kadern West und der extrem gewaltbereiten, aber ideologisch diffusen Basis Ost nicht immer im Sinne der westdeutschen Kameraden verlief, wird über die fatale Entwicklung nach der Wende oft vergessen.
Die Qualität der Studie liegt darin, dass sie umfänglich belegt, dass der Aufstieg des Neonazismus in den neuen Bundesländern nicht erst mit der Wiedervereinigung begann, sondern eine lange Vorgeschichte hat.

Bernd Wagner: Rechtsradikalismus in der Spät-DDR. Zur militant-nazistischen Radikalisierung. Wirkungen und Reaktionen in der DDR-Gesellschaft. Berlin: edition widerschein, 2014, 443 Seiten, 49,95 Euro.

Aufstieg der AfD

von Ernst Kovahl

Das Buch von David Bebnowski vom »Göttinger Institut für Demokratieforschung« über die »Alternative für Deutschland« (AfD) will »aktuelles Wissen in konzentrierter Form« liefern und darstellen, »worauf es als ´State-of-the-Art´ in der gegenwärtigen Fachdiskussion« ankommt – und das gelingt. Das nur 46 Seiten schmale Buch überzeugt weniger durch eigenständige Recherche, als durch eine solide Überblicksdarstellung. Häufig greift Bebnowski dazu auf die grundlegenden Arbeiten von Alexander Häussler (Fachhochschule Düsseldorf) und die (Rechts-) populismus-Definitionen von Frank Decker, Cas Mudde, Karin Priester und Slavoj Žižek zurück.
Für Bebnowski artikuliert die AfD »bis ins Reaktionäre reichende konservative und (neo)liberale Politikinhalte«, sie sei »deutlich rechts von CDU und FDP zu verorten.« Ihre Positionen spiegeln einerseits »Traditionsthemen der bürgerlichen Mitte« wieder, würden aber »über Chiffren« auch gezielt »für eine Ansprache des rechten Randes eingesetzt«. Es sei »völlig unstrittig, dass etwa in der Betonung eines identitär verstandenen Volks- und Souveränitätskonzepts Berührungspunkte mit dem Rechtsextremismus liegen«. Die Partei sei das »Resultat eines populistischen Zeitgeistes und eines populistischen Moments, infolge der Finanzkrise (2008) und der relativ guten wirtschaftlichen Situation Deutschlands.« Die AfD schließe eine »rechtspopulistische Lücke«, die zwar seit langem im »Einstellungsmuster in der Bevölkerung« erkennbar, aber parteipolitisch bisher nicht abgebildet war. Bebnoswski wirft auch einen Blick auf die Quellorganisationen, Netzwerke und Milieus der Partei. Die Gründung sei »ein generalstabsmäßig geplanter Prozess, kein spontanes Zusammenfließen schwarmintelligenter konservativer Graswurzeln« gewesen.
Die AfD glaube an »ökonomische Lösungsmuster« für alle gesellschaftlichen Probleme und an »Konzepte auf einer schein-natürlichen Grundlage« und präsentierte diese als »unideologische Wahrheiten« des »kleinen Mannes«. Sie will so antipolitischer »Outsider« und nicht Teil der etablierten Parteien sein. Ihr Bezug »auf ein homogenes Volk, das seinerseits Grundlage von Identität, Staatszugehörigkeit und Souveränität ist, kann als ´ethnizistisch´ (..) eingestuft werden und verweist auf die Gedankenwelt der ´konservativen Revolution´«.

David Bebnowski: Die Alternative für Deutschland. Aufstieg und gesellschaftliche Repräsentanz einer rechten populistischen Partei. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 2015, 46 Seiten, 9,90 Euro.

AfD kompakt

von Margarete Schlüter

»Jetzt geht's los!« schallte es am 14. April 2013 in Berlin auf dem Gründungsparteitag der »Alternative für Deutschland« (AfD). Seitdem sind knapp zwei Jahre vergangen. In diesen zwei Jahren verfehlte die AfD nur knapp den Einzug in den Bundestag, zog in drei östliche Landtage und in Hamburg in die Bürgerschaft ein. Daher könnte der Titel des vorliegenden Buchs mit »Der Aufstieg der AfD« kaum passender sein. Eine Partei, die für sich in Anspruch nimmt, eine Alternative zur herrschenden Politik darzustellen. Doch um welche Art der Alternative handelt es sich bei der AfD? Um dies herauszuarbeiten, zeichnet der Autor Sebastian Friedrich die Vorläufer der AfD nach, gibt die Entwicklung seit ihrer Parteigründung im Februar 2013 wieder und erörtert, wen diese Partei aus welchen Gründen anspricht.
Der Gründung der AfD gingen entsprechende Entwicklungen und Krisen im konservativen wie national-liberalen Lager voraus. Relativ zeitnah setzte die Krise des neoliberalen Kapitalismus ein. Während Thilo Sarrazin ein völkisches Gesellschaftsmodell offensiv vertrat und Eva Herman sich nachdrücklich für ein konservatives Frauen- und Familienbild aussprach, wurde die Kritik an der EU und deren Währungspolitik immer lauter. Parallel dazu wurde die CDU bei diesen Themen zunehmend moderater. Um gegen diesen Kurs vorgehen zu können, gründeten sich diverse Initiativen, deren InitiatorInnen zum Teil maßgeblich an der Gründung der AfD beteiligt gewesen sind.
Friedrich beobachtet einen sukzessiven Rechtstrend der AfD seit einem knappen Jahr und belegt diesen anhand von mehreren Beispielen, die sowohl personeller als auch progammatischer Art sind. Zudem gibt er mittels der Auswertung von statistischem Material Auskunft über das WählerInnenpotential, das heißt den Mittelstand und die reaktionäre Mittelklasse.
Besonders aufschlussreich ist die von Sebastian Friedrich geführte Auseinandersetzung um die derzeitige politische Ausrichtung der Partei. Sie sei »nicht nur nationalpopulistisch, nicht nur rechtspopulistisch, rechtskonservativ oder nationalkonservativ und nicht nur neoliberal«, sondern bündele all diese Strömungen. Um sowohl dem politischen als auch gesellschaftlichen Rollback entgegenzuwirken, dürften diese jedoch nicht nur analysiert und kritisiert werden, sondern es müssten Perspektiven für eine egalitäre Gesellschaft entwickelt werden.

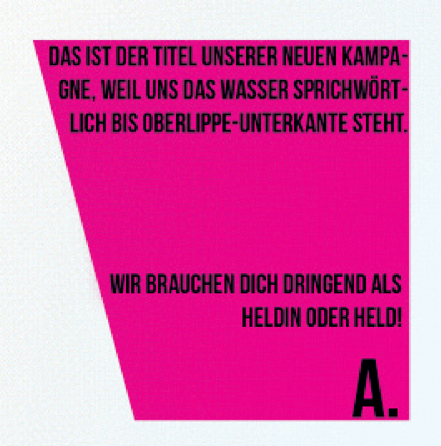
Sebastian Friedrich: Der Aufstieg der AfD. Neokonservative Mobilmachung in Deutschland. Berlin: Bertz und Fischer, 2014, 112 Seiten, 7,90 Euro.

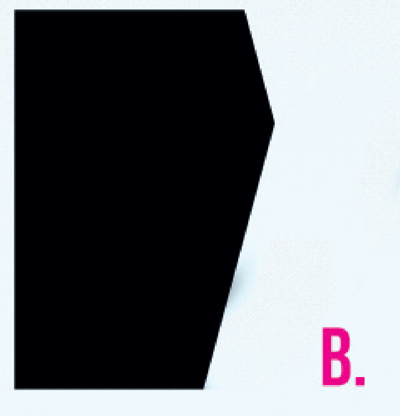
Alternativen zum Rechtspopulismus

von Nina Juliane Rink

Die HerausgeberInnen des Hamburger »Bündnis gegen Rechts« (HBgR) lieferten anlässlich der Hamburger Bürgerschaftswahl die 46 Seiten starke, 15 Artikel umfassende Broschüre »Rechtspopulismus ist keine Alternative«. Die Hamburger AfD wird porträtiert, indem personelle und inhaltliche Überschneidungen zur »Partei Rechtstaatlicher Offensive« beziehungsweise der »Schill-Partei« aufgezeigt und die »relativ vielen« Einzelfälle mangelnder Distanz zu extrem rechten Kreisen benannt werden. In den Hamburger Bezirksversammlungen verhält sich die AfD ostentativ moderat und bürgernah – strategisches Kalkül. Die rechten ProfessorInnen des »Hamburger Appell« liefern mit ihren neoliberalen Positionen den ideologischen Überbau der marktradikalen AfD-Politik. Über Hamburg hinaus von Interesse sind grundlegende Beiträge zu den wichtigsten Köpfen der Bundes-AfD und deren Finanzierung, ihren gender- und familienpolitischen Positionen. Die rechtspopulistischen Argumentationsstränge der Partei werden an antimuslimischem Rassismus und Migrationspolitik aufgezeigt, die zumindest auf Landesebene Anschluss an aktuelle rassistische Debatten suchen.
Eine Analyse der marktradikalen Wirtschaftspolitik der AfD offenbart darüber hinaus deren elitäre und antidemokratische Haltung. Zuletzt wird das WählerInnen- und Mitglieder-Milieu der AfD charakterisiert und die bereits erfolgte Diskursverschiebung nach rechts durch Erfolge der AfD beschrieben. Die Beiträge zeigen auf, wo die Partei Angriffspunkte bietet und gibt so Denkanstöße bis hin zu Handlungsanleitungen zur Kritik an der AfD. Angesprochen können sich also alle fühlen, die es in ihrem politischen, beruflichen oder hochschulpolitischen Umfeld mit Mitgliedern oder Positionen der AfD zu tun bekommen. Da diese eine »Gefahr für eine offene und solidarische Gesellschaft« darstellten, bezeichnet das HBgR die grundlegende inhaltliche Kritik ohnehin als »Aufgabe der gesamten Gesellschaft«.

Hamburger Bündnis gegen Rechts, dgb-jugend Nord, ver.di-jugend Hamburg, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) mit Unterstützung durch den AStA der Universität Hamburg (Hg.): »Rechtspopulismus ist keine Alternative! Broschüre zur Kritik der ‹Alternative für Deutschland›«. Hamburg: Eigenverlag, 2014, 46 Seiten. Kostenfreier Download: http://www.keine-stimme-den-nazis.org/images/PDF/afd-brosch%FCre%202015.pdf.













WWW.FILMPIRATEN.ORG

Das Magazin von und für AntifaschistInnen im Abo direkt nach Hause!

Hiermit abonniere ich »der rechte rand« – Magazin von und für AntifaschistInnen bis auf Widerruf.

Name ______________________________ Email-Adresse ________________________

Anschrift ____

Ab der Ausgabe __________ möchte ich für 6 Ausgaben ein

_____ Inlandsabo für 21,- Euro

_____ Soli Inland für 25,- Euro _____ Super Soli für 50,- Euro

_____ Auslandsabo für 35,- Euro bestellen.

Nach Lieferung der 6. Ausgabe läuft das Abo – wenn es nicht gekündigt wird – weiter.
Wir verschicken frühzeitig eine Email als Zahlungsaufforderung.
Rechnungen schicken wir aus Kosten- und Verwaltungsgründen nur, wenn ausdrücklich gewünscht. Für alle Bestellungen gilt Vorkasse, d. h. das Abo wird erst nach Eingang der Abozahlung eingerichtet. Eine gültige Email-Adresse muss angegeben werden. Änderungen der Anschrift oder der Email-Adresse sind bitte umgehend mitzuteilen.

☐ Ich bin einverstanden mit den hier genannten Bedingungen und habe das Geld überwiesen. Bildung & Publizistik - Sparkasse Hannover, Konto: 910222045, BLZ: 25050180

☐ Ich weiß, dass ich die Abo-Bestellung innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann.

Datum ___________ Name ______________________________

Dieses Formular ist nur mit vollständigem Namen, Adresse (inkl. Email-Adresse) und Bezahlung gültig.
Diese Abo-Bestellung bitte an abo@der-rechte-rand.de schicken oder an die Redaktionsadresse.

Photos

Mark Mühlhaus / attenzione (Titel, Seiten 3, 11, 14
Toni Brandes (Seiten 4, 5)
Otto Belina (Seite 7)
der rechte rand Archiv (Seiten 5, 27)
Roland Geisheimer / attenzione (Seiten 8, 9, 10, 13)
Kai Budler (Seite 22)
Christian Ditsch (Seite 24, 28, 30)
Janko Woltersmann / attenzione (Seite 29)
Privat (Seite 8, 25)
SMS group (Seite 12)
Getty (Seite 20), dpa (Seite 21)
wikipedia - Mathesar (Seite 26)

Impressum

V.i.S.d.P.: Alexander Hoffmann
der rechte rand
Rolandstr. 16, 30161 Hannover
redaktion@der-rechte-rand.de

Aboverwaltung:
abo@der-rechte-rand.de
www.der-rechte-rand.de

Druck: berger + herrmann GmbH,
berger@interdruck.net
Erscheinungsweise: 6x im Jahr



Alexander Häusler
Rainer Roeser

Die rechten ›Mut‹-Bürger

Entstehung, Entwicklung, Personal & Positionen der Alternative für Deutschland

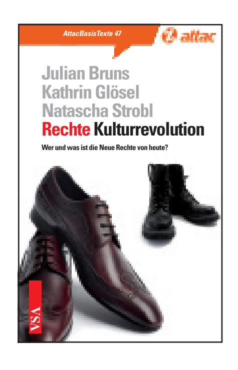
VSA



Mit der »Alternative für Deutschland« (AfD) betrat im Frühjahr 2013 ein neuer Akteur die parteipolitische Bühne. Was und wer verbirgt sich hinter der AfD?

Alexander Häusler/Rainer Roeser
Die rechten ›Mut‹-Bürger
Entstehung, Entwicklung, Personal & Positionen der »Alternative für Deutschland«
160 Seiten | € 12.80
ISBN 978-3-89965-640-4

Die AfD besetzt die in Deutschland existente rechtspopulistische Lücke. Sie agiert so als weltanschauliche Stichwortgeberin für einen rechten Kulturkampf, der nicht zuletzt auch in Protesten auf der Straße zum Ausdruck kommt (PEGIDA). Die Autoren stellen die Entwicklung dieser neuen rechten Partei dar, analysieren deren Positionen und ihr Wählerpotenzial. Zudem werden die politischen Kontextbedingungen des AfD-Erfolgs sowie die Reaktionen des rechten Randes beschrieben – einschließlich der neurechten Medien. **Alexander Häusler** ist Mitarbeiter des Forschungsschwerpunktes Rechtsextremismus/Neonazismus der FH Düsseldorf, **Rainer Roeser** freiberuflicher Journalist, arbeitet für das Internetportal »Blick nach rechts«.



Julian Bruns/ Kathrin Glösel/ Natascha Strobl
Rechte Kulturrevolution
Wer und was ist die Neue Rechte von heute?
AttacBasisText 47
96 Seiten | € 7.00
ISBN 978-3-89965-639-8



B. Ramelow (Hrsg.)
Schreddern, Spitzeln, Staatsversagen
Wie rechter Terror, Behördenkumpanei und Rassismus aus der Mitte zusammengehen
240 Seiten | € 12.80 | ISBN 978-3-89965-550-6

VSA: Verlag | St. Georgs Kirchhof 6 | 20099 Hamburg | info@vsa-verlag.de | www.vsa-verlag.de

Magazin von und für ANTIFASCHISTiNNEN

abo@der-rechte-rand.de # www.der-rechte-rand.de # www.facebook.com/derrechterand

























